Plenarprotokoll 18 / **15**
**4.11.2026**

# Landtag von Baden-Württemberg

**15. Sitzung** **18. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 4. November 2026 • Haus des Landtags

Beginn: 10:06 Uhr | Mittagspause: 12:40 bis 13:33 Uhr | Schluss: 15:45 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . . 533

Bestätigung von externen Persönlichkeiten mit fachlicher Expertise im Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung . . . . . 533

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD . . . . . 533
Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE. . . . . 534
Abg. Emil Sänze AfD . . . . . 534

Beschluss. . . . . 534

Abg. Miguel Klauß AfD (zur Geschäftsordnung). . . . . 535
Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE (zur Geschäftsordnung) . . . . . 535
Abg. Winfried Mack CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . 536
Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD (zur Geschäftsordnung) . . . . . 537

Beschluss. . . . . 537

1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2027 (Staatshaushaltsgesetz 2027 – StHG 2027)** – Drucksache 18/700

   b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Haushaltsbegleitgesetz 2027** – Drucksache 18/701 . . . . . 537

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . . 537, 560
Abg. Tobias Vogt CDU . . . . . 542
Abg. Martin Rothweiler AfD . . . . . 545
Abg. Sascha Binder SPD . . . . . 550, 559
Minister Dr. Danyal Bayaz. . . . . 555
Abg. Emil Sänze AfD. . . . . 560

Beschluss . . . . . 560

2. **Regierungsbefragung**

2.1 **Strukturreform der Steuerverwaltung Baden-Württemberg**. . . . . 561

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU . . . . . 561, 563
Staatssekretärin Andrea Lindlohr . . . . . 561, 563

2.2 **Finanzielle Lage der Kommunen** . . . . . 563

Abg. Hans-Peter Hörner AfD . . . . . 563, 566
Staatssekretärin Andrea Lindlohr . 564, 565, 566, 567
Abg. Kurt Hermann AfD . . . . . 565
Abg. Rüdiger Ernst AfD . . . . . 566

2.3 **Taskforce „Netzausbaubeschleunigung“** . . . . . 567

Abg. Michael Joukov GRÜNE. . . . . 567
Ministerin Thekla Walker . . . . . 568

3. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – **Rheintalbahn – Leistungsfähigkeit des Bahnknotens Freiburg während des Ausbaus in der Freiburger Bucht** – Drucksache 18/339 (Geänderte Fassung) . . . . . 569

Abg. Nadyne Saint-Cast GRÜNE . . . . . 569
Abg. Simon Herzog CDU . . . . . 570
Abg. Kay Rittweg AfD. . . . . 571
Abg. Viviane Sigg SPD . . . . . 572
Ministerin Nicole Razavi . . . . . 573
Abg. Niklas Nüssle GRÜNE . . . . . 574

Beschluss . . . . . 574

4. Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus – **Life-Science-Ausgründungen und Venture Capital in Baden-Württemberg** – Drucksache 18/513 (Geänderte Fassung). . . . . 574

Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU . . . . . 575, 580
Abg. Yannick Veits GRÜNE . . . . . 576
Abg. Anton Baron AfD . . . . . 577
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . . 578
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut . . . . . 579

Beschluss . . . . . 581

Nächste Sitzung . . . . . 581

Anlage 1
Vom Landtag zu bestätigende fachlich ausgewiesene Persönlichkeiten im Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung . . . . . 582

Anlage 2
Vorschlag des Landtagspräsidenten zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung . . . . 583

# Protokoll

**über die 15. Sitzung vom 4. November 2026**

**Beginn: 10:06 Uhr**

**Präsident Thomas Strobl:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen, die Türen zu schließen und die Gespräche einzustellen.

Hiermit eröffne ich die 15. Sitzung des 18. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Dr. Belling, Frau Abg. Evers, Frau Abg. Haug und Herr Abg. Teufel.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt: Frau Ministerin Schopper, Herr Staatssekretär Hoogvliet, Herr Staatssekretär Lorek und ab 14:30 Uhr Frau Ministerin Walker.

Außerdem entschuldigt sind Frau Staatssekretärin Erikli und Frau Staatssekretärin Krebs.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind die Herren Abg. Fink, Mettenleiter und Dr. Rapp, die an einer Sitzung des Jahresforums der EU-Donauraumstrategie in Sofia, Bulgarien, teilnehmen.

Eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Vielen Dank.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Antrag der Landesregierung vom 20. Oktober 2026 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 18/757

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Oktober 2026 – 31. Landessportplan Baden-Württemberg 2027 – Drucksache 18/704

   Überweisung vorberatend an den Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen sowie federführend an den Ausschuss für Finanzen

3. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 20. Oktober 2026 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Beschäftigungsbedingungen, Bezüge, Dotationen und Ausstattung der vom Land Baden-Württemberg aufgrund außertariflicher Sonderverträge Beschäftigten – Drucksache 18/703

   Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

4. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 21. Oktober 2026 – Empfehlung der Gemeinsamen Finanzkommission vom 5. Oktober 2026 – Drucksache 18/756

   Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

5. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen vom 3. November 2026 – Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2026 bis 2030 – Drucksache 18/702

   Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

6. Mitteilung der Landesregierung vom 28. Oktober 2026 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 4 Landesstatistikgesetz (LStatG) – Drucksache 18/837

   Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

7. Mitteilung der Landesregierung vom 2. November 2026 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Maßnahmen der Landesregierung zur Defossilisierung der Binnenschifffahrt – Drucksache 18/840

   Überweisung an den Ausschuss für Landesentwicklung und Wohnen

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach § 6 Absatz 3 Buchstabe d des Gesellschaftsvertrags der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH werden fünf externe Persönlichkeiten mit fachlicher Expertise durch die Landesregierung in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung entsandt. Diese Personen sind durch den Landtag zu bestätigen.

Das Staatsministerium hat mit Schreiben vom 20. Oktober 2026, das den Fraktionen zugegangen ist, diese Vorschläge übermittelt. Die entsprechende Vorschlagsliste finden Sie auf Ihren Tischen *(Anlage 1)*.

Darf ich Sie um die Bestätigung der in der Vorschlagsliste genannten Personen für die Dauer der 18. Wahlperiode bitten?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Ich sehe eine Wortmeldung in der SPD-Fraktion. – Frau Kollegin Dr. Kliche-Behnke.

**Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie daran erinnern, dass in der vergangenen Legislaturperiode der Einfluss des Parlaments auf den Aufsichtsrat geschwächt und reduziert wurde und wir jetzt vor einer Woche – also nach dem Präsidium – einen Brief des Präsidenten mit Namensvorschlägen bekommen haben.

*(Dr. Dorothea Kliche-Behnke)*

Es ist klar, dass die Besetzung des Aufsichtsrats durch die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Parlament erfolgt. Ich muss schon sehr klar sagen: Wenn ohnehin der Einfluss der Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf dieses Gremium mittlerweile so gering ist, erwarte ich, dass ein Einvernehmen mit dem Parlament so erfolgt, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auch wirklich eingebunden werden.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Oh! Ganz neue Töne!)

Das ist eine Erwartung an die Regierung. Dem sind Sie nicht gefolgt.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Daher meine dringende Bitte und mein klarer Appell, zukünftig das Parlament wirklich ernsthaft einzubinden.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Alle? Meinen Sie alle? – Weitere Zurufe, u. a.: Jawohl!)

Das ist hier nicht erfolgt.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

**Präsident Thomas Strobl:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist, bevor wir in die Tagesordnung eingetreten sind, eine Debatte eröffnet worden. Wie ich sehe, besteht auch seitens weiterer Fraktionen Erörterungsbedarf. Ich schlage vor, dass wir eine kurze Aussprache durchführen, und würde als Redezeit empfehlen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eine Minute!)

jedenfalls drei Minuten nicht zu überschreiten. Ich denke, dass das ausreichend sein dürfte. – Sie sind einverstanden.

Damit erteile ich Herrn Abg. Lede Abal von der Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Daniel Lede Abal** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe nicht vor, die drei Minuten auszuschöpfen.

Ich möchte einfach darauf hinweisen: Wir haben hier ein ordentliches Verfahren; das ist so wie auch in der Vergangenheit angewandt worden. Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 20. Oktober die Vorschläge übermittelt. Wenn es dazu Gesprächsbedarf gegeben hätte, wäre es schön gewesen, wenn man uns – und zwar nicht nur unserer Fraktion, sondern auch der Regierung – dies vorab entsprechend signalisiert hätte. Das ist leider nicht geschehen.

Wir sehen allerdings jetzt auch keinen Grund, von den vorgeschlagenen Personen und vom bisher üblichen Verfahren abzuweichen. Wir sind gern bereit, über das Verfahren zu diskutieren – aber so dann doch auch nicht.

(Abg. Miguel Klauß AfD: „So dann doch auch nicht“!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Präsident Thomas Strobl:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Sänze für die AfD-Fraktion.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Meine Damen und Herren! Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis weise ich darauf hin, dass es sich bei der Stiftung um eine Stiftung des Landesparlaments handelt. Weder ist diese Veränderung im Finanzausschuss diskutiert worden noch abschließend im Aufsichtsrat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Selbstverständlich ist das diskutiert worden, Herr Kollege!)

Ich war bei den Vor- – –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Selbstverständlich ist das diskutiert worden!)

– Bitte keine Zwischenrufe.

(Vereinzelt Lachen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist im Protokoll notiert worden! Das ist notiert worden!)

In der Zeit, in der ich diesen Gremien angehört habe, wurde das nicht diskutiert.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es handelt sich um einen Vorschlag der Geschäftsführerin, der zur Diskussion angestanden hatte. Er wurde nicht abschließend durch den Aufsichtsrat diskutiert und verabschiedet. So ist die Realität.

Wir setzen uns jetzt hier mit einer Veränderung des Aufsichtsrats auseinander, und der Einfluss des Parlaments soll dadurch negiert werden. Nichts anderes hat man hier vor.

Ich erinnere daran: Das Stiftungskapital stammt aus den Erlösen aus dem Verkauf der EnBW-Anteile, also aus dem Vermögen des Landes und der Bevölkerung. Und jetzt soll das praktisch mehr oder weniger über diesen Umweg zu einer Stiftung und zu einem Schattenhaushalt der Regierung gemacht werden. Wir werden dagegen stimmen. Das ist eine Stiftung des Parlaments und nichts anderes.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Klartext!)

**Präsident Thomas Strobl:** Nunmehr gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Dann lasse ich über die beabsichtigten Berufungen abstimmen. Wer der Bestätigung der Vorschlagsliste zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenprobe! –

(Zurufe von der AfD, u. a.: Mit der SPD!)

Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen der Fraktion der AfD und der Fraktion der SPD sind die vorgeschlagenen Personen, die in der Vorschlagsliste stehen, damit mehrheitlich bestätigt. Damit werden die vorgeschlagenen Personen für die Dauer der 18. Wahlperiode in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung berufen.

Nun kommen wir zum Berufungsvorschlag für die sieben sachverständigen Persönlichkeiten für das Kuratorium der

*(Präsident Thomas Strobl)*

Landeszentrale für politische Bildung. Den Berufungsvorschlag finden Sie auf Ihren Tischen *(Anlage 2)*.

Ich bitte Sie um das Einvernehmen zur Berufung dieser sieben sachverständigen Persönlichkeiten für die Dauer der 18. Legislaturperiode. – Sie stimmen dem so zu.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein! Wir möchten abstimmen lassen!)

– Sie möchten abstimmen. Dann führen wir eine Abstimmung durch. Gibt es weitere Wortmeldungen vor der Abstimmung? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Berufungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei keinen Enthaltungen und Gegenstimmen der AfD-Fraktion wird dem Berufungsvorschlag mehrheitlich zugestimmt.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete und liebe Mitglieder der Landesregierung, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie auf die Präsentation der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen*politik Baden-Württemberg in der Eingangshalle des Landtags am heutigen Tag hinweisen. Der Verein feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Das unter seinem Dach geschaffene Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg wird 15 Jahre alt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sind herzlich eingeladen, von diesem Informationsangebot insbesondere in der Mittagspause Gebrauch zu machen.

Nun können wir noch nicht in die Tagesordnung eintreten, weil es einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Abg. Klauß gibt.

(Zuruf von der AfD: Guter Mann!)

**Abg. Miguel Klauß** AfD: Herr Präsident, Kollegen! Wir machen dann gleich weiter mit der demokratischen Teilhabe. Wir, die AfD-Fraktion, sind natürlich noch immer auf dem Stand, dass die demokratische Teilhabe gerade der größten Oppositionsfraktion leider nicht in der Form stattfindet, wie sie nach den parlamentarischen Gepflogenheiten der letzten Jahrzehnte eigentlich sein müsste.

Deswegen stellen wir einen Geschäftsordnungsantrag zur Änderung der Tagesordnung, nämlich der Ergänzung um einen weiteren Tagesordnungspunkt, und zwar der Wahl eines zweiten Landtagsvizepräsidenten.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte zur Begründung ein gutes und ein negatives Beispiel heranziehen. Wenn man den Blick auf andere Länderparlamente richtet, nach Sachsen-Anhalt, dann zeigt sich – das müssen Sie, die CDU, sich mal vorstellen –: Die von Ihrem Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei AfD hat der CDU die demokratische Teilhabe gewährt und einen CDU-Landtagsvizepräsidenten gewählt.

(Zuruf von der AfD: Ein Unterschied zu hier!)

Das muss man sich mal vorstellen: Eine angeblich gesichert rechtsextreme Partei ist also demokratischer unterwegs, als Sie es hier in Baden-Württemberg sind.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den Grünen)

Das negative Beispiel ist natürlich Mecklenburg-Vorpommern, wo der Wahlsieger, die einzige und stärkste Oppositionskraft, weder den Landtagspräsidenten noch einen Landtagsvizepräsidenten stellt.

(Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Das ist das Negativbeispiel, aber von Rot-Rot-Grün erwartet man eigentlich auch nichts anderes.

Wenn Sie die Spaltung der Gesellschaft überwinden wollen, dann dürfen Sie nicht so weitermachen und die Opposition ausgrenzen, weil Sie dann nämlich eine – so nenne ich es mal – Amerikanisierung der Gesellschaft, der politischen Landschaft vorantreiben.

(Vereinzelt Lachen – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Eijeijei! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE)

Denn in Amerika ist es so: Wer das Weiße Haus gewinnt, der gewinnt eigentlich alles – „the winner takes it all“.

(Zurufe, u. a. Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Eigentlich hat er viel verloren!)

Ich denke, dass die Demokratie gerade in Deutschland sehr stabil war, weil es hier immer die parlamentarische Gepflogenheit war, die oppositionellen Kräfte einzubinden.

(Beifall bei der AfD)

Von diesem Weg kehren Sie leider ab, und das halten wir für einen gravierenden Fehler. Wenn Sie die Wählerstimmen wieder zurückgewinnen wollen, dann dürfen Sie sich nicht an der weiteren Spaltung der politischen Gesellschaft und der politischen Landschaft beteiligen.

Stimmen Sie deswegen für unseren Geschäftsordnungsantrag, die Tagesordnung um den Punkt „Wahl eines zweiten Landtagsvizepräsidenten“ zu ergänzen. Wenn Sie diesen Antrag ablehnen und uns weiter ausgrenzen, werden Sie keine einzige Wählerstimme zurückgewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

**Präsident Thomas Strobl:** Die AfD-Fraktion möchte die Tagesordnung ändern und hat dazu einen Geschäftsordnungsantrag gestellt. Dazu gibt es Wortmeldungen. – Herr Kollege Lede Abal für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Daniel Lede Abal** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Landtag von Baden-Württemberg zu Beginn der Legislaturperiode die Vereinbarung getroffen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Kann man ändern!)

einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten – in diesem Fall eine Vizepräsidentin – zu wählen. Das halten wir für die richtige Lösung.

Ich darf Sie daran erinnern – auch wenn Sie dieses Thema hier jetzt immer wieder aufrufen –:

(Abg. Miguel Klauß AfD: Fünf Jahre lang!)

*(Daniel Lede Abal)*

Wir werden an dieser Struktur nichts ändern.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

Wir werden Sie auch immer wieder daran erinnern, dass 2021,

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: 2016!)

als ein möglicher Vizepräsidentenposten für die Oppositionsparteien nicht an Sie ging, Ihr damaliger Fraktionsvorsitzender

(Abg. Anton Baron AfD: 2016! Es war die erste Legislatur! – Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

– genau Sie, der Sie hier gerade hereinkrähen – es absolut richtig fand, es bei zwei Personen zu belassen: einer Präsidentin und einem Vizepräsidenten.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Weil Sie das 2016 abgeschafft haben! Das ist ein Schauspiel!)

Aber ich möchte jetzt noch etwas dazu sagen, dass Sie hier gerade versucht haben,

(Abg. Sandro Scheer AfD: Sie machen ja den Bastian Schneider nach!)

uns Sachsen-Anhalt als gutes Beispiel politisch zu verkaufen.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Sachsen-Anhalt ist, denke ich, sehr bezeichnend für das, was sich die AfD unter Demokratie vorstellt und wie das geführt wird. Ihre Parteifreunde dort haben sich leider dabei erwischen lassen, wie sie darüber räsoniert haben, wie sie dort den Vizepräsidenten aus den Reihen der CDU in der Opposition kaltstellen. Genau so stellen Sie sich Demokratie vor.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Ganz genau! – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja!)

Völlig absurd wird es dann, wenn Sie ausgerechnet die USA unter Trump als Beispiel für Checks and Balances anführen. Diese Art von Checks and Balances ist in den USA durch den Präsidenten, seine Kabinettsmitglieder und seine Parteifreunde sabotiert worden. Ich denke, dieses Modell ist heute Nacht krachend abgewählt worden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

**Präsident Thomas Strobl:** Wird im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte das Wort gewünscht? – Herr Abg. Mack für die CDU-Fraktion.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Kommt was mit „Moskau“? Wir haben das im Präsidium eingepflegt, gell!)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Klauß hat von demokratischer Teilhabe im Zusammenhang mit dem Vizepräsidentenposten eines Parlaments gesprochen. Wir haben das hier schon mehrmals miteinander besprochen. Der Vizepräsident ist ein reiner Verhinderungsstellvertreter für den Präsidenten. Es stehen jederzeit weitere Verhinderungsstellvertreter für den Herrn Präsidenten zur Verfügung. Deswegen ist ein weiterer Vizepräsidentenposten nicht notwendig. Das haben wir in der Tat schon mehrmals erörtert. Wir haben das miteinander entschieden.

(Abg. Anton Baron AfD: 2021!)

Der Vizepräsident hat auch keine politische Ausstrahlung. Da hat man ja gehört, um was es Ihnen geht: Sie meinen, dass eine Fraktion oder gar eine Partei, wenn sie einen Vizepräsidenten hat, ein Propagandainstrument in der Hand hat. Darum geht es beim Vizepräsidenten aber eben nicht. Vielmehr ist der Vizepräsident zur absoluten Neutralität verpflichtet.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD – Zurufe von der AfD)

Das erwarten wir auch von einem Vizepräsidenten.

Sie haben Trump und die aktuellen Entwicklungen angesprochen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Nein! Ich habe die Amerikanisierung angesprochen, die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in Amerika!)

Da hat es neulich tatsächlich den Vorfall gegeben, dass Präsident Trump der AfD zum Wahlsieg in Sachsen-Anhalt gratuliert hat. Er hat hintendran geschrieben: „MGGA“ – „Make Germany Great Again“.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Da kann ich nur sagen: Eine solche Parole

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wollen Sie Deutschland nicht groß machen, oder was?)

ist reiner Nationalismus,

(Lachen bei der AfD)

und Nationalismus führt zu Krieg.

(Zurufe von der AfD)

Deswegen kann ich nur sagen: Das lehnen wir radikal ab. „Le nationalisme, c’est la guerre.“

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Deswegen bekommen Sie auch kein Propagandainstrument in die Hand. Daher bekommen Sie auch keinen Vizepräsidenten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Also wollen Sie Deutschland nicht groß machen, oder wie? Also wollen Sie Deutschland an die Wand fahren! – Gegenruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Das ist Vaterlandsverrat! – Unruhe bei der AfD)

**Präsident Thomas Strobl:** Das Wort hat Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke für die SPD-Fraktion.

**Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Begründung des Abg. Klauß von der AfD-Fraktion war selbstentlarvend genug. Von Ihnen wird sich dieses Parlament sicherlich nichts über parlamentarische Gepflogenheiten erzählen lassen.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Doch! – Deutschlehrer!)

Von Ihnen werden wir uns ganz sicher nichts über die Spaltung der Gesellschaft erzählen lassen.

Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

**Präsident Thomas Strobl:** Jetzt sehe ich zur Geschäftsordnung keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich über den Antrag der AfD-Fraktion zur Erweiterung der Tagesordnung abstimmen. Wer stimmt dem Antrag der AfD zu? – Danke. Gegenstimmen? –

(Zuruf von der AfD: Ganz klar!)

Enthaltungen? – Damit ist bei Zustimmung der AfD-Fraktion dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Tagesordnung unserer Landtagssitzung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2027 (Staatshaushaltsgesetz 2027 – StHG 2027) – Drucksache 18/700**

**b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2027 – Drucksache 18/701**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache zu den Buchstaben a und b eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Herrn Kollegen Andreas Schwarz.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Jetzt kommt der Klimaschwindel!)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir leben in einer Zeit, in der vieles unsicher geworden ist. Die Wirtschaft steht unter Druck. Viele Menschen machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Das Geld wird knapper. Die Städte und Gemeinden in unserem Land stehen vor großen finanziellen Herausforderungen, und die Folgen des Klimawandels sind längst auch in Baden-Württemberg angekommen.

Gerade in einer solchen Zeit kommt es darauf an, dass Politik Orientierung gibt. Die Menschen müssen sich darauf verlassen können und müssen wissen, dass der Staat gut funktioniert. Die Menschen brauchen eine Politik, die nicht alles verspricht, sondern klare Prioritäten setzt und die bei allem, was heute schwierig ist, die Zukunft nicht aus den Augen verliert. Genau dafür steht der erste Haushalt der Regierung Özdemir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir setzen klare Prioritäten. Wir gehen mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortungsvoll um

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

und investieren dort, wo es für die Zukunft des Landes entscheidend ist. Wir sichern, was sich bewährt hat. Wir lösen ein, was wir versprochen haben, und wir gestalten, was unser Land für die Zukunft braucht.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist unser Anspruch: ein Haushalt, der für Verlässlichkeit steht, ein Haushalt, der den Menschen Sicherheit gibt und der die Grundlagen dafür legt, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft stark bleibt, ein Haushalt, der zu unserem Land passt.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

Meine Damen und Herren, wir packen an. Wir tun alles dafür, die Wirtschaft zu stärken und Arbeitsplätze zu sichern, gerade in der jetzigen Situation.

(Zuruf von der AfD: Noch mehr Bürokratie!)

Deshalb ist es richtig, dass Ministerpräsident Cem Özdemir Wirtschaft und Arbeitsplätze in das Zentrum seiner Regierungsarbeit stellt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Oh Gott! Lieber nicht!)

Dafür setzen wir klare Schwerpunkte. Damit Baden-Württemberg weiter stark bleibt, setzen wir auf die Ansiedlung von Unternehmen, auf die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten. Wir erhöhen die Mittel für die Ansiedlungsstrategie auf 225 Millionen €. Damit schaffen wir attraktive Bedingungen für Unternehmen aus aller Welt. Wir laden die Unternehmen ein, nach Baden-Württemberg zu kommen. Hier finden sie perfekte Standortbedingungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Lachen bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Wer hat denn die Rede geschrieben? – Weitere Zurufe von der AfD, u. a.: Junge, Junge!)

Wir gehen einen Schritt weiter: Wir räumen Berichtspflichten, Nachweispflichten,

(Abg. Sascha Binder SPD: Keine einzige!)

Dokumentationspflichten, bürokratische Auflagen aus dem Weg. Das Effizienzgesetz ist dafür ein zentraler Baustein.

Wir investieren in Innovation, Forschung und Entwicklung. Denn Baden-Württemberg ist Innovationsland Nummer 1, und das wollen wir auch bleiben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen fördern wir Zukunftstechnologien – von der Quantentechnologie und KI bis hin zu Green Tech und Medizintechnik.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

*(Andreas Schwarz)*

Unsere Hightechstrategie, die wir derzeit erarbeiten, bildet dafür die Grundlage.

Nicht zuletzt denken wir Wirtschaft breit – vom Weltkonzern bis zum Handwerker vor Ort. Deswegen erhöhen wir im nächsten Jahr auch die Meisterprämie. Das ist ein starkes Bekenntnis zu einem starken Handwerk in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Alles das, liebe Kolleginnen und Kollegen, steckt in diesem Haushalt. Das macht mich auch zuversichtlich. Denn wir wollen, dass aus guten Ideen Unternehmen entstehen, dass die baden-württembergischen Betriebe im internationalen Wettbewerb erfolgreich sind und dass die Menschen hier bei uns auch morgen sichere Arbeitsplätze finden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Inzwischen liegt die neue Steuerschätzung vor, und sie zeigt: Die wirtschaftliche Lage hellt sich etwas auf. Die Steuereinnahmen entwickeln sich ein Stückchen besser als erwartet. Das sind positive Nachrichten. Für unseren Haushalt hat das allerdings auch einen Haken. Steuermehreinnahmen in Höhe von 336 Millionen € klingen zunächst einmal nach zusätzlichem Geld, aber so einfach ist das leider nicht. Denn gleichzeitig dürfen wir aufgrund der verbesserten Konjunkturaussichten weniger Kredite aufnehmen. Unterm Strich heißt das dann: keine zusätzlichen finanziellen Spielräume.

Deshalb bleibt es bei unserem Kurs. Wir setzen Prioritäten, wir gehen verantwortungsvoll mit den Mitteln um. Damit wird unser Haushalt unter schwierigen Bedingungen sehr solide aufgestellt.

Blicken wir mal auf die Lage der Kommunen. Sie kennen das ja, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie sind ja auch im Gespräch mit Landräten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Wenn wir mit Bürgermeistern reden, dann wird uns immer wieder gesagt: Die einbrechenden Gewerbesteuereinnahmen sind ein großes Problem, wenn es darum geht, den Haushalt auszugleichen. Gleichzeitig steigen zum einen die Personalausgaben, insbesondere in den Bereichen Bildung, Betreuung und Gebäudeunterhalt,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Bildung! 2 000 Lehrer für Flüchtlinge! Hören Sie doch auf!)

aber auch die Kosten für die weiteren Aufgaben, die die Kommunen haben.

Wir nehmen sorgenvoll wahr, dass viele Kommunen gerade bei freiwilligen Aufgaben kürzen wollen. Da geht es aber um Dinge, die eine Kommune stark machen, beispielsweise Sport, Kultur, Schwimmbäder oder Sozialberatung. Wenn man dann noch sieht, dass weitere Aufgaben auf die Kommunen zukommen – ich schaue mal in Richtung Bund, der weitere Aufgaben beschließt und keinen finanziellen Ausgleich zur Verfügung stellt –, dann ist das eine echt schwierige Situation für die Kommunen.

Die Veranlassungskonnexität, die der Bund ausgerufen hat, hilft nur bedingt; denn der Bund will nur 80 % der Kosten, die nachher bei den Kommunen anlanden, übernehmen. Da frage ich mich schon, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer übernimmt denn nachher die verbleibenden 20 %? Es kann doch nicht sein, dass die Rechnung nachher zulasten der Länder und der Kommunen geschrieben wird. Nein, hier brauchen wir einen vollständigen Ausgleich aus dem Bundeshaushalt. Wenn der Bund Gesetze beschließt, die dann bei den Kommunen anlanden, verlangen wir einen hundertprozentigen Kostenausgleich durch den Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Emil Sänze AfD: Wer ist denn im Bundesrat? – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich führe es gleich noch mal aus. Wir strecken uns hier im Land echt nach der Decke, aber das kommunale Defizit können wir allein nicht stemmen. Herr Ministerpräsident, ich unterstütze Ihre Forderung, dass wir die Umsatzsteuereinnahmen anders aufteilen. Das ist auch eine Forderung, lieber Albrecht Schütte, lieber Peter Seimer, die die kommunalen Landesverbände seit Langem vortragen. Wenn die kommunalen Aufgaben zunehmen, müssen die Steuereinnahmen für die Kommunen Schritt für Schritt mit ansteigen. Das ist unsere klare Forderung an den Bund, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir leisten dafür unseren Beitrag. Starke und handlungsfähige Kommunen sind ein Schwerpunkt in diesem Haushalt. Wir stabilisieren die Finanzen der Kommunen in unserem Land auf einem hohen Niveau. Entscheidend ist, dass den Kommunen nach der Steuerschätzung insgesamt mehr Mittel zur Verfügung stehen. Und die zugesagten 1,2 Milliarden €, über die Kollege Tobias Vogt und ich mit den Kommunen auch immer wieder gesprochen haben, haben für uns oberste Priorität. Da halten wir, was wir versprochen haben. Daher legen wir aus der Landeskasse nochmals mehr als 100 Millionen € für die Kommunen obendrauf. Wir halten unser Versprechen gegenüber den Kommunen ein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir stärken den kommunalen Finanzausgleich mit 120 Millionen €. Dieses Geld kommt direkt bei den Städten und Gemeinden an.

Weil wir wissen, Herr Gesundheitsminister Hildenbrand, wie die Lage bei den Krankenhäusern ist, legen wir nochmals 140 Millionen € zur Stabilisierung der Krankenhäuser obendrauf. Wir wissen: Für die Menschen vor Ort ist eine gute Gesundheitsversorgung das Maß der Dinge. Und wir lassen die Krankenhäuser in Baden-Württemberg nicht im Stich. Wir helfen den Kommunen und den Kliniken. Das ist wichtig für ein gutes medizinisches Angebot vor Ort, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Neben der Frage nach dem Geld geht es auch darum, wie die Kommunen in Zukunft gut arbeiten können. Dafür haben wir – ich schaue Innenminister Hagel an – eine Zukunftskommission gebildet. Ich finde, das ist ein richtiges Format,

(Abg. Miguel Klauß AfD: „Zukunftskommission“!)

bei dem Land und Kommunen gemeinsam darüber reden, wie wir die Lage der Kommunen auch strukturell verbessern können.

Ich will hier drei konkrete Ansatzpunkte vorstellen. Wir werden uns das kommunale Haushaltsrecht vornehmen und anschauen: Wie können wir hier Flexibilisierungen und Spielräume für die Kommunen schaffen? Wie können wir die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen, damit Städte und Gemeinden mehr miteinander arbeiten können, damit sie effizientere wirtschaftliche Strukturen haben? Und wie können wir über ein Jahresentlastungsgesetz bürokratische Auflagen, Belastungen bei den Kommunen abbauen?

Uns geht es darum, dass die Kommunen mehr Spielräume haben. Städte und Gemeinden machen unser Land stark. Deswegen stärken wir die Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Der erste Schwerpunkt in diesem Haushalt ist die Wirtschaft, der zweite sind die Kommunen, und der dritte Schwerpunkt ist der Klimaschutz.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Oh Gott!)

Wie wichtig Klimaschutz ist, wie wichtig Klimaanpassung ist, dazu muss man im Landtag eigentlich nichts sagen, dachte ich immer. Das ist doch allen bekannt.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Aber offenbar ist Ihnen das nicht bekannt, und die Äußerungen der AfD legen ja nahe, dass Sie beim Klimaschutz immer wieder Nachholbedarf haben.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Klimaschwindel! – Zuruf von der AfD: Klima kann man nicht schützen!)

Niedrigwasser hat dazu geführt,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Kaufen Sie eine Klimaanlage!)

dass die Wirtschaft massive Ausfälle hat, weil die Binnenschifffahrt nicht funktioniert.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, können Sie nicht ändern! Und jetzt wollen Sie Wasser kaufen, oder was? Mein Gott!)

Dürre hat bei der Landwirtschaft in unserem Land zu massiven Schäden geführt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wollen Sie Regen kaufen?)

Die Hitze hat in vielen Kommunen Menschenleben gekostet – das, meine Damen und Herren von der AfD,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wollen Sie Regen kaufen?)

ist die Realität.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Und das ist leider auch in Baden-Württemberg angekommen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Kaufen Sie sich eine Klimaanlage! Mein Gott!)

Deswegen ist es richtig, dass diese Koalition beim Klimaschutz handelt und Sie mit Ihren Märchen abgestraft werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

Es ist doch ganz einfach: Wir brauchen im Sommer kühle Orte,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, kaufen Sie jetzt Regen, oder was? – Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Orte, die auch Schutz bieten. Wir wollen die Städte und Gemeinden fit machen, dass sie bei Starkregenereignissen dieses Wasser aufnehmen und es danach wieder abgeben können.

Schauen wir uns die Landwirtschaft an, Frau Ministerin Gentges: Die Bodenseeregion benötigt Bewässerungsmöglichkeiten, gerade auch, was die Sonderkulturen angeht. Wir müssen nochmals schauen, wie wir die Landwirtinnen und Landwirte unterstützen können.

Kurzum: Wir wollen den Klimaschutz in Baden-Württemberg vorantreiben. Daher machen wir Tempo bei Photovoltaik, Windenergie, Batteriespeichern, beim Netzausbau. Ich bin Frau Umweltministerin Walker sehr dankbar, dass sie die Taskforce „Netze“ ins Leben gerufen hat.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Was liefert heute Photovoltaik? Schau mal raus! Nichts!)

Das ist das richtige Vorgehen, um zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung beizutragen. Das ist am Ende auch für einen starken Wirtschaftsstandort von erheblicher Bedeutung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dabei belassen wir es nicht. Wir haben in den letzten Monaten sehr intensiv am Konzept einer Klimamilliarde gearbeitet: 1 Milliarde € für Investitionen der Kommunen in den Klimaschutz, in Klimawandelanpassungsmaßnahmen; 1 Milliarde € verteilt über die Legislaturperiode. Warum machen wir das? Wir wollen, dass jede Gemeinde, unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit, von der Frage, wie viele Steuereinnahmen sie hat, in den Klimaschutz investieren kann. Ja, ich nenne das Klimagerechtigkeit. Deswegen geben wir mit diesem Haushalt den Startschuss für die Klimamilliarde.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Oh Gott!)

Davon profitieren die Menschen im ganzen Land: wenn es in der Schule im Sommer angenehm kühl bleibt,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Klimaanlage! Dann braucht man keine Klimamilliarde!)

wenn die Städte und Gemeinden in unserem Land grüner werden oder wenn die kommunalen Wärmepläne vor Ort umgesetzt werden können.

*(Andreas Schwarz)*

Meine Damen und Herren, wer setzt diese Investitionen um? Das sind doch die Handwerkerinnen und Handwerker. Deswegen, finde ich, ist die Klimamilliarde am Ende auch ein Programm für das Handwerk. Sie schützt unsere Lebensgrundlagen, sie verbessert die Lebensqualität vor Ort und schafft Aufträge für die lokale Wirtschaft. So gehören Klimaschutz und wirtschaftliche Stärke zusammen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD zur CDU: Wieso klatscht die CDU hier nicht?)

Wichtige Partner beim Klimaschutz sind die Stadtwerke. Denken Sie beispielsweise daran, wer die kommunalen Wärmepläne umsetzt. Das sind die Stadtwerke; die machen das. Wir wollen die Stadtwerke unterstützen, damit sie bessere Konditionen bekommen, damit sie eine solide Eigenkapitalausstattung, Eigenkapitalbasis aufbauen können, damit die Stadtwerke in Netze, in erneuerbare Energien investieren können.

Da muss ich auch ganz ehrlich sagen: Da hat die Bundesregierung etwas richtig Gutes gemacht. Sie hat den Deutschlandfonds aufgelegt. Mit dem Deutschlandfonds, der von Bund und Ländern organisiert wird, wollen wir eine Anschubfinanzierung für Stadtwerke, für kommunale Unternehmen zur Verfügung stellen. Ich denke, das ist ein starkes Signal, sodass der Klimaschutz vor Ort wirksam wird.

Deswegen möchte ich mich, Herr Ministerpräsident Özdemir, bei Ihnen ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie diese Impulse gegeben haben, und auch bei Ihnen, Herr Finanzminister Bayaz, dass Sie den Weg für die Klimamilliarde mit freigegeben haben, und beim Kollegen Tobias Vogt für das gute Miteinander. Ich denke, da haben wir etwas richtig Gutes für die Menschen im Land hinbekommen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich habe es ausgeführt: Wir investieren in die Wirtschaft, in starke Kommunen, in funktionierenden Klimaschutz – drei wichtige Schwerpunkte für die Zukunft unseres Landes. Aber Zukunftsfähigkeit bedeutet auch, dass wir uns darauf verlassen können müssen, dass der Alltag gut funktioniert: gute Schulen, Sicherheit, Mobilität, eine leistungsfähige Verwaltung und dass wir verantwortlich mit den Finanzen umgehen. Ja, es muss nicht alles neu sein, um wichtig zu sein.

Wir wissen: Ein großer Teil des Haushalts ist schon von vornherein festgelegt. Die freie Spitze in diesem Haushalt ist nie groß. Denn natürlich gibt es Vorfestlegungen: Personal wie Polizistinnen und Polizisten, Richterinnen und Richter,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Solche Richter wie der Herr Schneider, oder was?)

Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Da geht es um Pflichtaufgaben des Landes Baden-Württemberg. Da geht es darum, dass das Land tagtäglich diesen Pflichtaufgaben nachkommt. Dazu müssen wir Tarifsteigerungen abbilden. Dazu gehört für mich auch, dass wir die Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten, die sich Tag für Tag engagieren, zum Ausdruck bringen. Auch das machen wir in diesem Haushalt. Gute Arbeit verdient gute Bezahlung. Das ist für mich auch eine Frage der Wertschätzung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Landeshaushalt muss mit engeren finanziellen Spielräumen auskommen. Nicht jeder Wunsch ist finanzierbar. Wir können die kommenden Haushalte nicht mit immer neuen Verpflichtungen belasten. Deswegen müssen wir strukturell sparsamer werden.

Wir steigen daher mit diesem Haushalt in den vereinbarten und zugesagten Stellenabbau ein. Wir haben uns vorgenommen, über die Legislaturperiode hinweg 550 Stellen einzusparen. Den ersten Schritt machen wir 2027.

Warum sprechen wir über diesen Stellenabbau? Warum nehmen wir Einsparungen vor? Das machen wir, damit wir an anderer Stelle – sei es für die Wirtschaft, sei es für die Kommunen – investieren können. Auch das findet sich in diesem Haushalt. Ich finde, das ist eine sehr solide Grundlage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Bewährtes zu bewahren, das heißt auch, dass wir das, was wir in den letzten 15 Jahren erfolgreich auf den Weg gebracht haben, fortführen werden. Ich will dazu drei Beispiele nennen:

Erstens: die Hochschulfinanzierungsvereinbarung III. Sie sichert den Universitäten und Hochschulen in unserem Land eine verlässliche, eine wachsende Grundfinanzierung. Das ist die Grundlage für exzellente Lehre, für exzellente Forschung in Baden-Württemberg.

Beispiel Nummer 2: das Deutschlandticket, das Jugendticket Baden-Württemberg. Wir finanzieren beides, damit die Menschen in Baden-Württemberg ein attraktives Angebot für den öffentlichen Nahverkehr haben. Wenn wir merken, dass das Leben für viele Menschen jeden Tag teurer wird, dann sind ein gut ausgebauter Nahverkehr und ein attraktives Ticket Möglichkeiten, die Lebenshaltungskosten in Grenzen zu halten. Auch das machen wir mit diesem Haushalt.

Drittes Beispiel: „SprachFit“. Mit diesem Programm stärken wir die frühkindliche Sprachförderung. Das ist bundesweit einmalig, was wir hier mit „SprachFit“ aufgelegt haben. Wir bauen das nochmals um 35 Millionen € aus.

Diese drei Beispiele machen deutlich: Auch in diesem Haushalt wollen wir das, was sich bewährt hat, was in Baden-Württemberg gut funktioniert, fortführen. Das gehört ebenfalls zu einer soliden Haushaltsplanung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Gleichwohl gilt: Man darf sich nie auf dem Erreichten ausruhen. Deshalb stärken wir mit diesem Haushalt auch Bereiche, die für die Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung sind. Wir stärken die Polizei weiter personell und technisch. Die große Einstellungsoffensive läuft weiter: zusätzliche Einsatz- und Ermittlungsassistenten, Spezialistinnen und Spezialisten bei der Polizei. Hinzu kommt eine umfassende Abwehroffensive, um gegen hybride Bedrohungen und Cyberattacken vorzugehen. Herr Minister Hagel, da haben Sie einen wichtigen Impuls gegeben. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das Thema angegangen sind. Denn für mich ist klar: Sicherheit braucht einen starken Rechtsstaat und eine Polizei, die

gut ausgerüstet ist, um für die Sicherheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir legen die Grundlage für Baden-Württemberg als Hightechstandort. Wir wollen, dass unser Land künftig ganz vorn dabei ist – bei Zukunftstechnologien wie Green Tech und Quantentechnologie, bei künstlicher Intelligenz, bei Robotik. Wir bauen auf den Investitionen in den vergangenen Jahren auf, schaffen neue Chancen für Forschung, für Unternehmen und für Arbeitsplätze.

Baden-Württemberg ist und bleibt exzellenter Standort für Forschung und Innovation. Wenn es nach uns geht, wird das auch künftig ein Schwerpunkt der Regierungsarbeit in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ja, meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zum vergangenen Wochenende sagen. Am Wochenende sind Zehntausende junge Menschen auf die Straße gegangen. Die überwiegende Mehrheit von ihnen hat friedlich demonstriert.

(Zuruf von der AfD)

Über deren Anliegen rede ich hier jetzt auch. Denn wenn man einmal mit den jungen Schülerinnen und Schülern und den jungen Leuten gesprochen hat, dann hat man herausgehört, um was es ihnen tatsächlich geht.

(Abg. Chris Hegel AfD: Heilige Schulen! – Abg. Miguel Klauß AfD: „Free Palestine“ habe ich gehört!)

Sie fordern bessere Schulen, mehr Lehrkräfte, weniger Unterrichtsausfall. Das zeigt für mich: Junge Leute wollen lernen, sie wollen gute Bildung, und sie erwarten zu Recht, dass der Staat dafür die Voraussetzungen schafft.

(Zuruf von der AfD)

Deswegen handeln wir, meine Damen und Herren. Wir investieren in unsere Schulen, in moderne Gebäude, in gute Lernbedingungen und vor allem in die Menschen, die dort lernen und arbeiten. Die Mittel für Schulbau und Schulsanierung haben wir seit dem letzten Doppelhaushalt verdoppelt, auf inzwischen 450 Millionen €. Wir unterstützen die Kommunen in unserem Land bei der Inklusion, bei der Schulbegleitung, bei der Ganztagsbetreuung. Ja, und wir lassen auch die Privat- und die Musikschulen nicht allein stehen.

Aber eines ist genauso klar: Gute Rahmenbedingungen helfen wenig, wenn die Lehrkräfte fehlen. Deshalb verbessern wir im nächsten Jahr die Unterrichtsversorgung. Für das neue Jahr werden wir mehrere Hundert neue Lehrerstellen schaffen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Aber nicht für die eigenen!)

und zwar an allen Schularten.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Aber nicht für die eigenen!)

Wir finanzieren weitere Lehrerstellen, damit vor Ort die Unterrichtsversorgung besser wird. Wir unterstützen die Kinder, die einen besonderen Bedarf haben, beispielsweise in der Sprachförderung oder weil sie nach Baden-Württemberg gekommen sind. Gute Bildung braucht ausreichend Lehrerinnen und Lehrer. Denn gute Bildung eröffnet Chancen für jedes Kind, und darum geht es uns im nächsten Jahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nicht jede Verbesserung kostet Geld. Die Handypause, die Sie, Herr Minister Jung, ins Gespräch gebracht haben und an der Sie arbeiten, können wir einfach so umsetzen. Was steckt dahinter? Kinder und Jugendliche brauchen Räume, in denen sie ohne ständige Ablenkung lernen können, in denen sie ohne ständige Ablenkung miteinander Zeit verbringen können. Deswegen sind wir für Ihren Vorschlag dankbar. Wir sind hierzu ja in konstruktiven Gesprächen. Das kostet kein Geld; das werden wir sehr zügig umsetzen können.

Anders sieht es beim verbindlichen und gebührenfreien letzten Kitajahr aus. Dieses Vorhaben findet sich in diesem Haushalt nicht;

(Zuruf: Doch!)

es ist in diesem Haushalt nicht vorgesehen. Denn mit dem verbindlichen und gebührenfreien Kindergartenjahr – ich lege den Schwerpunkt auf die Verbindlichkeit – betreten wir Neuland. Das muss gut vorbereitet sein: im Dialog mit den Eltern, mit den Trägerverbänden, mit den Kindertagesstätten, mit den Schulen, mit den Kommunen. Da geht es um rechtliche Präzision, um eine pädagogische Ausformung, um die Klärung der finanziellen Rahmenbedingungen. Deswegen sage ich auch ganz offen: Das ist ein Vorhaben, das wir erst im Laufe der Legislaturperiode umsetzen können. Ich bin Ihnen, Herr Minister Jung, sehr dankbar, dass Sie alle Beteiligten zusammenrufen und das sehr gründlich ausarbeiten. Das bereiten wir vor, und dann kommt das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Wir reden über den Haushalt, wir reden über politische Prioritäten, aber im Grunde ist es mehr als einzelne Haushaltspositionen. Es geht darum, ob die Menschen darauf vertrauen können, dass unser Staat funktioniert, dass demokratische Politik die Probleme erkennt und Lösungen findet.

Wir erleben, wie die politischen Ränder erstarken, wie Populisten scheinbar einfache Lösungen anbieten und dafür Beifall bekommen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Oder abgewählt werden!)

Die Menschen sind verunsichert. – Auch das gibt es, Herr Kollege.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Leben wird teurer. Viele fragen sich, ob der Arbeitsplatz noch sicher ist. Die Folgen der Klimakrise werden spürbarer, und soziale Medien verbreiten Fakenachrichten.

Ich finde, wir in den demokratischen Parteien müssen in diesen Zeiten Orientierung geben. Das gelingt nicht allein mit guten Reden von diesem Pult aus. Es gelingt, wenn wir verlässlich regieren, wenn wir die Sorgen der Menschen ernst

nehmen, wenn wir zeigen, dass demokratische Politik handlungsfähig ist. Deshalb ist dieser Haushalt, meine Damen und Herren, auch ein Beitrag dazu, das Vertrauen in unseren Staat zu stärken.

Wir kümmern uns darum, dass das Leben bezahlbar bleibt. Dazu gehört in Baden-Württemberg insbesondere das Thema Wohnen. Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Deswegen stellen wir für die Wohnraumförderung mehr als 1 Milliarde € zur Verfügung. Wir werden mit dem neuen „BW-Standard“ das Bauen einfacher, schlanker und effizienter machen.

(Zuruf des Abg. Stephan Schwarz AfD)

Wir weiten die Mietpreisbremse aus. Ab dem nächsten Jahr gilt sie wieder in Mannheim, Konstanz und Kehl. Knapp 40 % der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger können daher bei einem Wohnungswechsel davon profitieren.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ihr korrigiert einen Fehler!)

Das heißt, dieses Thema, das für so viele Menschen wichtig und von großer Bedeutung ist – eine bezahlbare Wohnung zu finden –, das gehen wir mit dem nächsten Haushalt und mit dem „BW-Standard“ nochmals ganz engagiert an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was mir auch wichtig ist, meine Damen und Herren: Wir lassen Menschen, die in schwierigen Situationen sind, nicht im Stich. Mir ist im Rahmen einer Haushaltsdebatte wichtig, den Fokus einmal darauf zu legen, wer in einer schwierigen Situation ist und wer besondere Hilfe braucht.

Deswegen ist für mich klar, dass wir die Beratung für Gewaltbetroffene ausbauen, dass wir die Förderung der Frauenhäuser intensivieren, dass wir das Ehrenamt unterstützen, uns für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft starkmachen, das Landesprogramm zur Demokratieförderung fortsetzen sowie die Prävention gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus dauerhaft stärken. Denn unser Land lebt davon, dass Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, dass sie sich engagieren, einander mit Respekt begegnen und sich alle darauf verlassen können, hier in Baden-Württemberg in Sicherheit und Freiheit zu leben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier einen Haushalt vorgelegt, der für Stabilität und Verlässlichkeit steht. Wir unterstützen die Kommunen. Wir nehmen die Klimakrise ernst und handeln. Wir setzen auf Bildung, Bildung und nochmals Bildung. Wir tun alles dafür, Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern, damit Baden-Württemberg Innovationsland Nummer 1 bleibt. Das tun wir unter erschwerten Bedingungen. Unterm Strich bin ich der Meinung, dass das Ergebnis ordentlich ist, dass sich das Ergebnis sehen lassen kann. Wir bewahren, was sich bewährt hat. Wir führen fort, was wir begonnen haben, und wir schaffen Spielräume für Neues.

In der demokratischen Mitte arbeiten wir gemeinsam daran, unser Bundesland nach vorn zu bringen. Wir kümmern uns um die Themen, die den Menschen in Baden-Württemberg wichtig sind. Dafür übernehmen wir Verantwortung, setzen Prioritäten und halten, was wir versprochen haben. Dafür steht dieser Haushalt.

Ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Thomas Strobl:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Tobias Vogt.

(Abg. Tobias Vogt CDU fährt das Redepult herunter. – Vereinzelt Heiterkeit)

**Abg. Tobias Vogt** CDU: Du Ausslider. – Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen diese Situation aus unseren Wahlkreisen: Eine Veranstaltung ist vorbei, man steht noch beisammen und redet miteinander. Es geht um die Schule, die dringend renoviert werden muss, oder um das Lehrschwimmbad, dessen Sanierung wieder verschoben wurde. Die Aufgaben sind klar, aber das Geld reicht nicht für alles zugleich. Wenn wir dann erklären, weshalb manches warten muss, hören wir immer häufiger: „Für alles ist Geld da, nur nicht für uns.“

Ich sage ganz offen: Dieser Satz treibt mich um. Denn dahinter steckt die Enttäuschung von Menschen, die sich immer wieder vertröstet fühlen. Nicht selten schwingt in diesen Gesprächen eine Frage mit, die auch immer häufiger offen ausgesprochen wird: Wo bleiben eigentlich wir? Habt ihr unsere Interessen eigentlich noch im Blick?

Ja, meine Damen und Herren, die Politik hat sich viel vorgenommen. Wir sprechen über die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine, über Klimaschutz trotz Atomausstieg und den klimaneutralen Umbau der Industrie in unserem Land, und wir sprechen über den Umstieg auf Elektromobilität, die Integration von Millionen Zugewanderten und die Entwicklungszusammenarbeit in aller Welt. Wenn man alles das zusammennimmt, kann einem schwindelig werden.

Ich kann verstehen, wenn sich Menschen fragen: „Können wir all diese riesigen Herausforderungen gleichzeitig stemmen, ohne uns zu übernehmen? Was bleibt dabei für das übrig, worauf wir in unserem Alltag angewiesen sind?“ Wenn in der Antwort auf die Frage: „Wo bleiben wir?“ immer wieder etwas anderes wichtiger ist, kann aus Enttäuschung Entfremdung werden. Dann fühlen sich Menschen nicht mehr vertreten.

Deshalb müssen wir uns unseren Auftrag vergegenwärtigen: Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind unsere Auftraggeber. Sie dürfen nicht zur Restgröße einer Politik werden, die sich für jedes Problem auf der Welt zuständig fühlt.

Meine Damen und Herren, wer morgens zur Arbeit fährt, seine Kinder versorgt und sich um seine Eltern kümmert, übernimmt Verantwortung. Und wer dieses Land trägt, darf erwarten, dass dieses Land auch für ihn da ist.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Dieses ehrliche Eigeninteresse der bürgerlichen Mitte verdient Respekt. Niemand muss sich dafür rechtfertigen, dass er zu-

erst an seine Kinder, seine Familie und – ja – auch an sich denkt. Wenn jemand sagt: „Für jedes Einzelinteresse gibt es eine NGO, nur für die ganz normalen Leute nicht“, dann ist meine Antwort: Doch, diese NGO gibt es, und diese NGO heißt CDU.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei den Grünen und der AfD)

Denn wir kämpfen zuallererst für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Ihre Interessen zu vertreten, ist keine Gefälligkeit; es ist unser Auftrag.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Auftrag setzen wir im Haushalt um. In den weiteren Beratungen bringen wir die Vereinbarungen aus der Haushaltskommission vom vergangenen Montag und zusätzliche Vorschläge ein. Unser Ziel: ein Haushalt für die Bürgerinnen und Bürger, ein Haushalt für die arbeitende Mitte.

Der eingebrachte Entwurf umfasst rund 72 Milliarden €. Trotzdem bleibt der finanzielle Spielraum eng.

**Präsident Thomas Strobl:** Herr Fraktionsvorsitzender Vogt, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Rottmann?

**Abg. Tobias Vogt** CDU: Nein. – Auch die jüngste Steuerschätzung schafft keinen zusätzlichen Verteilungsspielraum. Denn höhere Einnahmen waren teils schon eingeplant, zugleich dürfen wir weniger konjunkturbedingte Kredite aufnehmen.

Wenn das Geld knapp ist, müssen wir Prioritäten setzen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ja!)

Für uns, die CDU, war dabei eine Frage entscheidend: Wo kommt das Geld den Menschen am unmittelbarsten zugute? Wo stärkt es ihren Alltag und ihre Sicherheit? Die Antwort finden wir vor der eigenen Haustür: bei der verlässlichen Kinderbetreuung, der gut ausgestatteten Schule und der Feuerwehr, die schnell kommt, wenn es brennt. Für alles das brauchen wir handlungsfähige Kommunen.

Und die Kommunen in unserem Land stehen wahnsinnig unter Druck. Das sage ich auch als stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender einer Fraktion, in der mehr als die Hälfte der Abgeordneten auch ein Kommunalmandat hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stellvertretender Bürgermeister!)

– Stellvertretender Bürgermeister. Was habe ich gesagt?

(Heiterkeit – Abg. Sascha Binder SPD: Ja, Herr Kollege! Ministerpräsident in der CDU-Fraktion, da geht es schon los! – Abg. Winfried Mack CDU: Vor Ort fast das Gleiche! – Weitere Zurufe, u. a. des Ministers Manuel Hagel – Unruhe – Gegenruf der Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Pst!)

– Stellvertretender Bürgermeister. – Wir, die CDU, sind die Kommunalpartei. Wir sehen die dramatische Haushaltslage der Städte, Gemeinden und Kreise in unserem Land. Deshalb haben wir genau dort angesetzt. Mit dem Kommunalpaket mit rund 1,2 Milliarden € zusätzlich schaffen wir mehr Spielraum für die Städte, Gemeinden und Landkreise in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In der Haushaltskommission haben wir uns bei der Eingliederungshilfe auf weitere 144 Millionen € verständigt. Damit steigt die pauschale Beteiligung des Landes auf insgesamt 500 Millionen €. Aber wir wissen auch: Wer den Kommunen immer neue Pflichten überträgt, bohrt immer neue Löcher in dasselbe Fass. Da reicht es nicht, mehr Geld hineinzuschütten. Wir müssen auch die Löcher schließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb gehören finanzielle Unterstützung und die Überprüfung von Aufgaben und Standards zusammen. Denn auch wir in Stuttgart haben uns daran gewöhnt, vieles bis ins kleinste Rathaus hinein regeln zu wollen. Ich wünsche uns allen daher die Kraft, diesen Gestaltungsanspruch und das Durchgriffsrecht des Landes wieder ein Stück zurückzunehmen. Denn die Mandatsträger in den Kommunen haben einen eigenen demokratischen Auftrag. Den müssen wir respektieren – auch dann, wenn wir eine Entscheidung anders getroffen hätten. Genau das ist der Kern unserer kommunalen Vertrauenswende. So definieren wir Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen unseren Gestaltungsanspruch zurück, wo vor Ort besser entschieden werden kann. Damit geben wir den Menschen mehr Freiheit, ihre Angelegenheiten zu regeln. Diese Freiheit braucht aber einen Staat, der sie vor Gewalt und Einschüchterungen schützt. Innere Sicherheit ist nicht irgendeine Aufgabe des Staates, sie ist seine Existenzberechtigung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Lachen bei der SPD)

Wer das Gewaltmonopol beansprucht, übernimmt die Verantwortung für den Schutz der Menschen. Dieses Versprechen gilt für alle; es darf nicht davon abhängen, welche Möglichkeiten jemand hat, sich selbst zu schützen. Das gilt für die junge Frau, die nach der Spätschicht am Bahnhof Angst hat, aber kein Taxi bezahlen kann, und es gilt ebenso für die Familie mit Kindern, die in einem Problemviertel wohnt, sich aber einen Umzug nicht leisten kann. Denn Sicherheit darf keine Frage des Einkommens oder der Postleitzahl sein. Deshalb ist Sicherheit für uns auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Damit dieser Schutz im Alltag funktioniert, braucht unsere Polizei ausreichend Personal und eine gute Ausstattung. Dafür sieht der Haushaltsentwurf 650 Stellen mehr vor. Aber unsere Polizei lebt nicht vom Stellenplan allein; sie braucht auch unsere Unterstützung und unseren politischen Rückhalt. Und den bekommt sie von uns.

Wie wichtig dieser Rückhalt ist, zeigte sich am Samstag hier in Stuttgart. Sieben Polizistinnen und Polizisten wurden bei den Ausschreitungen rund um die Gen-Z-Demonstration verletzt. Zuallererst wünsche ich ihnen im Namen der CDU-

*(Tobias Vogt)*

Landtagsfraktion von Herzen eine gute Genesung und danke ihnen für ihren Einsatz für unser Land.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der AfD)

Innenminister Manuel Hagel hatte klargemacht: Demonstrationen ja, Gewalt nein. Das war klare Führung zur richtigen Zeit. – Herr Innenminister, herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Sascha Binder SPD: Was hätte er denn anderes sagen können?)

Wir freuen uns, wenn sich junge Menschen einmischen; aber Extremisten und Erlebnisrandalierer missbrauchen ihren Protest. Wer ihren Protest kapert,

(Abg. Chris Hegel AfD: Migranten! Warum wollen Sie es nicht sagen?)

fällt der Jugend in den Rücken. Wer die Krawalle stoppt, steht an ihrer Seite. Unsere Polizei hat das getan, und dafür sagen wir herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Meine Damen und Herren: „Baden-Württemberg under attack!“ Das klingt wie der Titel eines Thrillers, doch es ist die harte Realität. Fremde Nachrichtendienste und organisierte Cyberkriminelle greifen unseren Staat und die Unternehmen in unserem Land an. Gerade Russland setzt auf Spionage, Sabotage und Desinformationen, um uns, unser Land, zu schwächen. Die Angriffe kommen aus der Ferne, treffen aber unsere Versorgung, unsere Arbeitsplätze und unseren Alltag. Wer ein Krankenhaus lahmlegt, gefährdet ganz konkret Menschen und deren Leib und Leben – hier bei uns in Baden-Württemberg.

Weil innere und äußere Bedrohungen ineinandergreifen, hat unser Innenminister Manuel Hagel den grundlegenden Umbau unserer Sicherheitsarchitektur in Angriff genommen. Wir stärken die Cyberabwehr, bauen die Drohnenabwehr aus und bringen die Weiterentwicklung des Verfassungsschutzes zu einem schlagkräftigen Abwehrdienst auf den Weg.

Diesen mutigen Vorstoß unseres Innenministers sichern wir, die Regierungsfraktionen, im Haushalt ab. Am vergangenen Montag haben wir uns in der Haushaltskommission darauf verständigt, für die ersten Schritte rund 35 Millionen € zusätzlich bereitzustellen. Auch bei knappen Kassen geben wir dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land Vorrang. Wer uns angreift, muss wissen: Wir sind handlungsfähig, wir wehren uns.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wenn wir hier über den Haushalt reden, lohnt sich der Blick in die Betriebe in unserem Land. Denn vor Ort wird jeden Tag das Geld erwirtschaftet, über das wir hier entscheiden.

Nehmen wir jemanden, der seit 20 Jahren bei einem Zulieferer in der Frühschicht arbeitet. Jetzt hört er, dass Stellen wegfallen sollen. Da fragt er sich ganz einfach, ob er in zwei Jahren noch Arbeit hat und ob sein Kind hier einen Ausbildungsplatz findet.

An diesen Fragen muss sich unsere Wirtschaftspolitik messen lassen. Ob Arbeitsplätze bleiben und neue dazukommen, entscheidet sich oft bei der nächsten Investition. Erweitert der Familienbetrieb hier seine Fertigung? Baut der Zulieferer seine nächste Produktionslinie hier auf?

Wir wollen, dass solche Investitionen in Baden-Württemberg stattfinden. Deshalb haben wir uns am vergangenen Montag in der Haushaltskommission auf rund 225 Millionen € für unsere Ansiedlungsstrategie verständigt. Im letzten Nachtragshaushalt waren zunächst 100 Millionen € eingeplant. Jetzt sehen wir mehr als doppelt so viel vor.

Wenn ein Betrieb hier investiert, kann er seine Leute halten und neue einstellen, der Handwerker vor Ort bekommt einen Auftrag für die neue Halle, und junge Menschen können in ihrer Heimat ins Berufsleben starten. Wir kämpfen darum, dass die Arbeitsplätze von morgen dort entstehen, wo die Menschen heute zu Hause sind.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Denn Unternehmensförderung ist für uns kein Selbstzweck. Wir stärken die Wirtschaft, damit die Menschen in unserem Land von ihrer Arbeit gut leben können.

Wo bleiben wir? Diese Frage stellt sich auch beim beruflichen Einstieg. Wer neben der Arbeit für seine Meisterprüfung lernt, investiert Zeit und eigenes Geld. Diesen Einsatz unterstützen wir. Mit diesem Haushalt verdoppeln wir die Meisterprämie dauerhaft auf 3 000 €. Meister und Master verdienen denselben Respekt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wer hier seinen Master macht oder ein Studium abschließt, soll auch hier seine berufliche Zukunft finden.

Und – da spreche ich auch als Handwerksmeister – wenn die Wirtschaft schwächelt, dann stehen wir umso stärker zu den Handwerksbetrieben in unserem Land. Wir sagen klar und deutlich: Wir stehen an der Seite der Handwerksbetriebe in unserem Land. Deshalb verdoppeln wir die Meisterprämie. Das ist richtig und wichtig, gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wir rufen allen Schülerinnen und Schülern zu: Geht rein in die Handwerksbetriebe, und startet nach der Schulzeit mit einer Ausbildung! Die Betriebe freuen sich über motivierte, interessierte und handwerklich geschickte Auszubildende.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Heiterkeit)

Die Ausbildung im Handwerk hat eine richtig gute Zukunft und öffnet viele Chancen für das Leben. Hier liegt unsere Stärke im Land, die wir noch stärker mit Leben füllen werden: das Aufstiegsversprechen durch Bildung. Denn die stärkste Ressource unseres Landes liegt in den Köpfen der Kinder.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

*(Tobias Vogt)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinter dem Geld, über das wir hier entscheiden, stehen die Arbeit und der Fleiß der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Steuergeld ist auch geronnene Lebenszeit. Das verlangt Respekt und Demut. Wenn wir über eine Ausgabe entscheiden, haben wir auch den Facharbeiter im Blick, der dafür über Jahre Steuern zahlt.

Diesen Einsatz müssen wir höher gewichten als den Beifall für die nächste Wohltat aus Steuermitteln. Verantwortliche Politik lässt sich nicht nur für das Verteilen feiern, sie lässt sich auch für das Sparen schelten. Die Bereitschaft zum Nein brauchen wir gerade bei Ausgaben, die Jahr für Jahr weiterlaufen.

Manches Förderprogramm läuft wie ein längst vergessenes Abo: Der Nutzen ist aus dem Blick geraten, die Abbuchung funktioniert tadellos. Beim Geld der Bürger unseres Landes lassen wir solche Gewohnheiten nicht durchgehen. Für Förderprogramme gibt es keinen Bestandsschutz. Entscheidend ist, ob sie ihren Zweck erfüllen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Diesen Anspruch setzen wir im Haushalt für das Jahr 2027 um. Schon der Regierungsentwurf sieht 250 Millionen € Konsolidierungsmaßnahmen bei Ministerien und Förderprogrammen vor. Beim vereinbarten Stellenabbau beginnen wir jetzt mit mehr als 100 Stellen bis Ende 2027. Über die gesamte Legislaturperiode werden viele weitere folgen. Das haben wir vereinbart, und das ist dringend notwendig.

Damit ist die Arbeit nicht erledigt. Überschüsse früherer Jahre, geringere Vorsorgen und konjunkturbedingte Kredite verschaffen uns für diesen Haushalt jetzt noch einmal Luft, aber auf Dauer trägt das nicht. Der Ministerpräsident hat gestern zu Recht gewarnt: Ohne wirtschaftliche Erholung drohen ab 2028 sehr viel härtere Einschnitte. Deshalb sparen wir bei weniger wichtigen Aufgaben, damit wir weiterhin finanzieren können, worauf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land angewiesen sind. Wer das Geld der Bürger ausgibt, braucht dafür einen guten Grund. Ein „Das haben wir schon immer so gemacht“ genügt dafür jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei knappen Kassen wichtige Aufgaben zu stärken und zugleich an anderer Stelle zu sparen, verlangt allen Beteiligten etwas ab. Wir haben darüber intensiv verhandelt und gemeinsam Lösungen gefunden. Für diese verlässliche Zusammenarbeit danke ich unserem Koalitionspartner und Ihnen persönlich, Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Kollege Andreas Schwarz. Mein Dank gilt ebenso unserem Ministerpräsidenten Cem Özdemir, unserem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenminister Manuel Hagel sowie Finanzminister Danyal Bayaz.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Besonders danke ich Dr. Albrecht Schütte und unseren Haushälterinnen und Haushältern für ihren unermüdlichen Einsatz.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Mein Dank schließt ausdrücklich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen und Ministerien ein, die dafür viel Arbeit geleistet und viel Schweiß und Blut gelassen haben. Ganz herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, damit bin ich wieder beim Gespräch nach der Veranstaltung, bei der Schule, die renoviert werden muss, beim Freibad und bei diesem Satz: „Für alles ist Geld da, nur nicht für uns.“ Die Menschen, die so sprechen, wissen meist sehr genau, dass Geld begrenzt ist. Was sie umtreibt, ist die Frage, welchen Platz ihre Anliegen in unseren Entscheidungen haben. Darauf geben wir mit diesem Haushalt eine Antwort. Wir machen ihre Interessen zum Maßstab – beim Setzen unserer Schwerpunkte genauso wie beim Sparen.

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land müssen ihre Anliegen nicht erst zu einer großen gesellschaftlichen Mission erklären, damit wir sie wichtig nehmen. Nein, ihr Alltag ist wichtig genug. Die Bürgerinnen und Bürger sind unser Auftraggeber. Ihre Interessen haben Vorrang. Dafür sind wir gewählt, und dafür setzen wir das Geld dieses Landes ein.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Präsident Thomas Strobl:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Rothweiler.

(Beifall bei der AfD)

**Abg. Martin Rothweiler** AfD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir leben in rauen Zeiten, das Leben ist hart, die Krisen sind vielfältig, und ganz viele Bösewichte da draußen in der ganzen Welt sind gegen uns. So ordnete Herr Finanzminister Bayaz die Rahmenbedingungen für seine Haushaltseinbringung sinngemäß ein.

Wer es aber grundsätzlich vermeidet, die Ursachen für sinkende Nettoinvestitionen, für Deindustrialisierung und für massiven Wohlstandsverlust bei sich selbst als Verantwortungsträger zu erkennen, wer die schwindende Handlungsfähigkeit, den mangelnden Willen, Probleme im Hier und Jetzt zu lösen, und die lähmende Trägheit des adipösen Staatsapparats zu erklären versucht, indem er mit dem Finger auf das Ausland, die globalen und finsteren Mächte zeigt, der macht sich nicht zum lenkenden Subjekt, wie es der Herr Finanzminister in seiner Rede schönmalen wollte, sondern erklärt sich damit selbst zum machtlosen Opfer übergeordneter Umstände; und das wiederum, meine Damen und Herren, ist eine politische Bankrotterklärung allerersten Grades und darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der AfD – Staatssekretär Andreas Deuschle: Besser kann man Ihr Weltbild nicht erklären!)

Es gibt allerlei Strategien, wie man mit Problemen und Herausforderungen umgehen kann. – Hören Sie mal zu. – Die Buchhandlungen und Bibliotheken sind voll von wissenschaftlichen Abhandlungen über politische Strategien und Erfolgstaktiken. Vom alten Griechenland bis heute, von der Stoa bis zu

von Clausewitz sind sich aber die allermeisten Denker mit Machiavelli in einer Sache ziemlich einig: Schwierigkeiten sollten früh behandelt werden; denn politische Probleme kann man zwar früh schwer erkennen, aber dafür leicht lösen. Später kann man sie leicht erkennen, aber dann sind sie auch nur noch schwer zu behandeln.

(Beifall bei der AfD)

Dann gibt es noch, meine Damen und Herren, das berühmte Bild der Vogel-Strauß-Taktik: bei Gefahr den Kopf in den Sand stecken. Auf dem Deckblatt Ihres Haushaltsentwurfs sollte ehrlicherweise genau dieses Bild gedruckt sein. Denn das ist es, was drinsteckt.

(Beifall bei der AfD)

Sie leben von der Substanz, Sie verbrauchen Rücklagen, Sie schieben Rechnungen vor sich her – und Sie hoffen auf bessere Zeiten. 72 Milliarden € Haushaltsvolumen, aber diese Regierung löst die Probleme nicht. Sie verschiebt Rechnungen vom heutigen Haushalt in den morgigen. Sie verschiebt die finanziellen Lasten vom Land auf die Städte und Gemeinden,

(Zuruf des Abg. Ansgar Mayr CDU)

und sie verschiebt die Konsequenzen ihrer eigenen Politik von unserer Generation auf die nächste Generation.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt ja überhaupt nicht, Herr Kollege! Das stimmt in keiner Weise! – Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Das ist der rote Faden Ihres Haushalts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt in keiner Weise! – Gegenruf von der AfD: Doch! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein! Das stimmt in keiner Weise!)

Das, was Sie damit tun, ist unsozial. Es ist ungerecht, es ist ein schweres Vergehen an den Kindern und Enkelkindern.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist faktenfrei! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Das sagen Sie nach Ihrer Rede!)

Da darf man sich nicht wundern, dass die junge Generation immer mehr das Vertrauen in die Altparteien verliert, meine Damen und Herren. Mit solch einer Politik muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei der AfD)

Gegenüber der bisherigen Finanzplanung klaffte für 2027 eine Lücke von gut 5 Milliarden €. Insgesamt mussten rund 7,2 Milliarden € zusätzlich gedeckt werden – 7,2 Milliarden €, ein gigantischer Mehrbedarf, für den man die Reste besserer Jahre verbraucht, rund 3,2 Milliarden € aus den beiden Vorjahren.

Hinzu kommen dann neue Kredite. Sie reduzieren die in der Finanzplanung vorgesehene Vorsorge für Rücklagen und den Versorgungsfonds um rund 1,37 Milliarden €, und Sie greifen 200 Millionen € Zins- und Dividendenerträge aus dem Pensionsvermögen ab und zweckentfremden diese. Die Erträge, die zur Pensionsvorsorge beitragen sollten, müssen nun laufende Ausgaben von heute finanzieren.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Aha! – Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Es geht um 6,5 Milliarden € pro anno Pensionslasten!)

Dabei werden die Pensionslasten nicht kleiner. Sie stiegen laut Rechnungshof zwischen 2019 und 2024 auf 224 Milliarden € – 28 Milliarden € mehr in nur fünf Jahren! Ausgerechnet in dieser Lage verzichtet die Landesregierung erneut auf die vorgesehenen Zuführungen an den Pensionsfonds.

Der „Staatsanzeiger“ schrieb am 9. Oktober:

> *In die Pensionskasse zu greifen, ist ein allzu billiger Trick, um den Schein zu wahren.*

Erst die Zuführungen, jetzt die Erträge. Kommt als Nächstes die Substanz? – Das schreibt der „Staatsanzeiger“ sinngemäß. Wo bleibt hier also die Generationengerechtigkeit? Wo bleiben die haushalterische Wahrheit und Klarheit? Wer vorgibt, Verantwortung zu tragen, der schiebt die Last nicht auf andere Schultern. Was hier betrieben wird, sind Nebelkerzen und Taschenspielertricks. Damit lassen wir Sie nicht durchkommen.

(Beifall bei der AfD)

Wo sind denn echte Konsolidierungsmaßnahmen? Wo sind also Aufgabenkritik und Einsparungen in Ministerien oder bei ineffizienten Förderprogrammen?

Ja, 250 Millionen € Einsparungen werden geltend gemacht. Das sind nicht einmal 0,35 % des Gesamthaushalts. Bei ursprünglich 7,2 Milliarden € zusätzlichem Deckungsbedarf ist das einfach lächerlich.

Natürlich gibt es unabdingbare Ausgaben für Schulen, Polizei, Justiz und Infrastruktur. Aber wer einen strukturellen Finanzierungsbedarf hat, der muss auch an die Struktur seiner Ausgaben heran. Denn wie Sie, Herr Minister, richtig festhalten: Die Puffer sind weitestgehend aufgebraucht.

Aber warum sind bei einem Haushalt dieser Größenordnung die Spielräume überhaupt so eng? Die schmerzhafte Wahrheit ist doch: Wir haben einen Haushalt, der einen aufgeblähten Staat finanziert,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

ohne überzeugend darzustellen, dass dieser Staat dadurch in gleichem Maß auch besser funktioniert.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Überhaupt nicht! Im Gegenteil!)

Besonders deutlich sehen wir das bei den Personalausgaben. Die Personalausgaben der Kernverwaltung stiegen von 2016 bis 2025 um über 40 %. Auch der Personalaufwand der Landesbetriebe steigt kontinuierlich und dramatisch. Unter Grün-Schwarz wurde das frühere verbindliche Stelleneinsparprogramm erst ausgesetzt und dann aufgehoben.

Jetzt kündigt die Regierung wieder eine Einsparverpflichtung an. Es laufen schon die ersten Wetten, wann dieses Programm

*(Martin Rothweiler)*

wieder ausgesetzt und dann auch aufgehoben wird, meine Damen und Herren.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Diese Wetten gibt's nur in der AfD! – Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Gegenruf von der AfD: Nein! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Doch, die gibt's nur bei euch! – Abg. Miguel Klauß AfD: Und wir gewinnen wahrscheinlich!)

Das sind gerade einmal 550 eingesparte Stellen über eine ganze Wahlperiode hinweg. Nötig wäre, mindestens viermal so viel abzubauen. Das haben wir bereits beim letzten Haushalt eingefordert.

Wohlgemerkt: Wir reden über den Abbau überflüssiger Strukturen in Verwaltung und Ministerialbürokratie, nicht darüber, Klassen ohne Lehrer zu lassen oder Streifenwagen ohne Polizisten auf die Straße zu schicken.

(Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

Die Bürger in unserem Land wollen einen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert und diese zuverlässig erfüllt, und nicht einen Staat, der ständig wächst und gleichzeitig erklärt, warum er nicht genug Geld für die Kernaufgaben übrig habe.

Der Rechnungshof nennt Ihnen genügend Warnsignale: intransparente Förderprogramme, Schulversuche ohne ausreichende Wirkungskontrolle und schwerwiegende Mängel beim Landesmedienzentrum.

Wenn immer mehr Personal und Programme nicht zu besseren Ergebnissen führen, dann ist nicht das fehlende Geld das Problem, sondern dann ist das Missmanagement dieses Staates Teil des Problems. Dieses Problem muss endlich erkannt und endlich gelöst werden. Das nämlich sind Sie dem Steuerzahler schuldig.

(Beifall bei der AfD)

Während sich diese Verwaltung weiter aufbläht, wird es für die Städte und Gemeinden immer enger: 4,4 Milliarden € Rekorddefizit bei den Kommunen im Jahr 2025; die Gewerbesteuereinnahmen lagen um 1,2 Milliarden € unter denen aus dem Jahr 2023. Gleichzeitig steigen die Sozial- und die Personalausgaben.

Dahinter stehen Rathäuser, die Haushalte nicht mehr ausgleichen können, marode Straßen, sanierungsbedürftige Schulen sowie Vereine und kommunale Krankenhäuser, die um ihr Überleben bangen müssen. Die Substanz bröckelt, und die Bürger erleben schlechtere Leistungen trotz hoher Abgaben.

Nun wird die Landesregierung wieder einwenden, man gebe den Kommunen ja 1,2 Milliarden € und stehe an ihrer Seite. Aber das Geld ist nicht zur freien Verfügung, und das gibt es auch nicht kostenlos. Selbst von der kreditfinanzierten kommunalen Konjunkturkomponente bleibt nach der neuen Oktober-Steuerschätzung ja nicht mehr viel übrig.

Weder das eine noch das andere beseitigt die strukturelle Unterfinanzierung. Ein Land mit 4,4 Milliarden € kommunalem Defizit kann sich nicht mit einem einmaligen Hilfspaket zufriedengeben.

Besonders deutlich wird das bei der Eingliederungshilfe. Nach der uns vorliegenden Prognose steigen die kommunalen Nettobelastungen 2027 auf rund 3,7 Milliarden €, etwa 25 % mehr als 2024.

Im Sozialetat steigen die Landesleistungen im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz zwar von 71 auf 356 Millionen €, doch auch damit ist das strukturelle Problem nicht gelöst. Baden-Württemberg beteiligt sich hier an den Kosten im Jahr 2027 mit nicht einmal 10 %. Für Bayern wird eine Quote von rund 20 % genannt. Unterschiedliche Finanzierungssysteme mal hin oder her: Warum fällt die Landesbeteiligung hier so gering aus? Die Kommunen können gesetzliche Pflichtaufgaben nicht einfach einstellen. Die „Heilbronner Stimme" bezeichnete die Hilfen als „Überbrückung zur Wahrung der Zahlungsfähigkeit". Man rettet damit die Kommunen in das nächste Jahr – nicht mehr und nicht weniger. Ein dauerhafter Ausweg ist das nicht.

Damit sind wir wieder einmal bei der Methode dieser Regierung: Die Last wird nicht beseitigt, sondern weitergereicht. Auch das ist weder fair noch generationengerecht. Auch hier heißt das Prinzip wieder: nach mir die Sintflut. Das ist kein guter Stil, das ist pure Verschleppungstaktik, und das darf so nicht weitergehen.

(Beifall bei der AfD)

Die Kommunen in unserem Land können nur gesund bleiben, wenn die Wirtschaft gesund ist. Ein Haushalt ist auf Dauer nur so leistungsfähig wie die Wirtschaft, die ihn trägt. Die wirtschaftliche Zukunft Baden-Württembergs ist daher keine Überschrift unter vielen, sie ist die lebenserhaltende Grundvoraussetzung für alle anderen Aufgaben. Ohne Unternehmen fehlen Arbeitsplätze, Einkommen und Steuern und damit das Geld für Schulen, Krankenhäuser, Sicherheit und Infrastruktur.

Die Bundesregierung rechnet für das Jahr 2027 mit 3 % Inflation und 1,1 % realem Wachstum. Von einem kräftigen Aufschwung kann hier keine Rede sein. Es ist nicht mehr als ein teures Strohfeuer. Denn allein mehr als die Hälfte davon wird schon von der Zinslast wieder aufgefressen.

Sehen wir uns drei Einzelpläne an: Justiz und Migration, Soziales, Arbeit und Gesundheit sowie Wissenschaft, Forschung und Kunst. Zusammen steigen ihre Ansätze gegenüber 2026 um rund 2 Milliarden €, also um 14,5 %. Die Landesregierung muss erklären, warum die Ausgaben in diesen Haushalten so stark wachsen und welche Ergebnisse dem dann gegenüberstehen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Weil wir in Forschung und Entwicklung investieren, Herr Kollege! In eine starke Justiz, in Forschung und Entwicklung! So einfach ist das!)

Der Sozialstaat wächst um rund 24 %. Wie soll eine im Kern stagnierende Wirtschaft solch einen Sozialetat dauerhaft finanzieren?

Die Regierung setzt für 2027 einen Planwert von 290 000 Arbeitslosen an und korrigiert ihre eigene Vorjahreszahl um 80 000 nach oben – fast 40 % mehr als zuvor. Die Ausgaben steigen, aber die Erwartungen an den Arbeitsmarkt werden

*(Martin Rothweiler)*

deutlich schlechter. Wo bleibt die wirtschaftspolitische Antwort auf diese Divergenz?

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen sofort eine Entlastung durch die Abschaffung vermeidbarer Bürokratie, aber auch da ist das Getriebe im Moment leider ein bisschen ins Stottern geraten. Bürokratieabbau wird gerade wohl nichts. Wir brauchen günstigere Energie, wir brauchen Planungssicherheit für die Industrie in unserem Land, wenngleich nicht jeder Energiepreis hier in Stuttgart entsteht und sich nicht jede EU-Vorschrift hier abschwächen lässt. Aber dieses Land, nehme ich an, hat doch Einfluss – oder haben Sie den etwa nicht? – über Genehmigungen, über Förderpolitik, über Verwaltungsvorschriften, über den Bundesrat und Ihre Stimme in Berlin und in Brüssel.

Es kommt darauf an, diesen Einfluss für die industrielle Wertschöpfung zu nutzen, statt bei jedem Problem auf die nächsthöhere Ebene zu verweisen. Tragischerweise machen Sie genau das Gegenteil: Sie überbieten sogar die Vorgaben aus der EU,

(Heiterkeit des Abg. Miguel Klauß AfD)

und Sie belasten mit dem Gold-Plating bei der sogenannten Klimaneutralität die gesamten Wertschöpfungsketten in unserem Land.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Im nächsten Jahr stehen Sie dann wahrscheinlich wieder hier an dieser Stelle und bejammern das fehlende Geld im Landeshaushalt, meine Damen und Herren. Dieser Teufelskreis muss endlich durchbrochen werden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Noch schlimmer wird es! – Abg. Miguel Klauß AfD zu Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Klimaschwindel beenden, Herr Schwarz! Sonst haben wir bald keine Arbeitsplätze mehr!)

Ein weiteres Beispiel für die Kluft zwischen höherem Aufwand und fragwürdigen Ergebnissen liefert der Etat für Justiz und Migration. Der Etat soll gegenüber dem Jahr 2026 um knapp 16 % steigen. Allein der Ansatz für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern wächst von rund 970 Millionen € auf mehr als 1,42 Milliarden €,

(Zuruf von der AfD: Pro Jahr!)

ein Plus von gut 46 %. Gleichzeitig ging die Zahl der ausgewiesenen Asylbewerber von 22 105 im Jahr 2024 auf 10 972 im Jahr 2025 zurück, etwa eine Halbierung.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Darin steckt es!)

Ja, die Landesregierung stellt die kommunale Erstattung um. Nachzahlungen und verschobene Abrechnungen können hier den Ansatz erhöhen. Das muss man schon auseinanderhalten.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Aber gerade deshalb fragen wir: Welche laufenden Kosten, welche Altfälle und welche Vorauszahlungen stecken hinter diesem Sprung? Ein Haushalt darf keine Nebelkerzen werfen, er muss Rechenschaft ermöglichen.

Eines muss man auch ganz deutlich sagen: Wer seit Jahrzehnten illegale Massenmigration toleriert und jährlich über 25 000 „Illegale“ durchfüttert, aber der arbeitenden Bevölkerung sagt, sie müsse den Gürtel enger schnallen, zündet sozialen Sprengstoff.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sie zünden sozialen Sprengstoff! Sie zünden ihn!)

Schieben Sie endlich rigoros ab, nennen Sie es, wie Sie wollen – abschieben, rückführen, remigrieren –, aber sorgen Sie dafür, dass unsere Ressourcen endlich geschont bleiben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der AfD: Bravo! – Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die schwerste Rechnung für kommende Generationen steht weder in der Schuldenstatistik noch in einem Haushalt. Sie steht in den verpassten Chancen ihrer Kinder. Deshalb muss Bildung ein Zentrum jeder Haushaltsdebatte sein. Die Landesregierung verweist auf insgesamt 3 400 neue Stellen im Schulbereich.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Für 2 240 Zugewanderte!)

Zusätzliche Stellen können helfen, wenn sie nicht wieder einmal im Nirwana zwischen Programmierfehlern und mangelndem Controlling im Kultusministerium verschwinden. Entscheidend ist, was im Klassenzimmer tatsächlich ankommt. Wie zuverlässig findet Unterricht statt? Wie gut lernen die Kinder Lesen, Schreiben und Rechnen? Wie werden Kinder mit besonderem Förderbedarf unterstützt? Wie schaffen wir Raum für leistungsstarke und auch hochbegabte Schüler?

Wer unterschiedliche Bedürfnisse in einer Klasse hat, muss differenziert fördern können. Wenn Lehrkräfte ständig nur noch auf die dringendste Herausforderung reagieren, bleibt für die gezielte Förderung aller zu wenig Zeit. Das ist kein Vorwurf an die Lehrer, das ist eine Frage der Organisation und der politischen Prioritäten.

Auch hier zeigt Ihnen der Rechnungshof einen strukturellen Mangel auf. Bei 94 laufenden Schulversuchen fehlten nach seinen Feststellungen vielfach feste Erprobungszeiträume und ein einheitliches Wirkungscontrolling mit überprüfbaren Zielen. Wie soll denn aus einem Versuch eine Verbesserung werden, wenn nicht einmal durchgehend klar festgelegt ist, wann und woran sein Erfolg gemessen wird?

Gute Bildung misst sich nicht allein an der Summe der Ausgaben. Der Maßstab ist, was junge Menschen können und welche Chancen ihnen daraus erwachsen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE unterhält sich, vor der Regierungsbank stehend, mit Mitgliedern der Landesregierung. – Abg. Miguel Klauß AfD: Entschuldigung! Es ist sehr laut! Können Sie mal die Gespräche nach draußen verlagern? Das stört sehr!)

Denn Bildung ist nicht irgendeine ziellose Beschäftigungstherapie. Bildung entscheidet darüber, ob Baden-Württemberg auch in 20 Jahren noch Facharbeiter, Unternehmer, Ingenieure und Wissenschaftler hervorbringt.

Wenn wir heute bei Grundlagenwissen, Sprachförderung und Leistungsanspruch nachlassen, ist der Schaden morgen nicht

mit einem Nachtragshaushalt zu reparieren. Sie stolpern hier also über die doppelte Generationenfrage. Schulden zu hinterlassen, die den eigenen Konsum im Jetzt finanzieren, ist schon ziemlich dreist. Aber Sie berauben die Kinder in unserem Land auch noch der Möglichkeit, Fähigkeiten zu entwickeln, die sie ganz nach vorn bringen, eigenen Wohlstand zu erarbeiten und mit diesem Wohlstand die Schulden auch wieder abtragen zu können. Das ist ein doppeltes Vergehen an der jungen Generation, und das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall bei der AfD)

Was in unseren Klassenzimmern beginnt, setzt sich an den Hochschulen fort. Das Volumen des Wissenschaftsetats steigt von rund 7,1 Milliarden € im Jahr 2026 auf rund 7,8 Milliarden € im Jahr 2027. Das sind knapp 10 % mehr – gut, wenn daraus Start-ups und Arbeitsplätze erwachsen.

Schauen wir jetzt auf eine Kennzahl, die für das Land der Ingenieure, Tüftler und Macher besonders wichtig ist: die Zahl der Abschlüsse in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. 2024 wurden nach den Zieltabellen des Haushalts rund 30 000 MINT-Abschlüsse erreicht. Für das Jahr 2027 setzt das Ministerium einen Sollwert von gerade mal 26 000 an. Die Landesregierung sieht also in einem zentralen Zukunftsfeld

(Zuruf der Ministerin Petra Olschowski)

trotz Mehrausgaben einen Zielwert, der deutlich unter einem bereits erreichten Istwert liegt. Ist das etwa der Anspruch eines Landes, dessen Unternehmen dringend auf technische Kompetenz und Exzellenz angewiesen sind? Es liest sich eher wie die dokumentierte Selbstaufgabe.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, hinten und vorn fehlt Ihnen angeblich das Geld für wesentliche Kernaufgaben – Geld für die Zukunft unseres Landes. Kein Geld fehlte Ihnen hingegen bei der Schaffung 60 neuer Stellen im Regierungsapparat – gleich die erste Amtshandlung. Kostenpunkt: 7 Millionen € pro Jahr. Kein Geld fehlte Ihnen für den zweiten großen Wurf: die Erhöhung der eigenen Diäten, die Sie alle hier mitgetragen haben. Kostenpunkt: eine weitere Million Euro pro Jahr.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Landtagsvizepräsident der AfD!)

Und wo Blumen blühen, da blüht auch die Hoffnung, dachten Sie sich wohl, Herr Schwarz,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Landtagsvizepräsident der AfD! Das fällt alles auf Sie zurück! – Gegenruf des Abg. Miguel Klauß AfD: Gibt es ja nicht!)

als Sie das Budget der Landesgartenschau mit einer Summe von 6,1 Millionen € fast mehr als verdoppelt haben.

(Zuruf: Das ist doch Quatsch!)

Für Ihre Klimaprogramme und Klimaberatung und Klima-Voodoo und Klimagedöns werden über die Legislaturperiode hinweg

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das sagen Sie mal den Schülern in einem heißen Klassenzimmer!)

Milliarden Euro in regenbogenfarbenen Kanälen versickern. Es fehlt nicht am Geld, es fehlt an mangelnden Prioritäten. Die Zeit, in der wir uns diese ideologischen Irrfahrten leisten konnten, ist eindeutig vorbei. Sehen Sie das endlich ein!

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf zeigt auch wieder einmal: Sie haben den gesamten Wahlkampf über mit Nebelkerzen geworfen. Sie versprachen Dinge, die weder durchdacht noch durchfinanziert noch rechtlich geprüft wurden, z. B. das kostenlose Kitajahr. Dabei ist Ihnen der Kontext eigentlich bekannt. Sie kommen nicht alle direkt aus einem Hörsaal, sondern Sie sind schon seit Jahren in Amt und Würden. Nach über einem Jahr Wahlkampf und über einem halben Jahr Koalition stehen Sie noch immer da und haben keine Lösungen für das, was Sie zuvor versprochen haben, meine Damen und Herren.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Das ist ja typisch! Das ist ja normal!)

Das ist reinste Wählertäuschung, das ist unterirdisch, und das fällt Ihnen hoffentlich noch auf die Füße.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben über Milliarden gesprochen, über die Pensionsvorsorge, über Kommunaldefizite, Migration und die Zukunft der Industrie in unserem Land sowie über Schulen und Förderprogramme, deren Wirkung endlich messbar sein muss. Ein Haushalt ist nicht gut, nur weil die Einnahmen und Ausgaben irgendwie rechnerisch zusammenpassen. Verantwortung bedeutet, die Herausforderungen von heute zu bewältigen, ohne dabei die Gestaltungsspielräume von morgen zu verspielen.

Wir legen deshalb drei konkrete Maßstäbe an diesen Etat an:

Erstens: Das Land muss bei sich selbst beginnen – mit einer verbindlichen und substanziellen Reduzierung überflüssiger Verwaltungsstellen, einer schonungslosen Aufgabenkritik, mit transparenten Förderprogrammen und einer konsequenten, handfesten Erfolgskontrolle.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens: Die Kommunen müssen aufgabenangemessen ausgestattet sein. Wer Pflichten überträgt, der muss die Finanzierung offenlegen. Wer bestellt, der bezahlt. Wer ein Hilfspaket schnürt, der darf es nicht als Ersatz für strukturelle Reformen verkaufen.

(Beifall bei der AfD)

Und drittens: Jeder Euro muss sich an der künftigen Wertschöpfung messen lassen. Dient er Sicherheit, Bildung, Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung und wettbewerbsfähigen Unternehmen, oder versickert er nur im Morast?

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Nicht jede Einsparung wird bequem. Aber bequem weiterzumachen und die Rechnung weiterzureichen, wird am Ende am teuersten. Wer von der Substanz lebt, bewahrt kurzfristig den trügerischen Anschein von Wohlstand. Wer die Vorsorge zurückstellt und Probleme den Kommunen überlässt, kann sei-

*(Martin Rothweiler)*

ne Bilanz künstlich aufhübschen, kauft sich selbst Zeit, beraubt das Land aber der Chance auf rechtzeitiges Fehlermanagement.

Herr Ministerpräsident, Sie stellten in der letzten Woche die Stilfrage gegenüber Audi.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Der ist schon nicht mehr da!)

Aber von Problemen abzulenken, Kosten zu verschleppen und dem eigenen Land beim wirtschaftlichen Abstieg in die dritte Liga zuzuschauen, ist jedenfalls kein guter Stil.

(Beifall bei der AfD)

Baden-Württemberg braucht keinen Haushalt auf wackligen Beinen, der nur ein weiteres Jahr mehr schlecht als recht übersteht. Unser Land braucht einen schlanken Ordnungsrahmen. Jeder verfügbare Euro muss zielsicher investiert werden, damit morgen noch hier im Land Werte und Wohlstand geschaffen werden können. Darum geht es: Es geht um unsere Existenz.

Denn es ist nicht so, Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, wie Sie es suggeriert haben – ich weiß nicht, was Sie morgens lesen, wenn Sie die Zeitung aufschlagen –; denn heute Morgen stand wieder der nächste Stellenabbau in der Presse. Es ist nicht so, wie Sie es hier aufgemalt haben, dass sich die Unternehmen darum prügeln, nach Baden-Württemberg zu kommen.

(Zuruf von der AfD: Ja! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Doch! So ist es!)

Das Gegenteil ist der Fall: Die Unternehmen flüchten aus Baden-Württemberg.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, nein, nein! Sie sprechen nicht mit Ihnen! Sie sprechen nicht mit Ihnen, sie sprechen mit uns! Die kommen ja zu uns!)

Sie sollten sich um die Wirtschaftsflüchtlinge kümmern, die die Koffer packen und woanders hingehen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist ganz klar: Es muss ein ordentlicher Ruck durch das Land gehen. Wir brauchen eine 180-Grad-Wende, und dazu muss die Regierung auch endlich einmal den Kopf aus dem Sand ziehen; denn sonst wird das nichts. Mit der Vogel-Strauß-Taktik kommen Sie nicht weiter.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

**Präsident Thomas Strobl:** Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfraktionen aufmerksam gelauscht. Ehrlich gesagt, so viel Neues haben wir da nicht erfahren – außer vom Kollegen Vogt.

Ich weiß jetzt nicht, Herr stellvertretender Ministerpräsident Hagel, was Sie nervöser gemacht hat,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

dass Herr Vogt sich selbst zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ausgerufen hat oder die CDU zur Nichtregierungsorganisation.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD)

Herr Kollege Schwarz, Sie haben von der Umweltpolitik geredet. Es scheint mir gerade so zu sein, dass die Grünen dieses Thema wieder für sich entdecken.

Auf die Klimamilliarde sind Sie eingegangen und haben gesagt, dass Sie hier richtig flott sind und Tempo machen. Das sagen Sie seit 15 Jahren: Sie machten es flott und machten Tempo. Sie zählen auf, was Sie investieren, Sie sagen, was Sie alles tun wollen. Aber am Ende zählt nicht – das gilt übrigens für alles, was Sie in diesem Haushalt beschließen –, was Sie ausgeben. Am Ende zählt das Ergebnis.

Beim Ergebnis, bei den Klimaschutzzielen, die Sie selbst in Ihrem Klimaschutzgesetz festgelegt haben, scheitern Sie Jahr um Jahr an Ihren eigenen Zielen und schaffen es nicht, Ihren eigenen Zielen gerecht zu werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD)

Herr Finanzminister Bayaz, auch Ihnen habe ich aufmerksam zugehört. Das eine und andere habe ich auch noch einmal nachgelesen. Sie haben einen wichtigen Satz gesagt, den so ähnlich auch der Ministerpräsident, der anscheinend die zentrale Haushaltsdebatte in diesem Parlament anderweitig verfolgt, schon ausgeführt hat.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Das interessiert ihn nicht!)

Sie haben gesagt, das, was in Baden-Württemberg gelingt, kann auch in Deutschland und sogar in ganz Europa gelingen.

Dann wollen wir einmal darüber nachdenken und uns anschauen, was in diesem Land so gut gelingt, dass wir daraus einen Exportschlager machen. Wir haben in diesem Land eine besondere wirtschaftliche Herausforderung: Menschen, die über Jahre hinweg dieses Land mit aufgebaut haben, die zur Arbeit gehen – – Kollege Vogt, ich würde übrigens nicht empfehlen, die Kinder morgens in die Schule zu fahren. Elterntaxis sind eine ziemlich gefährliche Veranstaltung.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der AfD – Heiterkeit der Abg. Cindy Holmberg GRÜNE)

Wenn man nämlich einen guten ÖPNV hat, dann müssen die Eltern ihre Kinder erst gar nicht in die Schule fahren, und vor allem, wenn es einen funktionierenden ÖPNV gibt, kommen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land auch pünktlich zur Arbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, genau! Natürlich!)

Aber ich will Ihnen auch einmal schildern: Wir sind erst am vergangenen Wochenende mit mehreren Eltern zusammen gewesen, und eine Mutter hat mir gesagt, es sei eigentlich ganz gut, dass dieses Land es endlich mit der Digitalisierung an der Schule ganz gut hinbekommt, denn ihr Kind sei seit Beginn

dieses Schuljahrs auf dem Gymnasium, wo keine einzige Woche – keine einzige Woche! – ohne Stundenausfall vergeht, ohne Veränderung des Stundenplans, ohne Verlässlichkeit nicht nur im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch ohne Verlässlichkeit für die Bildung der Kinder in unserem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schön, dass Sie auch das Thema Ansiedlungen thematisieren und dass Sie ansprechen, jetzt auch Geld in das Thema Ansiedlung investieren zu wollen. Vielleicht haben Sie jetzt allmählich auch verstanden, dass das Land Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren oft den Kürzeren gezogen hat im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, es nicht geschafft hat, dass große, auch internationale Konzerne zu uns gekommen sind. Vielmehr sind sie in andere Bundesländer gegangen. Dies war auch deshalb so, weil der Standort anscheinend nicht so blühend ist, wie Sie, Herr Schwarz, ihn vorhin beschrieben haben. Denn die Realität ist ein unpünktlicher Nahverkehr – erst am Montag dieser Woche ist wieder ein zentraler Pendlerzug in meinem Wahlkreis komplett ausgefallen. Aber auch der Stau, den die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land jeden Tag erleben, zeigt doch, dass die Infrastruktur in diesem Land eine deutliche Modernisierung braucht.

(Zuruf von der AfD: Staustunden Nummer 3!)

Wir erleben ebenfalls, dass auch bei der Bildung nicht alles wirklich gelingt. Es ist nicht nur so, dass wir wechselnde Stundenpläne und Stundenausfall haben, sondern es ist so, dass der Bildungserfolg nirgendwo sonst so sehr von der Herkunft abhängt wie in Baden-Württemberg.

Herr Finanzminister Bayaz, ich sage mal, für die Abgeordneten dieses Hauses und auch für die Mitglieder der Landesregierung spielt das wahrscheinlich weniger eine Rolle.

(Zuruf: Ja!)

Aber für den weit überwiegenden Teil dieser Bevölkerung hängt sehr viel davon ab, ob Bildung gut funktioniert, ob wir verlässliche, gut ausgestattete Schulen haben und dass es nicht darauf ankommen sollte, ob wir uns Nachhilfe leisten können oder nicht – oder wie im Fall des Ministerpräsidenten das Glück haben, dass eine Nachbarin einem auf dem weiteren Lebensweg weiterhilft.

Der Bildungserfolg in diesem Land ist viel zu oft vom Zufall und von der Herkunft der Kinder abhängig.

(Beifall bei der SPD)

Wer dieses Land attraktiv machen will, wer Führungskräfte und Fachkräfte in diesem Land wirklich voranbringen will, wer Ansiedlungen ermöglichen will, der muss dafür sorgen, dass wir klugen Köpfen in den Schulen in unserem Land Leistung ermöglichen und dort keine weiteren Barrieren aufbauen.

Wenn Sie von über 3 000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer sprechen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das habe ich nicht gemacht, Herr Kollege! Das habe ich nicht gemacht!)

dann wissen Sie doch genauso gut wie ich, dass es viele von diesen über 3 000 Stellen bereits an den Schulen gibt und Sie eine unsichere Finanzierung jetzt sicher machen. Sie machen also aus Unsicherheiten sichere Stellen, schaffen aber noch lange keine neuen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, zur Verringerung des Stundenausfalls wird das nicht so arg viel beitragen.

Ich sage Ihnen: Wenn Beschäftigte sich heute im Maschinenbau, bei der Automobilindustrie Gedanken darüber machen, wie es in Zukunft weitergehen soll und ob es den eigenen Job und das Unternehmen auch in ein paar Monaten oder in einem oder zwei Jahren noch gibt, dann geht es darum, dass wir uns nicht erst dann darüber Gedanken machen, wie es mit neuen Arbeitsplätzen aussieht, wenn alte Arbeitsplätze verloren gehen, sondern dass wir jetzt in den Standort investieren, jetzt dafür sorgen, dass Brücken funktionieren, dass Straßen funktionieren, dass Schienenwege funktionieren, und dass wir Bildungseinrichtungen haben, die ihrem wirklichen Wert gerecht werden.

Ich sage Ihnen: Wichtigster Unterstützer bei der Ansiedlungspolitik sind die Städte, Gemeinden und Landkreise in unserem Land. Ohne die Kommunen wird sich niemand ansiedeln. Ohne dass die Kommunen in der Lage sind, ihre Infrastruktur intakt zu halten, ohne dass die Kommunen in der Lage sind, auch Kultureinrichtungen, Stadtbibliotheken und eine Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen, können Sie noch mehrere Hundert Millionen Euro in Ihren Haushalt einstellen – es wird sich niemand ansiedeln können, wenn Sie die Kommunen weiter so behandeln, wie Sie es jetzt tun.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt reden Sie über 1,2 Milliarden €. Sie haben auch schön aufgeschlüsselt, was da wohin geht. Das wird den Kommunen bei den kommenden Haushaltsberatungen jedoch wenig helfen.

Der stellvertretende Bürgermeister hat gerade angesprochen, dass sehr viel kommunale Kompetenz in der CDU und mittlerweile auch bei den Grünen in diesem Parlament vorhanden ist.

(Abg. Christian Gehring CDU: Stimmt!)

– Aber, Kollege Gehring, Sie lesen den Ergebnishaushalt Ihrer Kommune auch, der entweder schon eingebracht wurde oder noch eingebracht werden soll.

(Abg. Christian Gehring CDU: Ja!)

Haben Sie einmal berechnet, ob das, was die beiden Fraktionsvorsitzenden heute abgefeiert haben, im Haushalt Ihrer Kommune am Ende wirklich ausreicht? Ich glaube nicht, dass das ausreicht.

(Abg. Christian Gehring CDU: Ihr Rezept: neue Schulden dafür aufnehmen!)

Das wird nicht ausreichen. – Nein, Ihr Rezept ist,

(Abg. Christian Gehring CDU: Ihr Rezept!)

*(Sascha Binder)*

eine weiße Weste zu behalten und die Kommunen in die Lage zu versetzen, Schulden aufnehmen zu müssen, wichtige Infrastrukturen zu streichen

(Abg. Emil Sänze AfD: Gern!)

und am Ende weiche Standortfaktoren abzuschaffen und Strukturen kaputt zu machen, die wir nie mehr aufbauen können, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Deshalb ist das, was Sie jetzt vorschlagen – – Herr Kollege Schwarz, Sie könnten, meine ich, jetzt sofort die kommunale Selbstverwaltung ernst nehmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was soll ich machen?)

– Die kommunale Selbstverwaltung ernst nehmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das mache ich seit Jahren!)

– Nein, das machen Sie nicht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Natürlich! Das wissen Sie doch, Herr Kollege!)

– Nein, das machen Sie nicht.

Mittlerweile gibt es einen Vorwegabzug bei den Kommunen. Das heißt, Sie nehmen zunächst Geld aus dem FAG – sprich: Sie nehmen den Kommunen Geld weg –, um ihnen im Anschluss zu sagen, wofür sie es ausgeben sollen. Es handelt sich um rund 2 Milliarden €, je nach Steuerschätzung, die jetzt noch kommt; das werden wir am Ende des Tages sehen. Sie nehmen den Kommunen rund 2 Milliarden € weg – Geld, das den Kommunen eigentlich zur freien Verfügung steht – und schreiben ihnen danach vor, wofür sie es ausgeben sollen. Heute könnten Sie, ohne einen Euro mehr ausgeben zu müssen, mehr kommunale Selbstverwaltung wagen. Aber Sie machen es nicht, weil Sie den Kommunen mit dem goldenen Zügel nach wie vor Schranken aufweisen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, nein! – Staatssekretär Thomas Dörflinger: So ein Quatsch!)

**Präsident Thomas Strobl:** Herr Fraktionsvorsitzender, es gibt zwei Zwischenfragen, zum einen von Herrn Abg. Dr. Schütte und zum anderen von Herrn Abg. Seimer. Wollen Sie diese zulassen?

**Abg. Sascha Binder** SPD: Ich glaube nicht,

(Vereinzelt Lachen – Abg. Christian Gehring CDU: Ich würde es auch nicht machen! – Staatssekretär Thomas Dörflinger: Mehr Mut!)

dass es irgendetwas in diesem Haushalt gibt, wozu Herr Dr. Schütte an mich Fragen hätte;

(Abg. Carl Christian Hirsch CDU: Sehr gut!)

denn niemand kennt diesen Haushalt so gut wie Sie, Herr Dr. Schütte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Peter Seimer GRÜNE – Abg. Christian Gehring CDU: Das stimmt! Bravo! – Zuruf: Er möchte aber vielleicht etwas klarstellen!)

**Präsident Thomas Strobl:** Dann bliebe noch die Zwischenfrage von Herrn Abg. Seimer. Herr Kollege Binder, wollen Sie diese zulassen?

**Abg. Sascha Binder** SPD: Da gilt zwar nicht das Gleiche, aber ich lehne sie trotzdem ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Gehring hat über Schulden geredet

(Zuruf: Ja!)

und davon geredet, dass die Sozen die Schulden wieder erhöhen wollten.

(Abg. Christian Gehring CDU: Ich habe nie „Sozen“ gesagt! – Gegenruf des Abg. Sandro Scheer AfD: Aber gemeint! – Staatssekretär Raimund Haser: „Sozen“ haben wir nicht gesagt! – Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Aber Sie wollen trotzdem die Schulden erhöhen! – Vereinzelt Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Weitere Zurufe)

Aber was machen Sie denn, Herr Dr. Schütte? Was machen Sie? Sie wollen die Strukturkomponente nicht nutzen. Sie könnten im Rahmen der Schuldenbremse Schulden in Höhe von 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts aufnehmen, um in diesen Standort zu investieren, um in Bildung zu investieren und um die Kommunen in eine bessere Situation zu bringen. Sie haben aus ideologischen Gründen den Weg gewählt, der, wenn man es einmal genauer betrachtet, eigentlich genauso schwierig ist, wie Schulden aufzunehmen. Sie gehen an den Pensionsfonds,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

müssen dafür sogar im Haushaltsgesetz gesetzliche Regelungen schaffen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

Das heißt, Sie müssen gesetzliche Änderungen vornehmen,

(Abg. Peter Seimer GRÜNE: Im Gesetz ist es auch so vorgesehen!)

um das, was Sie als transparente und saubere Haushaltspolitik bezeichnen, umsetzen zu können,

(Abg. Peter Seimer GRÜNE: Es ist im Gesetz vorgesehen, dass man es so machen muss!)

statt transparent aufzuzeigen, wo Sie Schulden aufnehmen, und statt Anwartschaften und Ansprüche, die es aus dem Pensionsfonds gibt, irgendwann später wieder einzahlen zu müssen. Deshalb: Das, was Sie tun, ist nicht ehrlich, sondern rein ideologisch. Transparenter wäre es, Sie würden die Strukturkomponente der Schuldenbremse nutzen. Dann müssten Sie keine gesetzlichen Änderungen vornehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

**Präsident Thomas Strobl:** Herr Kollege Binder, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Peter Seimer?

**Abg. Sascha Binder** SPD: Nein. Keine Frage.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Aber um 6,5 Milliarden € Pensionen zu zahlen, nehmen wir 200 Millionen € Zinsen! Nur, dass das mal fürs Protokoll geklärt ist! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ja, aber Sie nehmen Verpflichtungen, die Sie haben, heraus.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Ja, weil wir Pensionen zahlen!)

– Sie haben diese Verpflichtungen. Und wer so unehrlich unterwegs ist, nur um im Rahmen der Schuldenbremse nicht alle Möglichkeiten zu nutzen,

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ja, so ist es!)

agiert in meinen Augen nicht pragmatisch,

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ich kenne kein SPD-geführtes Bundesland, das es anders macht!)

sondern rein ideologisch. Eine solche Haushaltspolitik hat auch wenig mit Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land zu tun.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich sage Ihnen noch etwas: Es gab einmal Zeiten in diesem Land, in denen das Land richtig gute Einnahmen hatte – richtig gute Einnahmen! Da ging es einem richtig gut. Kollege Schwarz erinnert sich noch daran. Da gab es eine Finanzministerin Sitzmann. Da gab es hier Haushaltsberatungen. Da gab es den großen Begriff „implizite Schulden“. – Können Sie sich daran noch erinnern?

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das haben Grüne und CDU hervorgebracht, als es um die Frage ging:

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Erfunden haben Sie den!)

Könnte man eventuell auch mal darüber nachdenken, Schulden zurückzubezahlen?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Haben wir gemacht! Die Schuldenuhr lief rückwärts!)

Dann haben Sie gesagt: „Ja, das ist ja alles recht und gut, weil wir explizite und implizite Schulden haben.“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Richtig!)

Herr Kollege Schwarz, von diesen impliziten Schulden reden Sie heute gar nicht mehr.

(Heiterkeit der Abg. Carola Wolle AfD)

Davon reden Sie gar nicht mehr.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das stimmt nicht!)

Wir haben mehrere Milliarden Euro Investitionsstau in diesem Land. Wenn Sie weiter so mit den Kommunen umgehen, wird es dazu führen, dass wir die notwendigen Investitionen in diesem Land nicht schaffen. Deshalb: Nehmen Sie die Strukturkomponente, geben Sie die Hälfte an die Kommunen, geben Sie das ins FAG, damit auch der Bürgermeister von Herrn Gehring am Ende etwas davon im Ergebnishaushalt spürt.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Thomas Strobl:** Herr Fraktionsvorsitzender Binder, nunmehr gibt es eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Schwarz. Möchten Sie dieselbe zulassen?

(Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

**Abg. Sascha Binder** SPD: Lieber Herr Schwarz, eine Frage lasse ich heute zu, die geht an Sie.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Danke! – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Das ist aber sparsam!)

**Präsident Thomas Strobl:** Damit hat der Fraktionsvorsitzende Schwarz das Wort.

(Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Binder, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben die sogenannten impliziten Schulden, also den Bedarf, den wir bei der Sanierung von Infrastruktur – auch bei kommunaler Infrastruktur – haben, angesprochen. Nehmen Sie zur Kenntnis und ist Ihnen bekannt, dass Baden-Württemberg den Kommunen so viel wie kein anderes Bundesland vom Sondervermögen des Bundes zur freien Verwendung gibt

(Zurufe der Abg. Dr. Boris Weirauch und Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

und dass wir damit einen massiven Anteil leisten, dass vor Ort, in den Kommunen, Infrastruktur modernisiert werden kann? Ist Ihnen dieser Umstand bekannt, Herr Binder?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Nein!)

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Kollege Schwarz, jetzt habe ich wirklich gedacht, Sie stellen eine Wissensfrage.

(Heiterkeit des Abg. Daniel Rottmann AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist eine Wissensfrage!)

Herr Kollege Schwarz, das ist richtig.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Also gut!)

Aber ich sage Ihnen eines: Ich selbst bin auch Stadtrat einer großen Kreisstadt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Wir nutzen die LuKIFG-Mittel, weil wir ein Gymnasium sanieren müssen – was übrigens auch schon mal auf der Tagesordnung hier im Landtag war.

*(Sascha Binder)*

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Mehrfach! – Abg. Daniel Lede Abal GRÜNE: Mehrfach!)

Wir werden, wenn die Finanzierung des Landes so bleibt, wie sie heute dasteht, nicht die Liquidität im Haushalt haben,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ja!)

um dieses Gymnasium am Ende trotz LuKIFG-Mitteln zu bauen, Herr Schwarz. Darum geht es. Es geht um liquide Mittel in den Kommunen und nicht um Investitionsmittel.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sie haben doch die impliziten Schulden angesprochen! Das war doch Ihre Rede, Herr Binder! Sie lenken ab! – Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Es geht darum, dass am Ende Ihr Regierungspräsidium den Städten und Gemeinden die Haushalte nicht genehmigt, weil Sie ihnen das Geld nicht zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Deshalb: Kommen Sie mir nicht mit Allgemeinplätzen. Sie müssen als Kommunalpolitiker genauso gut wissen wie ich, dass es am Ende konkret wird und dass man nicht mit Allgemeinplätzen weiterkommt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Ganz konkret geht es auch darum, welche Reformen diese Landesregierung eigentlich angestoßen hat. – Da müssen selbst die Regierungsabgeordneten überlegen, was jetzt die Reform ist.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Sie haben die Regierung gefragt! – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Nachdem Finanzminister Bayaz mittlerweile vielleicht endlich mal ein Finanzamt besucht hat, nachdem er das ja in der letzten Legislaturperiode nicht gemacht hat, ist ihm jetzt wohl aufgefallen, da könnte man ein bisschen was machen. Aber das meinte ich jetzt nicht mit Reform. Was ist jetzt wirklich neu? Wo haben Sie diesen Staat modernisiert? Wo haben Sie eine Verwaltungsreform gemacht? Herr Innenminister, Sie haben noch vor der Wahl gesagt, Sie wollen eine dynamische Verwaltung,

(Heiterkeit des Abg. Emil Sänze AfD)

möglichst zwei Ebenen abschaffen und endlich mal machen – das war, meine ich, Ihre Wortwahl, oder wer auch immer bei der CDU das gesagt hat.

(Zuruf des Ministers Manuel Hagel)

Warum kommt denn da nichts? Was passiert denn da jetzt? Nichts! Keine wirkliche Reform. Sie haben keine Ministerien zusammengelegt; Sie sind gleich geblieben. Sie haben in der Führung der Ministerien weiterhin Ihre 14 Staatssekretärinnen und Staatssekretäre. Und nun brauchen Sie – obwohl es keinen Regierungswechsel gab; es sind noch immer die gleichen Farben, es sind noch immer die gleichen Fraktionen – 60 Stellen in der Führung der Ministerien. Selbst das Staatsministerium meint, wenn wir da nicht deutlich anders bezahlen, dann wird keiner zu uns kommen. Ich denke, Herr Ministerpräsident, Frau Schwelling wäre auch bei einer Besoldung nach A 16 ins Staatsministerium gekommen. Deshalb sollte man mit solchen Dingen sehr genau umgehen und fragen, ob man das in diesen Zeiten tut.

Aber ich will zurückkommen auf die Reform. Denn der Ministerpräsident und vor allem der Finanzminister reden immer sehr viel über Reformfreudigkeit und Reformdynamik. Der Finanzminister redet von „Veränderungsangsthasen“ – wir alle sind also Veränderungsangsthasen. Aber, Herr Finanzminister, Sie hätten doch jetzt die Möglichkeit gehabt, in dieser Regierung richtig loszulegen, also wirklich eine Veränderung herbeizuführen. Es hat sich aber gar nichts verändert. Sie sagen: „Wir machen eine globale Minderausgabe.“ Sie sagen: „Pauschal werden wir Stellen einsparen.“ Keine Aufgabenkritik, keine Zuständigkeitsveränderung, keine Beschleunigung von Verwaltungsverfahren!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bürokratie ist in diesen Zeiten ein ganz gutes Stichwort. Herr Schwarz, Sie haben vorhin gesagt: „In diesem Haushalt werden wir Berichtspflichten abschaffen.“ Wenn ich Ihren Gesetzentwurf richtig gelesen habe, wird 2027 noch gar nichts abgeschafft. Im Jahr 2027 wird noch keine Berichtspflicht abgeschafft. Wenn ich den Gesetzentwurf richtig gelesen habe, den die Landesregierung vorgelegt hat, geschieht 2027 noch gar nichts.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bürokratieabbau!)

Gar nichts! Sie haben vorhin gesagt, es werde abgeschafft. Es wird nicht abgeschafft.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Doch! Natürlich! Doch, das kommt! – Gegenruf des Abg. Sandro Scheer AfD: Ja, wann? Das müssten Sie doch wissen!)

Deshalb sind wir gespannt, was denn am Ende wirklich abgeschafft wird.

Was wir jetzt schon mal wissen, ist, dass der Bürokratieabbau mit der Baumschere seit gestern ruht. Die Frage ist: Wie geht es mit dem Bürokratieabbau weiter? Wie geht es damit weiter? Wer macht das jetzt? Wer ist zuständig für den Bürokratieabbau, und wann kommt wirklich eine Reform des Staates, eine Reform, die dazu führt, dass wir wirklich einen funktionsfähigen Staat haben, in dem die Genehmigungen schneller erfolgen, in dem wir digitaler werden? All das, was wir in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört haben, was wir in Ihrem Koalitionsvertrag sehen: Es gibt keine Reform. Eine Reform muss ich aber machen, wenn ich auch in Zukunft diesen Haushalt im Rahmen halten will.

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Wenn wir heute vorschlagen, die Strukturkomponente zu nutzen, bedeutet das für uns nicht ein Ruhekissen, wenn es darum geht, diesen Staat zu modernisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Staatssekretär Thomas Dörflinger: Doch!)

– Nein. – Denn Sie nehmen in Kauf, dass in diesem Land die Gebührenfreiheit bei den Kitas nicht kommt. Sie haben das sogar noch weicher formuliert, als es jemals einer formuliert

hat: Sie haben gesagt, irgendwann im Laufe der Legislaturperiode. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie rechtliche Probleme haben und sich vorher nicht überlegt haben, wie das mit der Verbindlichkeit denn gehen kann, dann ist das Ihr Problem. Aber machen Sie das doch nicht zum Problem der Eltern in diesem Land! Denn gebührenfrei können Sie das letzte Kitajahr schon heute machen, da müssen wir nicht warten, bis Sie „gehirnt" haben, wie es rechtlich funktioniert, das auch verpflichtend zu machen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Herr Finanzminister, Sie sind ja ein weit gereister Mann; Sie sind auf den Finanzplätzen dieser Welt unterwegs. Deshalb haben Sie in Bezug auf das Thema Schulden in Ihrer Rede zur Haushaltseinbringung auch international argumentiert.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Sie haben von der großen Schuldenkrise, der großen Staatsschuldenkrise gesprochen, die aus Frankreich drohe, und haben das ins Verhältnis gesetzt zum Landeshaushalt von Baden-Württemberg. Herr Finanzminister, ich denke, dass der Vergleich schwierig ist und dass dies auch nicht wirklich etwas mit Baden-Württemberg zu tun hat. Denn wir sind in Baden-Württemberg Gott sei Dank besser aufgestellt. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Schuldenquote in Frankreich bei über 118 % liegt. Sie wissen auch, dass wir in Deutschland derzeit eine Schuldenquote von 63 % haben, und Sie kennen die Schuldenquote des Landes, die bei rund 8,8 % liegt –

(Abg. Winfried Mack CDU: So! Hört, hört!)

sofern man die Sozialsysteme darin nicht einbezieht; allein schon deshalb ist ein solcher Vergleich schwierig.

Sie wissen auch, in welchem Verhältnis wir dabei zu anderen Bundesländern und zum Bund stehen, und Sie wissen, dass in den letzten drei Jahren die Wirtschaftsleistung in diesem Land rückläufig war – zuletzt, 2025, gab es sogar ein negatives Wachstum.

Da wurde uns hier dann immer erzählt: „Dafür kann die Landesregierung nichts. Wir sind in einem besonderen Strukturwandel." Aber wenn Sie sich in einem besonderen Strukturwandel befinden – da geben wir Ihnen ja vollkommen recht –, wieso haben Sie sich in Ihrer Koalition zunächst darauf verständigt, nicht alles möglich zu machen, was nach Recht und Verfassung möglich wäre, sondern haben aus ideologischen Gründen das abgelehnt, was notwendig wäre, um die Strukturen in diesem Land auf Vordermann zu bringen, in die Zukunft zu investieren, Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen und in diesem Land wirklich wieder nach vorn zu kommen?

Ihre Haushaltspolitik, die in dem vorgelegten Haushaltsentwurf zum Ausdruck kommt, ist ideologisch. In der Bildungspolitik, in der Wohnungspolitik und in der Wirtschaftsstandortpolitik hängt der Haushalt weit hinter dem zurück, was ein Land braucht, das den hohen Ansprüchen gerecht werden muss, wieder Arbeitsplätze zu schaffen, Industriestandort Nummer 1 in Deutschland zu sein und wirklich nach vorn zu gehen.

Ich sage Ihnen eines: Beim Thema Forschung – die Frau Ministerin schaut mich gerade an – legen Sie zu Recht ein hohes Engagement an den Tag, und das machen Sie wirklich gut. Aber was Sie bisher nicht schaffen, ist, aus Forschung und Entwicklung Wertschöpfung und aus Wertschöpfung Arbeitsplätze zu generieren. Dafür braucht es mehr als das, was Sie bisher vorgelegt haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Thomas Strobl:** Für die Landesregierung spricht nun Herr Finanzminister Dr. Bayaz.

**Minister für Finanzen Dr. Danyal Bayaz:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ich finde, ein verantwortungsvoller Haushalt leistet mehr, als Bedarfe und Wünsche zu erfüllen. Ich finde, dass sich die Qualität und die Zukunftsfähigkeit eines Haushalts immer auch daran messen lassen müssen, ob das Leben von Bürgern und die Situation von Kommunen und von Unternehmen in diesem Land besser werden, ob der Haushalt in die Zukunft investiert und auch Vorsorge für Risiken trifft.

Wir kommen aus einer Zeit – das kann man drehen und wenden, wie man will – von externen Schocks, von andauernden Krisen, von Strukturwandel, auch von hausgemachten Herausforderungen. Wir sehen es unmittelbar spiegelbildlich in den Haushalten auf der gesamten föderalen Ebene – Bund, Länder und Kommunen –, dass die Spielräume kleiner werden.

Daher habe ich, sehr geehrte Damen und Herren, vor zwei Wochen an dieser Stelle genau darauf hingewiesen, dass wir deshalb den Ressorts eine Konsolidierungsauflage von 150 Millionen € auferlegt haben, dass wir deswegen 100 Millionen € bei den Förderprogrammen einsparen müssen, dass wir deswegen die Rückführungen bei den Pensionsvermögen vornehmen werden,

(Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

dass wir deshalb auch Gewinne abschöpfen und dass wir deshalb auch mit dem vereinbarten Stellenabbau starten.

Ich finde schon, Herr Binder, dass das etwas mit Reformen zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Jetzt will ich Ihnen mal eines sagen: Dass Sie, nachdem Sie anderthalb Jahre mehr oder weniger jede Reform der Bundesregierung infrage gestellt haben, nun uns drei Monate nach Regierungsantritt zum großen Reformprogramm aufrufen, finde ich schon abenteuerlich. Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Genau so sieht es aus! – Abg. Sascha Binder SPD: Machen Sie mal ein Beispiel!)

Das ist jetzt keine Einschätzung, die ich exklusiv habe.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Tragen Sie die Reformen auf Bundesebene mit? Tragen Sie die Reformen mit?)

*(Minister Dr. Danyal Bayaz)*

Ich will Ihnen aber sagen: Ich meine, wir nehmen das ernst. Zukunftskommission, Taskforce für die Staatsmodernisierung, ja, auch die Strukturreform der Finanzämter – was Sie als lächerlich dargestellt haben –, das sind die Möglichkeiten, die wir im Rahmen der Landespolitik haben. Die gehen wir an. Darauf habe ich vor zwei Wochen an dieser Stelle auch hingewiesen.

Ich habe damals auch gesagt, meine Damen und Herren, dass eine Steuerschätzung bevorstehe. Und heute kennen wir das genaue Ergebnis. Die Headline liest sich gut: 10 Milliarden € mehr für Bund, Länder und Kommunen in den nächsten Jahren. Für Baden-Württemberg sind es gut 300 Millionen €. Der Kollege Schwarz hat aber schon darauf hingewiesen, dass aufgrund der Systematik der Schuldenbremse und der Konjunkturkredite davon nicht allzu viel übrig bleibt.

Übrigens sind darin auch Entlastungen eingerechnet wie die geplante Einkommensteuerreform, der zwischen Bund und Ländern vereinbarte Tankrabatt, aber auch das Jahressteuergesetz. Da sind also auch Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger enthalten.

Trotzdem werden wir da am Ende nicht zu neuen Spielräumen kommen. Diese Realität müssen wir natürlich anerkennen und akzeptieren.

Ich will noch einmal auf einen besonderen Umstand, der ganz interessant ist, hinweisen. Wir sehen, dass unsere Wirtschaft, dass die Unternehmen in unserem Land anpassungsfähig sind. Wir sind natürlich tangiert vom Chinaschock auf der einen Seite und von US-amerikanischen Zöllen auf der anderen Seite. Aber wir sehen, dass der Export von deutschen Unternehmen nach Europa wieder Dynamik bekommt. Das spricht für die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen in unserem Land.

Das heißt aber auch: Solange wir beim Binnenkonsum nicht vorankommen, werden wir das in den Steuereinnahmen auch nicht wirklich sehen, weil nur der Binnenkonsum am Ende auch durch die Umsatzsteuer, durch die Mehrwertsteuer dafür sorgt, dass wir dauerhaft mehr Steuereinahmen bei uns im Land haben.

Da ist der Ausblick der Steuerschätzung leider etwas frustrierend. Denn wenn wir über das Jahr 2027 hinausschauen, dann sehen wir, dass wir es mit einer Stagnation zu tun haben. Jetzt könnte man sagen: Ja, eine Stagnation ist vielleicht nicht so schlimm, Hauptsache, es geht nicht runter. Aber in Zeiten von 3 % Inflation heißt das: Sie benötigen mehr Geld, um das Gleiche zu kaufen wie gestern, und das setzt diesen Haushalt natürlich an dieser Stelle auch unter Druck.

Deswegen kommen wir an den Reformen nicht vorbei, und deswegen werden wir uns auch sehr genau über die mittelfristige Finanzplanung beugen müssen. Ich bin auch sehr froh, dass die beiden Fraktionsvorsitzenden der Regierungskoalition, Andreas Schwarz und Tobi Vogt, Wert darauf gelegt haben, dass wir uns beim nächsten Doppelhaushalt 2028/2029 dieser Aufgabe auch verantwortungsvoll stellen müssen, meine Damen und Herren.

Es sind seitdem auch schon einige Neuerungen passiert. Zu Beginn der Woche hat die Haushaltskommission der Koalition getagt. Die Kolleginnen und Kollegen haben auf die Veränderungen hingewiesen. Dazu zählen die 1,2 Milliarden € für die Kommunen. Wir unterstützen außerdem die kommunale Familie einmalig mit zusätzlich 144 Millionen € für BTHG-bedingte Kosten und kommen damit insgesamt auf einen Block von 500 Millionen €.

Ich will auch noch einmal das nennen, was der Kollege Schwarz angesprochen hat, nämlich die Kofinanzierungsmittel für den Deutschlandfonds. Das sind unmittelbare Unterstützungen für unsere Stadtwerke, um die Eigenkapitalbasis dort zu unterstützen. Diese Investitionen, Herr Rothweiler, sind nicht irgendeine Ideologie, damit werden nicht nur die Kommunen unterstützt, sondern am Ende auch die Infrastruktur, die Bauwirtschaft, die Handwerksunternehmen, die genau das umsetzen. Das ist auch ein Wirtschaftsförderprogramm. Deswegen ist das genau richtig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Herr Rothweiler, ich glaube, das sind Ihre ersten Haushaltsberatungen. Das ist komplex, und man hat auch ein bisschen Welpenschutz, wenn ich das so salopp formulieren darf.

(Abg. Emil Sänze AfD: Hat er nicht notwendig!)

– Da bin ich mir nicht ganz sicher; denn die Basics sollte man schon draufhaben.

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Sie haben am Montag noch das Geld gesucht! Am Montag wussten Sie noch nicht, wo das Geld ist!)

– Jetzt hören Sie mir einmal zu, worauf ich hinauswill.

Sie hatten z. B. gesagt, zwischen 2016 und 2025 sei der Haushalt um fast 40 % gestiegen. Das ist ungefähr so, wie wenn ich sage: Vor zehn Jahren war ich jünger als heute. Wir haben Wirtschaftswachstum, wir haben Inflation.

(Zuruf: Das stimmt doch gar nicht!)

Nominelle Beträge miteinander zu vergleichen, das macht kein seriöser Finanzpolitiker, Herr Rothweiler.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Zweites Missverständnis: Sie sagten, da klaffe eine Lücke von 5 Milliarden € in der mittelfristigen Finanzplanung. Das stimmt.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sehr gut!)

Dann haben Sie gesagt, dazu kämen Deckungsbedarfe von 7 Milliarden €.

(Abg. Martin Rothweiler AfD: Ausgangsbasis!)

Die 5 Milliarden € stecken da drin. Warum ist die Summe auf 7 Milliarden € angewachsen? Weil wir natürlich etwas für die Kommunen machen – genau das, was Sie eingefordert haben –, und weil wir auf die Schwerpunkte Bildung, Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung setzen. So kommt man auf die Summe von 7 Milliarden €. Wer es nicht schafft, das zu verstehen, den kann ich in einer Haushaltsdebatte nicht ganz so ernst nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dennis Klecker AfD: Lauter neue Wahlstellen!)

*(Minister Dr. Danyal Bayaz)*

Jetzt will ich sagen: Ich war auch einmal Parlamentarier, ich war auch einmal in der Opposition. In der Opposition muss man nicht Konzepte vorlegen, die zu hundert Prozent durchfinanziert sind. Es ist legitim, auch ein bisschen nachzudenken, vielleicht auch ein bisschen zu träumen, aber die Proportionalität sollte schon stimmen.

(Zuruf von der AfD)

Ich habe einmal geschaut, was das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle – denn uns glauben Sie ja nicht, aber vielleicht Forschenden – herausgefunden hat, das sich das Programm von Ihren Kolleginnen und Kollegen in Sachsen-Anhalt angeschaut hat. Ich zitiere:

> *Von jedem Euro sind damit weniger als zehn Cent gedeckt.*

Also: 10 % seriös, 90 % Voodoo-Ökonomie. Ich sage Ihnen: Sie haben einen geistigen Bruder, der eine ähnliche Finanzpolitik macht. Donald Trump hat ja den amerikanischen Bürgern 5 000 US-Dollar versprochen, wenn sie ihn wählen.

(Zuruf von der AfD)

Mit dieser Strategie gehen Populisten baden, und zwar aus gutem Grund. Das ist an dieser Stelle ein guter Tag für alle anderen Menschen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Sie haben legitimerweise – –

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie haben eine Kugel Eis versprochen! Die Energiewende kostet eine Kugel Eis!)

– Reden Sie doch einfach nächstes Mal zur Haushaltsberatung.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

Vielleicht haben Sie die Basics drauf.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja! – Vereinzelt Heiterkeit)

Sie können sich ja hier ans Redepult stellen. Herr Klauß, vielleicht lassen Sie mich einfach einmal ausführen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Eine Kugel Eis, Energiewende! – Abg. Sandro Scheer AfD: Sie machen das gut, Herr Minister!)

Sie haben legitimerweise die 60 Stellen kritisiert. Sie können sich vorstellen, dass auch ein Finanzminister da nicht unbedingt in Jubelarien ausbricht. Meine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass wir das an anderer Stelle auch wieder einsparen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja!)

Genau das haben wir vereinbart. Wir werden im Haushalt 2027 110 Stellen weniger in der Landesverwaltung haben und über die Legislatur hinweg den Abbau von 550 Stellen bewerkstelligen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wir schauen mal, ob das was wird!)

Das ist unser Versprechen, und dafür werden wir sorgen.

Ich will Ihnen aber eines sagen: Die Frage ist ja nicht nur, ob man Stellen schafft, sondern auch, wie man sie besetzt. Darauf legen wir Wert. Bei uns werden sie nach Eignung, Leistung und Befähigung und nicht nach Verwandtschaftsgrad besetzt, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Genau!)

Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Miguel Klauß AfD: Da sagt der Rechnungshof etwas anderes!)

Ich will noch etwas anderes ansprechen, was hier berechtigterweise zur Sprache kam: Das ist der Umgang mit unserem Pensionsfonds. Auch das habe ich bei der Einbringung gesagt: Das fällt uns nicht ganz leicht. Ich habe am Ende auch nicht ganz unbegründet gesagt: Lassen Sie uns auch über einen fairen Maßstab, den man an solch einen Haushalt anlegt, nachdenken. Der faire Maßstab ist vielleicht nicht der, den wir vor fünf oder zehn Jahren hatten. Vielmehr ist die Frage: Was ist um uns los in der Welt, und was machen andere Bundesländer? Ich kann Ihnen sagen – ich denke, es lohnt sich, einen Blick darauf zu werfen –: Nur Nordrhein-Westfalen – das ist auch ein größeres Bundesland – hat einen höheren Bestand bei der Pensionsvorsorge. Bei uns waren es Ende 2025 14 Milliarden €. Außer Bayern schöpfen gerade alle anderen Länder nicht die Rendite, sondern die Substanz ihrer Pensionsvermögen ab. An dieser Stelle sind wir nicht.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Das macht es ja nicht besser!)

Deswegen will ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir verantwortungsvoll damit umgehen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Sie haben sich an Schlechteren orientiert! Es gibt immer noch Schlechtere!)

Ich will aber einmal ein Gedankenexperiment machen, Herr Weirauch. Eine Story, die die SPD in den letzten fünf Jahren, in der letzten Legislatur, in jeder Haushaltsdebatte erzählt hat, war, dass das Land auf gigantischen Reserven säße. Wenn die nur mal wollten und wenn der Herr Finanzminister nicht schlecht geschlafen hätte, dann würden wir jetzt mal Geld in die Hand nehmen. Ich sage Ihnen eines – machen wir ein Gedankenexperiment –: Hätten wir das gemacht, was Sie uns in jeder Haushaltsdebatte vorgeschlagen haben, dann wären wir heute nicht in der Lage, den Tarifübertrag einfach so zu finanzieren. Dann müssten wir das machen, was Bayern macht, nämlich sechs Monate schieben, Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten. Es ist Ihr gutes Recht in der Opposition, das alles zu fordern, aber wir müssen mit der Realität umgehen, und das machen wir verantwortungsvoll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich bin nicht kommunalpolitisch engagiert, aber auch ich lege großen Wert auf die kommunale Selbstverwaltung, die Sie angesprochen haben. Da muss ich Ihnen schon mal eines sa-

gen: Es gibt vieles zu kritisieren. Ich habe ja auch zugegeben, dass das Luft zum Atmen für die Kommunen ist und nicht alle strukturellen Probleme löst. Das kann man, denke ich, auch gar nicht erwarten. Aber man sollte nicht sagen, wir würden die kommunale Selbstverwaltung nicht ernst nehmen. Da fragen Sie z. B. mal Ihren Bundesfinanzminister, der Baden-Württemberg im Vergleich mit allen anderen Bundesländern bescheinigt hat, dass mit Blick auf die Kommunen kein anderes Bundesland so verantwortungsvoll mit dem Sondervermögen umgeht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das habe ich doch gar nicht bestritten! Haben Sie eigentlich zugehört?)

Das gehört doch dazu.

Zweites Beispiel: Die Klimamilliarde, die hier diskutiert wird, wird bürokratiearm an die Kommunen weitergegeben. Wir stärken mit FAG-Mitteln on top. Ich sage Ihnen: 23 % FAG-Quote. Bayern ist bei 13 oder 14 %. Wenn Sie wissen wollen, was goldene Zügel sind, dann rufen Sie mal in den anderen Bundesländern an, aber nicht in Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Herr Binder, es ist absolut legitim, dafür zu werben, Verschuldungsmöglichkeiten, die man hat, zu nutzen. Das ist mehr als legitim. Aber darüber so locker-flockig hinwegzugehen und uns ein bisschen Ambitionslosigkeit vorzuwerfen, das verdreht dann doch etwas die Verhältnisse. Ich finde, ambitioniert ist man dann, wenn man vermeidet, Schulden – und zwar strukturelle Schulden – zu machen. Das hat sich diese Koalition vorgenommen.

Ich habe nicht gesagt, Deutschland sei kurz davor, Frankreich zu werden.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Auf der Straße schon!)

Aber wir sehen aufgrund der Verschuldungsorgie in der gesamten Welt, dass die Zinsen steigen. Natürlich hat das etwas mit Baden-Württemberg zu tun. Wir haben uns verschuldet, indem wir Bonds emittiert haben – vor einem halben Jahr, für vielleicht gut 3 %. Vor zwei Wochen hat der Abteilungsleiter im Finanzministerium mit seiner Mannschaft Anleihen für 600 Millionen € platziert. Wir sind mittlerweile bei 3,7 oder 3,8 %.

Jetzt kommt das Interessante. Machen wir einmal das Gedankenexperiment: Sie sagen, 2 Milliarden € Schulden, das heißt 80 Millionen € Zinsen, und zwar steigend, die jedes Jahr anfallen – jedes Jahr. Diese Zinsen nimmt Ihnen kein Sondervermögen ab,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

die müssen Sie leisten. Die stehen im unmittelbaren Wettbewerb mit Ausgaben für Bildung und für Sicherheit.

(Abg. Christian Gehring CDU: Genau!)

Was junge Menschen bewegt, ist ja nicht nur die Frage: Was ist mit unserem Bildungssystem? Sie fragen sich, ob sie in Zukunft noch die Möglichkeit haben, in Souveränität selbst Entscheidungen zu treffen. Lassen wir ihnen Handlungsspielräume? Genau damit geht diese Koalition verantwortungsvoll um, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir bekommen positive Signale von Optimismus und auch ein bisschen Hoffnung, weil sich die Wirtschaft berappelt hat und weil wir sehen, dass das Interesse am Standort Deutschland nach wie vor groß ist. Übrigens stimmt auch nicht, was Sie zu den Ansiedlungen gesagt haben, Herr Binder. Ich nenne imec in Heilbronn und Siemens Healthineers mit einem digitalen Innovationszentrum, Frau Ministerin, in Freiburg. Es gibt eine gigantische Finanzierungsrunde von Neura Robotics. Mein Abteilungsleiter hat mir eben noch eine ganze Liste zugesteckt; ich gebe sie Ihnen nach der Plenardebatte.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ich will Ihnen ja nur eines klarmachen: Sie haben gesagt, da komme nichts herum. Differenzieren Sie! Reden Sie den Standort nicht schlecht!

(Zuruf: Genau!)

Es passiert einiges in diesem Land, und darauf dürfen wir auch stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Trotz allem ist es auch angesichts dieser positiven politischen Botschaften wichtig, immer noch zu beherzigen, dass wir uns in einem unruhigen Umfeld befinden. Deswegen ist es in der Haushaltspolitik wichtig, Risiken abzuwägen. Ich denke, wir sollten die Finger davon lassen, Luftschlösser zu bauen und Versprechen zu geben, die wir nicht halten können.

Es gilt, einen Haushalt so seriös aufzustellen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einfach darauf verlassen können, dass dann auch kommt, was drinsteht. Ich finde, in Zeiten der Polarisierung, in Zeiten der Verunsicherung ist das schon ein Wert an sich.

Deswegen haben wir im Regierungsentwurf genau dort Prioritäten gesetzt, indem wir in Bildung, in Ausbildung, in Lehrerstellen, in die Meisterprämie, in die Hochschulfinanzierung investieren. Das kommt – mit Blick auf das Wochenende – auch der jüngeren Generation unmittelbar zugute. Wir nehmen deren Sorgen ernst. Ich denke, diese Sorgen ernst zu nehmen heißt auch, bei der Verschuldung Maß zu halten.

Wir investieren 11 % des Landeshaushalts in die Polizei, in die Gerichte. Die Investitionsquote geht unmittelbar in die Zukunft. Das ist ein Wert, der noch einmal deutlich über dem liegt – „deutlich“ ist ein bisschen übertrieben, aber doch darüber –, was wir in den letzten Jahren gesehen haben. Die Richtung stimmt also an dieser Stelle.

Wir haben uns ein großes Modernisierungs- und Investitionsprogramm für unsere Landesgebäude vorgenommen, und wir mobilisieren im Rahmen unserer Möglichkeiten ein großes Paket für die Kommunen.

Damit machen wir genau das, wofür wir gewählt sind: Wir übernehmen Verantwortung für das große Ganze und legen

*(Minister Dr. Danyal Bayaz)*

die Schwerpunkte im Haushalt auf die Kernaufgaben des Landes. Das ist in Zeiten enger werdender Kassen, denke ich, sehr wichtig.

Vor allem ist es auch wichtig, bei der Neuverschuldung Maß zu halten und die Zukunftsfähigkeit der Landesfinanzen nicht aus dem Blick geraten zu lassen.

Damit wollen wir in den nächsten Jahren dieses Land aktiv gestalten. In diesem Sinn wünsche ich Ihnen und uns konstruktive Beratungen hier und im Ausschuss.

Das Ziel ist ein verlässlicher Rahmen für 2027, auf den sich die Menschen verlassen können. Da geht es um Vertrauen. Denn es gibt eine Ressource in diesem Land, die noch knapper ist als das Geld: Vertrauen. Genau darauf kommt es an, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsident Thomas Strobl:** Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Finanzminister, Sie haben mich in Bezug auf die Reformpolitik der Bundesregierung nicht als Vertreter meiner Partei, sondern mich persönlich angesprochen. Sie müssen mir mal erklären, an welcher Stelle ich in den letzten Monaten gesagt habe, wir wollten keine Reformen machen. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht nur ich, sondern auch meine Fraktion sind davon überzeugt, dass das gesamte Land Deutschland wirtschaftlich – und im Übrigen auch, was den Zusammenhalt in diesem Land angeht – nur nach vorn kommt, wenn diese Bundesregierung zu Reformen fähig ist und dabei auch die Menschen in diesem Land mitnimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sollten Sie, wenn Sie Kritik üben, diese auch wirklich so üben, dass sie am Ende stimmt, und nicht pauschal irgendwelche Angriffe fahren. Da sind Sie bei mir, was die Reformfrage angeht, an der falschen Adresse.

(Zuruf: Ja!)

Sie haben mal gesagt, es gehe nur voran, wenn jeder vor seiner eigenen Haustür kehre. Wir reden heute über den Haushalt des Landes Baden-Württemberg. Jetzt können wir natürlich ständig das Pingpongspiel spielen. Ich habe Sie kein einziges Mal mit Ihrer Bundespartei konfrontiert, mit Ihrem Europaabgeordneten im Europäischen Parlament, der fast die Erleichterungen für die Automobilkonzerne torpediert hätte. All das mache ich ja gar nicht. Es geht hier einzig und allein um das Land Baden-Württemberg.

Deshalb sollten wir schon auch über die Argumente reden, zuhören und auf die Argumente eingehen, die ich genannt habe, und nicht auf die, von denen Sie ausgegangen sind, dass ich sie vielleicht sage.

Im Zusammenhang mit der Strukturkomponente machen Sie das Bild auf, dass wir kurz vor einer Schuldenorgie seien. Es geht doch nicht um eine Schuldenorgie, wenn man die Strukturkomponente nutzt, vor allem nicht bei dieser Pro-Kopf-Verschuldung und Schuldenquote, die Baden-Württemberg hat. Das ist doch keine Schuldenorgie. Hören Sie auf, das Ganze ideologisch immer und immer wieder zu verneinen! Es geht darum, die Herausforderungen in diesem Land und die Mittel, die wir haben, ernst zu nehmen – ohne Orgie, ohne die Schuldenbremse zu reißen und ohne die zukünftigen Generationen über Gebühr in die Verantwortung zu nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen noch eines – deshalb kommen wir zu dieser Abwägung –: Es wird Ihren und meinen Kindern nicht helfen, wenn Sie sich heute auf die Schulter klopfen und sagen: „Wir behalten eine saubere Weste, was die Strukturkomponente, was die Schulden in diesem Land angeht.“

(Abg. Miguel Klauß AfD: Unsere Kinder müssen auswandern und haben gar keine Zukunft!)

Die Schulen werden nicht modernisiert, die Straßen werden nicht modernisiert, die Brücken werden nicht modernisiert.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Das ist doch unwahr!)

Wir haben künftig weniger Wirtschaftsleistung, als wir sie heute haben, Herr Dr. Schütte. Davon haben unsere Kinder nichts, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe an keiner Stelle – – Wenn wir mal sagen: „Der Zug kommt zu spät, und es gibt einen Stau in diesem Land“, dann reden Sie davon, wir würden das Land schlechtreden. So weit sollten wir nicht gehen. Wir haben auch keine Systemkritik geäußert, sondern wir haben darüber geredet, worüber die Menschen dort draußen auch reden. Aber es scheint so, wenn ich die Reden von Herrn Schwarz höre, dass er in einer völlig anderen Welt lebt;

(Heiterkeit des Abg. Bernhard Eisenhut AfD)

denn er glaubt wirklich, in diesem Land sei alles in Butter, alle würden sich freuen, und wenn wir jetzt 3 000 Lehrerstellen finanziert haben, fällt morgen kein Unterricht mehr aus.

Deshalb ist doch die entscheidende Frage, ob Ihr Haushalt wirklich erfolgreich ist oder nicht. Das werden wir in einem Jahr sehen. Haben wir mehr Wirtschaftswachstum in diesem Land? Haben wir mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte? Frau Wirtschaftsministerin, an Ihrer Stelle würde ich auf der Regierungsbank nicht lachen. Denn es ist Ihre Verantwortung, das ist Ihr Wirtschaftswachstum, Frau Wirtschaftsministerin. Sie müssen dafür sorgen, dass wir Arbeitsplätze in diesem Land halten, mehr Arbeitsplätze bekommen und mehr Wirtschaftswachstum in diesem Land hinbekommen.

(Beifall bei der SPD)

Daran müssen wir Sie messen. Gibt es weniger Stundenausfall? Hängt die Bildung weniger von der Herkunft der Kinder ab? Das ist der Maßstab. Schaffen Sie die Klimaziele, die Sie sich selbst ins Gesetz geschrieben haben? Schaffen Sie das alles, und reicht der Haushalt wirklich dafür aus, Ihre eigenen Ambitionen zu erreichen?

*(Sascha Binder)*

Sie haben mal gesagt, es gehe darum, dass es diesem Land einmal besser gehe. Genau diese Frage werden wir in einem Jahr stellen. Wo sind die harten Fakten, bei denen Ihr Haushalt dazu beigetragen hat, das Leben der Menschen letztlich wirklich zu verbessern? Wir glauben, Sie werden mit diesem Haushalt nicht alles dafür tun, um dies zu erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Thomas Strobl:** Für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Andreas Schwarz das Wort – allerdings für einen kurzen Beitrag, Herr Kollege.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von den Grünen: Warum? – Gegenruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Weil er keine Redezeit mehr hat!)

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden die Debatte ja im Dezember fortführen. Herr Kollege Binder, ich bin mal gespannt, ob die SPD dann bei den Reformvorschlägen der Koalition mitmacht. Das Effizienzgesetz, um die Wirtschaft zu stärken, das Jahresentlastungsgesetz, um die Kommunen zu entlasten, einen Stellenabbau in der Kernverwaltung, da liefern wir.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Da sind Sie eingeladen mitzumachen, Herr Kollege Binder.

Zweiter Punkt, weil Sie die Kommunen ansprechen: Wir haben vorgeschlagen, den Umsatzsteueranteil bei den Kommunen zu erhöhen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Wir haben zur Veranlassungskonnexität vorgeschlagen, dass der Bund künftig nicht nur 80 %, sondern 100 % bezahlt.

Ich bin sehr gespannt, ob die SPD bei diesen zwei Vorschlägen mitgeht. Das wäre ein wichtiges Signal für die Kommunen, für die Menschen in Baden-Württemberg. Da sind Sie herzlich eingeladen, die Reformpolitik dieser Koalition zu unterstützen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Thomas Strobl:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Sänze für die AfD-Fraktion.

(Abg. Emil Sänze AfD fährt das Redepult herunter.)

**Abg. Emil Sänze** AfD: Das ist selbst mir zu hoch. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir stehen vor strukturellen Problemen, die sich nicht von heute auf morgen eingestellt haben. Diese werden wir aus Baden-Württemberg heraus bedauerlicherweise auch nicht allein lösen können. Wir haben aber mit einem Haushalt umzugehen, der in einer Krisenzeit entstanden ist und diesem Land mehr oder weniger respektvoll gegenübersteht.

Wenn wir schon über Transformation sprechen, müssen wir auch festhalten, dass viele Unternehmen dieses Land verlassen. Diese Investitionen im Ausland kommen nicht zurück. Deshalb ist es richtig, dass wir die Ansiedlungspolitik stärken. Diese müssen wir aber in der Form stärken, dass jemand von auswärts dann Lust hat, sich hier anzusiedeln.

Wenn wir nicht viele Gesetze mehr oder weniger herausnehmen, wird sich auch durch die vielen Gelder des Bundes nichts erreichen lassen. Denken Sie nur mal an die Ausschreibungsproblematik. Wer gewinnt denn die Ausschreibungen häufig? Bauunternehmen aus dem Ausland. Ob unsere Bauindustrie daran partizipiert, wage ich zu bezweifeln.

Setzen wir also alles daran, dass ausländische Investoren wieder Lust haben, zu uns zu kommen. Dazu gehört die innere Sicherheit genauso wie ein gutes Gesundheitssystem. Dazu gehören auch ein gutes Schulsystem und eine zufriedene Bevölkerung. Dazu haben Sie in den letzten Jahren bedauerlicherweise nur das Gegenteil von dem getan, was Sie hier ankündigen.

(Beifall bei der AfD)

Ich wiederhole: Das strukturelle Problem der Bundesrepublik Deutschland werden wir aus Baden-Württemberg heraus nicht lösen können. Wir können es nur abmildern. Deshalb sollten wir das tun, was in einem guten Unternehmen immer gemacht wird: einen klaren und glatten Haircut über alle Positionen hinweg.

Dazu gehört auch das Zusammenziehen von Ministerien.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Es gibt Schnittstellen und Verluste innerhalb der Ministerien. Das Wirtschaftsministerium wird ausgeblutet, hat überhaupt keine Kompetenzen mehr.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Auf der anderen Seite werden Verkehrsthematiken in ein anderes Ministerium transferiert. Das ist Unsinn.

(Beifall bei der AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Ja!)

„Schöner Wohnen“ ist zu Ende, meine Damen und Herren. Wir sollten uns bei den Haushaltsdiskussionen das ganz klare Ziel setzen: Alles, was überflüssig ist, geht über Bord, und in das, was notwendig ist, wollen wir investieren.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

**Präsident Thomas Strobl:** Nun liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, auch nicht seitens der Landesregierung. Damit ist die Erste Beratung des Staatshaushaltsgesetzes 2027 beendet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage Ihnen vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung – zum einen das Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2027, Drucksache 18/700, und zum anderen das Haushaltsbegleitgesetz 2027, Drucksache 18/701 – zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Sie stimmen diesem Überweisungsvorschlag zu. Damit ist das so beschlossen.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

*(Präsident Thomas Strobl)*

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich noch folgenden Hinweis zu geben: Der Ausschuss für Ländlichen Raum, Landwirtschaft und Heimat trifft sich in zehn Minuten im Friedrich-Ebert-Saal zu einer Sondersitzung.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Mahlzeit.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Gesegnete Mahlzeit! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und wann machen wir weiter?)

– Wir setzen die Sitzung um 13:30 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:40 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:33 Uhr)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungsbefragung**

Das erste Thema ist von der CDU-Fraktion gemeldet und lautet:

Strukturreform der Steuerverwaltung Baden-Württemberg

Hierzu erteile ich Herrn Abg. Dr. Schütte das Wort.

**Abg. Dr. Albrecht Schütte** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende Oktober hat die Landesregierung ihre Pläne für eine umfassende Strukturreform der Steuerverwaltung in Baden-Württemberg öffentlich vorgestellt oder – so könnte man vielleicht sagen – angedeutet. Das Finanzministerium hat nach entsprechender Berichterstattung in den Medien eine Pressemitteilung gemacht.

Die bislang 65 Finanzämter im Land sollen zu größeren, regional zuständigen Einheiten zusammengeführt werden. Als Orientierungsgröße sind künftig 300 bis 600 Mitarbeiterkapazitäten vorgesehen. Den Anfang soll Stuttgart machen. Zum 1. Januar 2028 sollen die bisherigen sechs Ämter auf drei reduziert werden. Ab 2029 ist eine weitere schrittweise Umsetzung landesweit geplant.

Meine Damen und Herren, die Herausforderung für unsere Steuerverwaltung ist mit Sicherheit groß, und es geht darum, wie wir mit demografischem Wandel, technischem Fortschritt usw. die Bearbeitungszeiten verbessern und trotzdem den Kontakt zu den Menschen halten. Entscheidend bei einer Reform muss deshalb sein, welchen konkreten Mehrwert die Reform für die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und nicht zuletzt für die Beschäftigten bringt. Das Finanzministerium hat angekündigt, die Bürgernähe und regionale Erreichbarkeit erhalten zu wollen. Zugleich ist bislang offen, wie die künftige Standortstruktur im Einzelnen aussehen soll.

Im Zusammenhang mit einer solchen Reform müssen zahlreiche Fragen beantwortet werden: Welche Entscheidungskriterien, transparenten Kriterien und überprüfbaren Ziele?

Besonders erstaunt es einen, dass unsere kleinsten Finanzämter die kürzeste Bearbeitungszeit vorzuweisen haben und am effizientesten sind. Deshalb würde uns schon interessieren, wie man da auf die Idee kommt, größere Einheiten zu schaffen, die in der Tabelle heute weiter hinten liegen.

Deshalb einmal die Frage oder die Fragen – – Wie viele Fragen darf ich stellen? Zwei?

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Sie können jetzt drei Fragen stellen, und natürlich haben Sie die Möglichkeit, nachher weitere Fragen zu stellen.

**Abg. Dr. Albrecht Schütte** CDU: Ja, das weiß ich. – Jetzt die folgenden:

Welches sind die fünf effektivsten Finanzämter in unserem Land?

Was ist die Planung bzw. Zielrichtung der angedachten Reform, was Führungsstruktur, regionale Verteilung und Weiteres der Finanzämter angeht?

Und: Plant das Finanzministerium, bei weiteren Schritten die Beschäftigten und/oder das Parlament in die Überlegungen zur Reform einzubinden?

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Gerd Bayer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Schütte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU fährt das Redepult herunter.)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Das ist sehr freundlich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Lindlohr.

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Fragen, Kollege Schütte. – Was wollen wir von unseren Verwaltungen? Wir wollen zum Ersten, dass sie effektiv sind, das heißt, dass sie die Aufgaben, die sie haben, überhaupt bewältigen. Wir wollen zum Zweiten, dass sie effizient sind, dass sie also nicht mehr als die für die Erledigung dieser Aufgaben benötigten Mittel verbrauchen. Zum Dritten wollen wir, dass unsere Verwaltungen bürgernah sind.

Sie haben es gesagt: Die Steuerverwaltung mit über 11 000 Beschäftigten ist eine der großen Verwaltungen unseres Landes. Sie steht vor Aufgaben, die über die verschiedenen Verwaltungszweige hinweggehen; den demografischen Wandel haben Sie genannt. Es geht also um die Fragen: Wie groß sind die Jahrgänge, die bald in Pension gehen – oder auch in Rente; es sind ja nicht alle Beamtinnen und Beamte? Wie ist die Ausbildungssituation? Wie können wir eigentlich ein attraktiver Arbeitgeber sein?

Sicherlich ist die Finanzverwaltung besonders stark vom digitalen Wandel betroffen. Dabei geht es um die durchgehende Digitalisierung unserer Produkte sowie die aktuelle und zukünftige Frage, wie KI bei uns überhaupt angewendet werden

*(Staatssekretärin Andrea Lindlohr)*

kann. Ferner lautet ein Auftrag dieser Landesregierung, die Landesverwaltung zu modernisieren und ihre Strukturen in die Zukunft zu führen. Dieser Auftrag ist auch im Koalitionsvertrag festgehalten, und wir nehmen das ernst. Ein Teil davon wird die Reform der Finanzverwaltung sein.

Wir haben wie erwähnt 65 Finanzämter; diese sind ganz schön verschieden. Sie sind verschieden in ihrer Größe, aber nicht nur in ihrer Größe, denn zum Teil erledigen sie auch verschiedene Aufgaben, was ja auch in Ordnung ist und so geplant ist.

Bleiben wir trotzdem bei den Größen: Unser kleinstes Finanzamt ist das Finanzamt Stuttgart IV mit 66 Mitarbeiterkapazitäten, und das größte ist Heilbronn mit 492 Mitarbeiterkapazitäten. Man sieht also: Man spricht schon über relativ verschiedene Größenordnungen.

Sie haben es genannt: Für die zukünftige Organisationsstruktur der Finanzverwaltung – die Organisationsstruktur ist das Thema – haben wir bisher eine Zielgröße genannt und sie mit den Amtsleitungen auf der Amtsleitertagung besprochen. Das ist die Zielgröße von 300 bis 600 Mitarbeiterkapazitäten.

Warum gehen wir eine solche Reform an? Zum einen verändert sich, wie gesagt, die Welt – die Herausforderungen wurden genannt: Digitalisierung, demografischer Wandel –, und zum anderen brauchen wir Spezialisierung und Fachwissen – dessen Vertiefung ist immer wichtiger –, damit wir überall in unseren Ämtern die Spezialistinnen und Spezialisten haben, die sicher, resilient und verlässlich für die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger die anstehenden Aufgaben wahrnehmen können. Das ist aus meiner Sicht ein wirklich ganz entscheidender Punkt. Dafür ist unsere jetzige Struktur nicht gut genug, und sie wird in Zukunft zusätzlich durch abgehende Fachkräfte gefährdet.

Wie viele Menschen machen Körperschaftsteuerveranlagungen in einem Finanzamt? Wir haben Finanzämter, in denen es zwei Menschen sind – zwei Menschen! Wenn der eine krank und der andere im Urlaub ist, dann wird es wirklich schon schwierig mit der Verlässlichkeit für die Unternehmen. Die Fragen nach Resilienz, Verlässlichkeit sowie der Weitergabe und Übergabe von Fachwissen ist im Personalwechsel, der stattfindet, ganz wichtig.

Ein anderes Thema aus Sicht der Beschäftigten betrifft die Fragen: Wie attraktiv sind die kleineren Ämter oder die jeweiligen Ämter? Kann ich mich eigentlich auch in dem Amt, in dem ich bin – selbstverständlich könnte ich auch das Amt wechseln –, gut weiterentwickeln? Auch hierfür ist es wichtig, eine gewisse Größe zu haben, die eine gewisse Vielfalt für die potenzielle Weiterentwicklung der Beschäftigten bietet. So wollen wir die Finanzämter schrittweise zu größeren, regional zuständigen Einheiten zusammenführen. Das ist die strategische Richtung; die Gründe dafür habe ich genannt.

Es steht noch keine Zielmap fest, in der schon festgelegt ist, wo welches Amt am Ende in welcher Größe sein wird. Dieser Weg ist ganz bewusst gewählt. Ich weiß, dass dieser ein wenig ungewöhnlich ist. Früher hat man einen Top-down-Ansatz gewählt und es einfach hingeworfen. So wollen wir nicht vorgehen, weil wir es für das bessere Vorgehen halten, zunächst anzufangen und dann mit den Beschäftigten und aus dem Prozess heraus die Zielgrößen zu entwickeln. Deswegen sind wir in einem Prozess.

Der Prozess soll, wie gesagt, mit den Ämtern in Stuttgart anfangen. Es gibt bislang sechs Ämter in Stuttgart. Es ist eine etwas ungewöhnliche Aufteilung. Die kennt man normalerweise so nicht. Die Finanzämter Stuttgart I bis III bearbeiten Fälle entsprechend den Anfangsbuchstaben der Namen, und Stuttgart III verwaltet darüber hinaus noch – wahrscheinlich aus Altgründen des Oberamts Stuttgart – Filderstadt, Ostfildern und ein paar weitere Orte. Stuttgart IV ist Kassengeschäfte und Vollstreckung. Stuttgart V ist für Körperschaften zuständig. Stuttgart VI ist das Zentrale Konzernprüfungsamt. Die verschiedenen Größen habe ich jetzt genannt; hier wollen wir beginnen.

Hier haben wir eine Zielgröße, von der wir sagen, dass sie vernünftig anzugehen ist, nämlich die Zielgröße 3. Das machen wir jetzt. Daraus lernen wir, was gut funktioniert, was auf dem Weg vielleicht nicht so klug ist und was wir daraus vielleicht für eine flächendeckende Organisationsreform unserer Finanzämter ableiten können. Das ist der Stand.

Die Ziele habe ich genannt. Wir haben sowohl die Amtsleitungen informiert als auch die Personalvertretungen aller Ämter. Mit ihnen und mit den Beschäftigten insgesamt sind wir jetzt in einer großen Organisationsreform und einem Besprechungsprozess, in dem sich die Beschäftigten selbst einbringen können und in dem wir, beginnend mit den Stuttgarter Finanzämtern, eine Reform starten, die nicht einfach im Neuen Schloss Stuttgart oder an anderen Stellen ausgedacht und den Beschäftigten hingeworfen wird, sondern die im Prozess entwickelt wird. So weit.

Sie haben, meine ich, noch nach den fünf effizientesten Ämtern gefragt.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Ja!)

Das liefern wir zum einen zwar gern nach, zum anderen muss man aber doch auch ein bisschen unterscheiden, welche Fälle wir da am Ende vergleichen. Wir können natürlich Einkommensteuerbescheide vergleichen. Vielleicht können wir auch ganz verschiedene Sorten von Bescheiden vergleichen. Ich war kürzlich im Finanzamt Stuttgart-Körperschaften und habe mit den Zuständigen für die sehr großen Unternehmen, die ihren Hauptsitz hier in Stuttgart haben, gesprochen. Man muss sagen, dass hier Vergleichbarkeiten auch an Grenzen kommen.

Wir wollen selbstverständlich, dass die Bescheide die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen schnell erreichen. Wir wollen aber auch eine gute Dialogstruktur mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen. Es kommt auch darauf an, wie ich Rückfragen stellen kann, wie ich in Kontakt bin, wie ich bei den Dingen, die auf dem Weg zu besprechen sind – das betrifft natürlich etwas mehr die Unternehmen als die meisten einkommensteuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger –, an mein Finanzamt rankomme und wie ich da im Dialog für einen passenden Steuerbescheid und eine angemessene Besteuerung bin. – So weit.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Gibt es weitere Rückfragen? – Die sehe ich nicht. – Oder doch. Herr Abg. Dr. Schütte.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Wir können ja – –! – Gegenruf der Staatssekretärin Andrea Lindlohr: Mikro!)

– Am besten gehen Sie zu einem Mikrofon, damit alle das hören.

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU begibt sich zu einem Saalmikrofon. – Heiterkeit)

**Abg. Dr. Albrecht Schütte** CDU: Wir können ja nennen, dass u. a. Schwetzingen und Sinsheim zu denen gehören, die die Einkommensteuerbescheide am schnellsten bearbeiten. Es ist natürlich so: Die zentrale Konzernprüfung sitzt sowieso nicht in jedem Finanzamt – das ist vielleicht noch wichtig zu wissen. Die kann man nicht über die Fläche vergleichen. Das heißt, es wäre uns schon wichtig, dass man erst einmal diese Zahlen aufarbeitet und vergleicht. – Das ist die eine Frage.

Jetzt haben wir gehört, dass Sie sich dafür interessieren, ob Sie Personal gewinnen können, wie effizient gearbeitet wird, wie viele Leute Sie für die Resilienz haben. Was ist denn Ihr konkretes Ziel? Wollen Sie einfach hinterher weniger Standorte haben? Wollen Sie insgesamt die Führungsstruktur der Finanzverwaltung verändern, sodass sie z. B. zwar an verschiedenen Orten – das ist heutzutage auch gar nicht so schwer umsetzbar –, überall Körperschaftsfälle bearbeiten, dass die Leute aber sitzen, wo sie wollen, und es eine zentrale Körperschaftsteuerleitung für ganz Baden-Württemberg gibt? Was sind denn Ihre Ideen dazu? Was wollen Sie sich überhaupt anschauen – einfach nur Gebäude oder die Struktur der Verwaltung an sich?

(Abg. Sandro Scheer AfD: Das weiß sie doch gar nicht!)

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Wir haben 65 Finanzämter. Diese haben 16 Außenstellen. Wir haben aktuell 206 Gebäude in Betrieb – viel mehr, als wir Finanzämter haben. Wir haben jetzt selbstverständlich schon Finanzämter mit Außenstellen. Die Bürgernähe, die eine physische, zunehmend aber auch eine digitale Komponente hat, und die digitale Erreichbarkeit sowie das Thema Ansprechpartner – dass ich nicht im Nirwana lande, wenn der Ansprechpartner im Urlaub ist usw. – werden natürlich für die Bürgerinnen und Bürger immer wichtiger. Es ist keine liegenschaftsgetriebene Strukturreform. Es geht darum, dass wir Einheiten haben, die funktionieren, die resilient sind, die effizient sind, die attraktiv für die Beschäftigten sind und die Bürgernähe bieten.

Ob auf dem Weg dazu ein Gebäude nicht mehr benutzt werden muss, wird man sehen. Es gibt jetzt den Plan für die Frage, wie wir die Finanzämter Stuttgart reformieren. Wir werfen keine Landkarte über Baden-Württemberg, sondern fangen jetzt einen Prozess an. Ich finde es richtig, dass wir nicht schon sagen, dass alles feststeht.

Inwiefern dann alle Finanzämter z. B. Körperschaftsfälle bearbeiten werden, kann ich Ihnen im Vorhinein nicht sagen. Selbstverständlich sind sehr viele Körperschaftsfälle da. Es ist z. B. nicht denkbar, alle Körperschaftsfälle Baden-Württemberg-weit zu bündeln. Das macht sicherlich keinen Sinn. Aber ich meine, dass im Finanzamt Ehingen zwei Menschen Körperschaftsteuerfälle bearbeiten. Das sollte in Zukunft nicht mehr so sein.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren – –

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Noch ein Punkt: Wenn wir die Finanzämter an sich ändern – also nicht die Frage der Gebäude, sondern die Frage, welche Finanzämter es gibt –, dann müssen wir das natürlich auch rechtlich anpassen. Und dazu gibt es zunächst die Finanzämter-Zuständigkeitsverordnung. Wenn wir andere Finanzämter haben, müssen wir das in dieser Verordnung rechtlich ändern; das müssten wir dann vorbereiten. Das ist allerdings exekutiv; es geht um eine Verordnung durch das Finanzministerium.

Inwiefern Besoldungsfragen hier aufkommen – größere Ämter –, müssen wir dann besprechen. Sollte dem so sein, wäre der Gesetzgeber in Bezug auf das Landesbesoldungsgesetz gefragt. Aber das steht noch nicht fest.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. – Ich danke Ihnen, Frau Staatssekretärin Lindlohr.

Damit ist die Behandlung des ersten Themas der Regierungsbefragung erledigt.

Wir kommen zum zweiten Thema, gemeldet von der AfD-Fraktion:

F i n a n z i e l l e  L a g e  d e r  K o m m u n e n

Hierzu erteile ich das Wort Herrn Abg. Hörner.

(Beifall bei der AfD)

**Abg. Hans-Peter Hörner** AfD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen über die finanzielle Situation unseres Landes gesprochen. Die Kommunen wurden auch angesprochen. Ich hätte mir gewünscht, dass hier oben vielleicht ein paar Stadträte aus den Städten und Gemeinden gesessen wären und den Ablauf der Debatte mitverfolgt hätten, bevor sie dann mit den Rednern – vor allem von Grün und Schwarz – ins Gespräch gekommen wären. Ich hatte das Gefühl – ich bin auch Stadtrat; Stichwort Glashaus –, dass zwischen dem, was gesagt wurde, und der Realität ein großer Unterschied liegt.

Wie Sie wissen, sind die Rücklagen bei den Kommunen aufgebraucht. Den Kommunen werden viele Pflichtaufgaben aufoktroyiert; es drohen weiterhin enorme Kreditaufnahmen. Die Gemeinden müssen solche Kredite in der Zukunft zurückzahlen. Es sind, wie schon mehrfach erwähnt, unsere Kinder, die dies zurückzahlen müssen. Der Landrat meines Kreises, des Zollernalbkreises, wies bei der Vorstellung des Haushaltsplans darauf hin, dass die Kreise und Gemeinden ein Viertel des Aufgabenvolumens zugeordnet bekommen, aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen erhalten – also eine deutliche Diskrepanz.

Wir haben heute Morgen auch gehört, dass eine Finanzspritze – das hatten sowohl der Herr Ministerpräsident als auch verschiedene Redner gesagt – von 1,2 Milliarden € kommen solle. Was aber nicht gesagt wurde, war, dass mehr als 50 % davon, nämlich 625 Millionen €, nur Kredite sein sollen; diese Beträge sollen die Gemeinden dann zurückzahlen.

Nehmen wir zur Veranschaulichung einmal eine größere Stadt, nämlich Stuttgart: Stuttgart plant eine Neuverschuldung in Höhe von 2,4 Milliarden € – das ist das Doppelte –, hatte 2025 ein Defizit von über 712 Millionen €; die Gewerbesteuerein-

*(Hans-Peter Hörner)*

nahmen gingen von 1,6 Milliarden € auf 732 Millionen € zurück. Der finanzielle Anteil zur Erfüllung der Pflichtaufgaben hingegen ist seit 2021 um genau den Betrag von 1,2 Milliarden € gestiegen.

Aus dem Städtetag, wo der Herr Ministerpräsident ja entsprechend begrüßt wurde, kann man hören – Zitat –: Bund und Land fangen die Mehrkosten nicht ausreichend auf.

Was sollen die Gemeinden jetzt tun? In meiner Heimatstadt Balingen und auch in anderen Gemeinden ist es so, dass man an die Immobilien geht. Man versilbert im Prinzip das, was man hat – es bleibt einem nichts anderes übrig. Man verkauft dann diese Wohnungen möglichst an deren Bewohner, auch unter dem Gesichtspunkt, dass man die Wohneigentumsquote, die deutschlandweit 43 % und in Baden-Württemberg knapp 49 % beträgt, erhöhen möchte.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Gesichtspunkte frage ich nun zunächst einmal:

Welche zusätzlichen Lösungsmöglichkeiten außer den 1,2 Milliarden € und einer Veränderung der Quote bei der Mehrwertsteuer sieht die Landesregierung, um die finanzielle Notlage der Kommunen zu mindern?

Und zurück zum Thema Wohnungsverkauf: Wenn nun tatsächlich die Mieter die Wohnungen kaufen und einen Ersterwerb vornehmen können – wir wollen ja wirklich, dass das Eigentum in Mieterhand gelangt –, sieht die Landesregierung darin Möglichkeiten, die Wohneigentumsquote zu erhöhen, um damit auch eine größere Zufriedenheit der Menschen – die dann eine eigene Wohnung besäßen – zu erreichen?

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Lindlohr das Wort.

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Fragen. – Wir haben heute Morgen ausführlich und tiefgründig über den anstehenden Haushalt des Landes Baden-Württemberg für das Jahr 2027 gesprochen und werden dies auch noch durchgängig bis Weihnachten tun. Ich habe aus der Breite des Parlaments, aber auch von der Regierung wahrgenommen, dass auf der finanziellen Lage der Kommunen ein ganz besonderer Fokus liegt, wenn es um die Frage geht: Wie ist die Zukunft für das Land Baden-Württemberg, und was tun wir dafür, dass gute Entwicklung für uns weiter möglich ist?

Die finanzielle Lage der Kommunen in unserem Land ist tatsächlich äußerst angespannt, sie ist auch bundesweit äußerst angespannt. Die Lücken zwischen Einnahmen und Ausgaben werden größer. Für uns in Baden-Württemberg ist mit Blick auf die jüngere Geschichte des Landes die Stärke der Krise neu.

In den Jahren 2014 bis 2023 verzeichneten die Kommunen in unserem Land in ihren Salden ein Plus von 8 Milliarden €, und das war auch gut so.

(Zuruf des Abg. Sandro Scheer AfD)

Die gute Finanzlage lag sicherlich an der guten eigenen Steuerkraft und an der guten Finanzausstattung durch das Land. Das ist eine große baden-württembergische Tradition, die ein fester Grund unseres Landes ist – ein Land, das nicht auf das eine Zentrum setzt, ein Land, das auf Vielfalt und viele regionale wirtschaftliche Schwerpunkte setzt, ein Land, das nicht auf den goldenen Zügel setzt, sondern auf die Selbstbestimmung der Kommunen.

Jetzt stecken wir in einer ordentlichen Krise – deutschlandweit, aber bei uns schlägt sie eben auch ein. Die Kommunen in unserem Land hatten 2024 ein Defizit von 2,9 Milliarden € und im vergangenen Jahr von 4,4 Milliarden €, und die Aussichten im laufenden Jahr sind gar nicht gut. Diese Meldungen kommen von überall bei uns herein.

Für den Zeitraum von 2026 bis 2028 wird ein Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen von 3 Milliarden € prognostiziert.

Dazu kommen natürlich auch politisch bestimmte Komponenten; das haben wir heute Morgen schon angesprochen. Das muss man sich noch einmal vor Augen führen.

Betrachten wir die Lage der kommunalen Krankenhäuser: Nach deren Angaben haben wir für dieses Jahr ein Defizit von 900 Millionen € zu erwarten. Das soll sich nach den Berechnungen der kommunalen Landesverbände durch das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz – und nur durch diesen zusätzlichen Faktor – auf 1,6 Milliarden € erhöhen.

Wir haben hier einen Verschiebebahnhof zulasten der Kommunen in unserem Land und damit von uns allen durch den Bund. Das ist wirklich völlig falsch und hilft niemandem.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Klar ist auch: Ohne die Innovationskraft der Zukunft können wir nicht auskommen. Wir sprechen jetzt über die vielen Beschlüsse, die die Mehrheit dieses Hauses und die Regierung in ihrem Regierungsentwurf zur finanziellen Unterstützung der Kommunen in unserem Land gefasst haben oder noch fassen werden.

Dennoch: Die Einnahmeseite ist entscheidend. Um die Wachstumschancen der Zukunft zu erschließen, setzen wir auf Innovation. Entscheidend ist daher, dass wir uns auch im kommenden Haushalt trauen, zu investieren.

Auch für die Bürgerinnen und Bürger ist die jetzige Situation hart. Sie bekommen aktuell mit, wie die Haushaltsberatungen in den Kommunen – in den Städten und Gemeinden sowie den Landkreisen – gerade laufen. Es geht um sehr konkrete Maßnahmen, um Nachmittagsbetreuung, um den ÖPNV-Fahrplan, um freiwillige Beratungsstellen, um vieles, was natürlich auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft ausmacht. Ich habe auch heute Vormittag wahrgenommen, wie vielen das Thema sehr ernst ist.

Auch schon im aktuellen Doppelhaushalt 2025/2026 – denn steigende Ausgaben gibt es bei den Kommunen schon länger, insbesondere Personalausgaben, Ausgaben für Kinderbetreuung und andere Themen – haben wir viele zusätzliche Mittel gegeben. Die Mittel für die Schulbegleitung an den SBBZ, die Abschlagszahlung für das BTHG, die unbürokratische Weitergabe von zwei Dritteln der dem Land zustehenden LuKIFG-Mittel – mehr als bei allen anderen Bundesländern –, das alles sind Beispiele dafür.

*(Staatssekretärin Andrea Lindlohr)*

Was kommt jetzt? Ihnen liegt ja der Haushaltsentwurf der Landesregierung vor, und der wird jetzt hier beraten. Die Zahl, die Sie genannt haben, ist nicht richtig. Bei der Zahl, was zurückzuzahlen sei, haben Sie wirklich etwas verwechselt. Hier geht es um die kommunale Konjunkturkomponente. Die ist die einzige Komponente, die kein reines Cash ist, sondern eine Verschuldungskomponente, die wir, das Land, für die Kommunen leisten und die langfristig wieder getilgt werden muss. Hier waren 504 Millionen € vorgesehen. Jetzt ist die neue Konjunkturberechnung da, und sie wird 386 Millionen € – das wurde heute Morgen auch gesagt – für das Jahr 2027 betragen. Nur dieser Betrag unterliegt langfristig der Tilgung und alle anderen nicht.

Daher sind die 1,2 Milliarden €, zu denen die 386 Millionen € gehören, zusätzlich ein sehr wichtiger Schritt und ein sehr wichtiges Angebot an die Kommunen in unserem Land, das die Mehrheit dieses Hauses und die Regierung im Entwurf für unseren gemeinsamen Weg an die Kommunen machen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Der kommunale Finanzausgleich beläuft sich auf 19 Milliarden €. Im Haushalt werden nach dem Regierungsentwurf 26 % der Landesmittel an die Kommunen gehen. Auch das ist mehr als bisher.

Jetzt gab es am Montag ein Gremium der Koalition, die Haushaltsstrukturkommission. Darüber haben insbesondere die Regierungsfraktionen heute Morgen schon gesprochen. In dieser wurde vereinbart, dass den Kommunen zur Bewältigung der Belastungen durch das Bundesteilhabegesetz zusätzlich 144 Millionen € bereitgestellt werden.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen GRÜNE und CDU dafür, dass sie das im parlamentarischen Verfahren aufgreifen, umsetzen und dazu hier noch einen Änderungsantrag einbringen wollen. Auch das ist ein sehr wichtiger Schritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ohne Strukturreform wird es nicht gehen. Das betrifft natürlich das Land selbst, aber auch die Kommunen. Das haben auch mehrere Fraktionen heute Morgen gesagt. Deswegen ist unsere Zukunftskommission dazu da, dass wir uns ehrlich in die Augen schauen und gemeinsam besprechen: Welche Dinge sollen bleiben? Welche Dinge soll es weniger oder in geänderter Form geben? Hier geht es um nachhaltige, finanziell schlankere Grundlagen für die Kommunen in unserem Land und für uns, das Land, die wir den Kommunen auch schon verfassungsrechtlich verbunden sind.

Sie haben noch zum Thema Wohnen gefragt. Das ist eher ein zweites Thema. Falls Sie damit meinen, inwiefern die Grunderwerbsteuer zu senken wäre, würde es sich ja um eine Mindereinnahme handeln. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie das gemeint haben. Die Mindereinnahme würde jedenfalls nicht zur Haushaltskonsolidierung beitragen, wenn man das wollte. Das Eigentum in Baden-Württemberg wird über verschiedene Komponenten gestärkt, so auch über das Landeswohnraumförderungsprogramm, das eine Unterstützung für den Eigentumserwerb bietet, insbesondere für Familien. Wir sind froh, dass das auch reichlich genutzt wird.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Ich habe weitere Wortmeldungen. – Herr Abg. Hermann, bitte.

**Abg. Kurt Hermann** AfD: Vielen Dank für die Ausführungen, Frau Staatssekretärin. – Ich habe auch einige Fragen zu diesem Thema, und zwar geht es darum: Sie, zumindest die CDU, sind ja auch Regierungspartei bei uns im Bund, und hier haben Sie natürlich auch Einflussmöglichkeiten zur Finanzierung der Länder.

(Zuruf von der CDU: AfD, CDU, GRÜNE, SPD!)

– Danke schön für Ihre Wortmeldung. – 1,2 Milliarden € hört sich besonders viel an, ist es aber leider nicht. Wenn wir das auf 1 101 Kommunen herunterrechnen, bleibt gerade einmal 1 Million € oder etwas mehr pro Kommune übrig. Eine Kommune von etwa 300 000 Einwohnern braucht aber schon, wie in unserem Fall, 40 Millionen € bis 60 Millionen €, um ein Klinikum zu betreiben, um die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Diese müssen über Schulden finanziert werden.

Ebenso werden die Kommunen z. B. bei den Transferleistungen, insbesondere bei den Sozialleistungen, alleingelassen. Hier haben die Kommunen fast die Hälfte des gesamten Haushalts einer Stadt zu schultern und bekommen nichts. Pro Kommune bleibt rein rechnerisch 1 Million € übrig. Das wird natürlich mit einem anderen Schlüssel umgelegt; das ist mir durchaus klar. Es ist aber ein Tropfen auf den heißen Stein, der die Kommunen im Kommunalrecht nicht weiterbringt. Was gedenken Sie, da weiterhin zu tun?

Zum Thema Gebäude, das Sie eben angesprochen haben: Es kommt darauf an: Die Kommunen versuchen, Gebäude oder Grundstücke zu verkaufen, bekommen diese aber nicht los, weil Grundstücke mit Preisen von 520 bis 540 € pro Quadratmeter nicht mehr verkäuflich sind, was aber bei 400 € Erschließungskosten normal ist. Auch hier erwarten wir in irgendeiner Form Hilfe vom Land. Den Kommunen nützt es nichts, Grundstücke, die sie nicht verkaufen können, die keiner will, quasi ohne Grundsteuernachlass anzubieten. Darum geht es.

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Vielleicht kurz zum Letzteren: Der Zusammenhang mit den Grundstücken, mit dem Eigentum usw. war von Ihrem Kollegen aufgeworfen worden, nicht von mir. Vielleicht müssten Sie sich noch mal darauf verständigen, was Sie jeweils damit gemeint haben.

Inwiefern es sinnvoll ist, dass eine Kommune Grundstücke, die sie hat und die sie zur Wohnraum- oder Gewerberaumentwicklung vorgesehen hat, quasi in kleinere Grundstücke zerschneidet, um damit in teureren Zeiten, in denen wir uns jetzt offensichtlich befinden, den Verkauf besser zu ermöglichen – – Das ist sicherlich eine Möglichkeit, wie man darauf reagieren kann. Denn Menschen, die heute in Wohnraum – in Eigentumswohnraum, aber auch in Mietwohnraum – oder in Gewerbe investieren, sind ja auch unter finanziellem Druck. Die Baukosten sind gestiegen, die Bauproduktekosten sind gestiegen, sodass jetzt auch für denselben Zweck – beispielsweise: ich möchte wohnen – mit geringerer Kubatur und sparsamer gebaut wird. Wenn es dann sinnvoll ist, dass man die Grundstücke anders, beispielsweise kleiner, anbietet, dann wäre das eine mögliche Strategie. Das entscheiden aber die Kommunen in eigener Hoheit, wie sie es immer gemacht haben. Das ändert sich nicht.

*(Staatssekretärin Andrea Lindlohr)*

Hier gibt es erst einmal keinen Bezug zur Grundsteuer. Ich denke, Sie meinten die Grunderwerbsteuer. Dazu hatte ich mich vorher schon gemeldet.

Die 1,2 Milliarden €, die im Regierungsentwurf vorgesehen sind und die jetzt auch bei geänderter Konjunkturkomponente und unter besonderer Betrachtung dessen, dass in den Kommunen die Ausgaben, die sie selbst wenig beeinflussen können, steigen – das ist der systematische Punkt, der hier alle beschäftigt –, gehalten werden, sind Kern dessen, worauf sich die Koalition geeinigt hat. Das ist die schwierige Lage für die Kommunen.

Sie haben Ausgabenbestandteile, über die sie selbst entscheiden können. Es ist aber auch nicht sinnvoll, auf alle Investitionen zu verzichten. Wir wollen keine Situation, die die Kommunen dazu bringt. Es ist ein Problem, aber wir haben heute z. B. auch über die Schulbauförderrichtlinie des Landes gesprochen. Da sind hohe Mittel enthalten, die die Kommunen jetzt verarbeiten. Die Kommunen investieren weiter und gehen ihren Plänen, die sie die letzten Jahre gemacht haben, um ihren Bestand an Schulgebäuden zu sanieren, durchaus noch nach, weil die Förderung vom Land ja da ist.

Die Frage, welche Bundesgesetze welche hohen oder gestiegenen Sozialausgaben bewirken, stellen wir wirklich gern an den Bund. Wir wollten eine umfassende Konnexität des Bundes gegenüber den Kommunen erreichen. Das war politisch nicht mehrheitsfähig. Wir sind froh, dass wir wenigstens die 80 % Konnexität zum Stichtag als neue Verabredung haben. Aber jetzt wird vor dem Stichtag noch viel Neues vom Bund beschlossen, das die Kommunen belastet. Das ist nicht gut. Ich denke auch nicht, dass das die Verabredung war.

Zum Verschiebebahnhof bezüglich der Kliniken: Wenn die Tarifsteigerungen für die Beschäftigten der Kliniken jetzt durch den Bund nicht mehr mitgetragen werden, ist doch aber klar, dass es nicht sein kann, dass die Beschäftigten der Kliniken in den nächsten Jahren keinen Euro zusätzlich verdienen. Das wollen wir nicht; denn wir wollen ja, dass Gesundheitsleistungen erbracht werden. Wir wollen, dass die Stellen, die vorhanden sind, besetzt werden, damit nicht halbe Stationen geschlossen werden müssen, weil kein Pflegepersonal da ist. Dass uns dieser Verschiebebahnhof schadet, habe ich schon gesagt.

Grundsätzlich ist es wichtig, dass wir einen hohen Anteil unserer Grundfinanzmasse an die Kommunen weitergeben. Das sind nicht nur die 1,2 Milliarden €, die Sie richtigerweise umgerechnet haben; das ist schon in Ordnung. Das sind zunächst einmal die 19 Milliarden € des kommunalen Finanzausgleichs und die 23 % unseres Landesanteils an der Einkommensteuer, an der Körperschaftsteuer, an der Umsatzsteuer und an der Gewerbesteuerumlage.

Wir müssen Ausgabenposten reduzieren und müssen Einnahmemöglichkeiten schaffen. Im Hinblick auf Einnahmen stellt sich in erster Linie die Frage, wie unser Wirtschaftsstandort dasteht. Wir müssen hier weiterhin mit exzellenter Forschung und Umsetzung sowie der Zusammenarbeit mit dem Mittelstand und der Industrie in unserem Land auf Innovation und neue Arbeitsplätze setzen.

Wir haben heute Morgen auch darüber gesprochen, dass neue Branchen, Technologien, Zukunftsideen vorhanden sind – KI, Medizintechnik, Robotik. Aber bis daraus gute Steuereinnahmen werden, wird es dauern. Wir müssen das trotzdem jetzt angehen.

Wir haben jetzt einen Weg für das Jahr 2027. Wir brauchen einen weiteren Weg für eine stabile Finanzlage der Kommunen in unserem Land über das Jahr 2027 hinaus; das stimmt. Deswegen werden wir in der Zukunftskommission darüber sprechen und auch gemeinsame Beschlüsse mit den Kommunen fassen.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Ich habe eine weitere Wortmeldung von Herrn Abg. Ernst.

**Abg. Rüdiger Ernst** AfD: Vielen Dank. – Noch eine Nachfrage zum Thema Migration. Da bleiben doch noch einige Kosten bei den Kommunen hängen. Jetzt lautet die Frage an die Landesregierung: Welche Aufgaben, welche Pflichtaufgaben im Bereich der Migration können von der Landesregierung geregelt oder auch übernommen werden, um die Kommunen zu entlasten? Gibt es dazu schon Überlegungen, um die Kommunen zu entlasten? Welche Aufgaben können übernommen werden? Denn es bleiben beim Thema „Migration und Einwanderung“ noch immer Kosten bei den Kommunen hängen.

Danke.

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Migration und Einwanderung passieren auf ganz verschiedene Weise. Es ist nicht richtig, dass jegliche Art von Migration zu Kosten führt, zu einem direkten Kostenpunkt bei Kommunen wird.

Zuwanderung kann z. B. dazu führen, dass dadurch offene Stellen besetzt werden, auch solche, die für Einnahmefragen von Kommunen relevant sind. Das alles ist möglich. Wir haben Migration auf ganz verschiedene Weise, beispielsweise auch von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Ernst AfD)

Sie meinen wahrscheinlich Geflüchtete. Ich nehme an, dass Sie Geflüchtete meinen – die nur einen Teilaspekt des Themas Migration darstellen. Auf Migration sind wir, ist der Wirtschaftsstandort weiterhin angewiesen.

Ein wichtiger Punkt beim Thema Geflüchtete ist für die Kommunen die Unterbringung. Die vorläufige Unterbringung erfolgt durch die Landkreise als Aufgabe für das Land. Dies wird komplett vergütet. Bei der Anschlussunterbringung gibt es Unterstützung für diese kommunale Aufgabe durch das Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Unruhe bei Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Ich habe eine weitere Wortmeldung. Sie kommt von Herrn Abg Hörner. – Bitte, Herr Abg. Hörner.

**Abg. Hans-Peter Hörner** AfD: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für die Beantwortung meiner Fragen. – Aber ich möchte doch noch einmal auf eines zurückkommen: Sie haben meiner Meinung nach, wie ich es empfunden habe, diesen Verkauf von Wohnungen als zweite Frage abgetan. Das ist aber nicht ganz so.

*(Hans-Peter Hörner)*

Wir haben jetzt gerade in der Stadt Balingen, wo ich Stadtrat bin, einen ganz wesentlichen Posten, mit dem wir im Prinzip verschiedene Dinge, auch das Krankenhaus, finanzieren wollen – gerade eben durch den Verkauf von Wohnungen, die im Eigentum der Stadt stehen und die vermietet sind, noch dazu zu Mieten, die relativ niedrig sind und seit Jahren nicht erhöht wurden. Im Prinzip wollen wir – ich habe es vorhin gesagt – die Eigentumsquote erhöhen, Mietern zum Eigentum verhelfen, diese Wohnungen also gern an die Mieter weitergeben. Aber hier sind eben 5 % Grunderwerbsteuer und die ganzen Nebenkosten, die bestehen, doch ein ganz wesentlicher Faktor.

Sie sagen, uns gingen Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer verloren. Ich denke an die Zeit zurück, als ich mein erstes Haus gebaut habe. Das Ganze war von der Größe der Familie abhängig. Ab zwei Kindern konnte man sich von der Grunderwerbsteuer ganz befreien lassen und musste sogar weniger Notariatskosten zahlen.

Es darf doch nicht sein, dass man, wenn die Stadt solche Wohnungen besitzt und diese an die Mieter – in der Hand des Mitbürgers – übertragen könnte, damit sie Wohneigentum schaffen können – – Das ist doch ein wesentlicher Gesichtspunkt.

Dann finde ich es nicht richtig, wenn Sie sagen: „Uns entgehen wesentliche Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer.“ Wir müssen dafür sorgen, dass diese Wohnungen verkaufbar sind. Denn wenn wir sie nicht an die Mieter verkaufen – da geht es eben ums Geld –, wird sie irgendein Investor kaufen. Und Sie werden die Folgen selbst kennen und wissen, was ein Investor dann tut.

Deswegen frage ich noch mal: Sehen Sie nicht die Möglichkeit, über den Bundesrat zu erreichen, dass auf die Grunderwerbsteuer ganz verzichtet wird – unterhalb des Steuersatzes von 3,5 % –, und eventuell die Nebenkosten zu senken?

Vielen Dank.

(Abg. Sandro Scheer AfD: Das wäre doch mal was!)

**Staatssekretärin Andrea Lindlohr:** Das ist tatsächlich eine spannende Frage. Denn es gibt, meine ich, gar nicht so viele Kommunen in der Größe Balingens, die in relevantem Umfang Wohnraum direkt als städtisches Eigentum halten und selbst als Vermieter unterwegs sind.

Das ist natürlich auch eine Daseinsvorsorge, die die Stadt Balingen trifft, wenn sich eine Mehrheit des Gemeinderats dazu entschieden hatte, dass die Stadt diese Investition tätigen will, dass sie diese Rolle einnehmen will und dass sie für ihre Bürgerinnen und Bürger einen solchen Teil Daseinsvorsorge betreiben will.

Was Sie jetzt ansprechen, betrifft auch die Frage: Sind die öffentlichen Hände quasi von der Grunderwerbsteuer ausgenommen? Das sind sie eben nicht. Ein Verkäufer und ein Käufer der öffentlichen Hand ist genauso grunderwerbsteuerpflichtig. Selbstverständlich sind die Grunderwerbsteuern Nebenkosten. Selbstverständlich ist das etwas, was auf den Preis obendrauf kommt – wie andere Nebenkosten auch. Das ist richtig.

Dennoch ist es auch richtig – wenn wir hier über den Landeshaushalt sprechen und darüber, was wir an die Kommunen geben können –, dass es sich um Mindereinnahmen handeln würde, wenn wir den Grunderwerbsteuersatz senken würden. Und wir müssten das im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigen. Dann ist für das, worüber hier zu entscheiden ist, weniger da. Das ist trotzdem eine mögliche Entscheidung des Landtags von Baden-Württemberg.

Die Frage, ob man bei der Grunderwerbsteuer Sonderfälle generieren möchte, ist jetzt tatsächlich lang diskutiert worden. Und es ist nichts daraus geworden. Das stimmt.

Es gab in der Zeit der sogenannten Ampelregierung eine Vereinbarung. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung fand sich, dass das Grunderwerbsteuergesetz – das ist ja ein Bundesgesetz; wir können nur den Hebesatz bestimmen – geändert werden soll. Eine Konstellation, die viele hier beschäftigt, ist beispielsweise der Ersterwerb, sozusagen der einmalige Erwerb im Leben, um eine Eigentumsbiografie zu begründen. Es ging um eine Möglichkeit im Grundgesetz, dass Länder darauf verzichten können. Daraus ist nichts geworden. Das Grunderwerbsteuergesetz ist unverändert geblieben. Es ist pauschal, und wir wenden es so an.

Daher haben wir die Möglichkeiten, hier zu differenzieren, vom Bundesgesetzgeber nicht bekommen.

Das ist der Stand der Dinge. Die aktuelle Koalition hat dazu meines Wissens keine Planungen. Ich persönlich erwarte dazu jetzt erst mal keine Bewegung mehr vom Bund.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank.

(Abg. Kurt Hermann AfD meldet sich.)

– Nein, die Zeit für dieses Thema ist jetzt vorbei. Denn pro Thema sind maximal 30 Minuten vorgesehen. Wir haben jetzt eine Punktlandung bei genau 30 Minuten erzielt.

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Lindlohr.

Damit ist das Thema für heute erledigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion GRÜNE. Es lautet:

Taskforce „Netzausbaubeschleunigung“

Hierzu gebe ich Herrn Abg. Joukov das Wort.

**Abg. Michael Joukov** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vergangene Sommer wird wahrscheinlich einer der kältesten gewesen sein, die wir erlebt haben werden. Da mag jemand „Klimaanlagen, Klimaanlagen!“ nach Gusto rufen – dadurch ist nicht mehr Wasser im Rhein. Die Schifffahrt leidet, es leidet die Landwirtschaft etc. Der Schlüssel zur Dekarbonisierung ist die Elektrifizierung. Wer sich mit diesem Thema beschäftigt, der weiß, dass die Elektrifizierung sowohl der Wirtschaft als auch der Haushalte, aber auch die Erzeugung und die Umstellung auf erneuerbare Energien an Netzen hängen, insbesondere am Verteilnetz.

Hierzu hat die Landesregierung dankenswerterweise die Taskforce ins Leben gerufen. Ich möchte Sie, Frau Ministerin, bit-

*(Michael Joukov)*

ten, die neun Minuten, die Sie haben, bestmöglich zu nutzen, um uns upzudaten, wie der Auftakt war, wie der weitere Zeitplan ist und wie die Information dieses Hauses stattfinden wird. Was sind die Ziele? Was sind die Erwartungen?

Vielen Dank.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Abg. Joukov. Das Wort erteile schon ich.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Ich erteile es jetzt für die Landesregierung Frau Ministerin Walker.

**Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thekla Walker:** Vielen Dank, Frau Präsidentin, für die Worterteilung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank auch für die Fragen der grünen Fraktion zu dem wichtigen Thema „Netzausbau in Baden-Württemberg“ und zum Auftakt der Taskforce „Netzausbaubeschleunigung in Baden-Württemberg“.

In der Tat ist der Netzausbau natürlich in Kombination mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien das zentrale Thema für die Transformation, damit das gelingt, was jetzt überall in Baden-Württemberg neu ausgebaut wird – wir sehen da sehr erfreuliche Aktivitäten –: Freiflächenphotovoltaikanlagen, Anlagen auf den Hausdächern, und die Windenergie nimmt langsam Fahrt auf.

Aber es gibt auch noch Weitere, die gern am Netz teilnehmen möchten oder einen Leistungsbedarf anmelden. Dazu gehören auch Unternehmen. Es müssen Speicher integriert werden. Rechenzentren wollen wir auch in Baden-Württemberg und nicht nur in anderen Bundesländern, wie z. B. im Nordosten Deutschlands, sehen. Das heißt, unsere große Aufgabe ist, im Zuge der Elektrifizierung dafür zu sorgen, dass der Standort Baden-Württemberg in den kommenden Jahren weiterhin attraktiv bleibt. Dafür ist es notwendig, die entsprechenden Netzkapazitäten vorzuhalten und flexible Netznutzungsmöglichkeiten auf den Weg zu bringen, weil es mittlerweile einfach der zentrale Standortfaktor geworden ist. Unternehmen, die hier weiter investieren wollen, fragen nach diesen Netzanschlusskapazitäten. Unternehmen, die nach Baden-Württemberg kommen wollen, die Rechenzentren errichten wollen, Unternehmen, die mit KI usw. arbeiten, fragen nach, ob ihr Energiebedarf entsprechend gedeckt wird und wo entsprechende Anlagen ans Netz gehen können.

Insofern ist es natürlich ganz zentral, dass wir nicht nur auf den Ausbau der erneuerbaren Energien schauen und diesen beschleunigen – das war natürlich eine sehr große Aufgabe, die wir in der letzten Legislatur aufgerufen hatten, gerade mit der Taskforce „Windenergie“ –, sondern wir müssen uns genauso – das haben wir natürlich in der vergangenen Legislatur schon mit verschiedenen Gremien, die wir gemeinsam mit den Netzbetreibern ins Leben gerufen hatten, angepackt – auch den Netzausbau anschauen, und wir müssen ihn jetzt noch mal systematischer anpacken. Dort, wo heute schon Engpässe bestehen – Stichwort Mittelbaden – oder drohen, geht es darum, diese Engpasssituation möglichst schnell aufzulösen. Unserer Erfahrung nach geht das am besten, wenn die Akteure zusammenkommen, die für den Netzausbau zuständig sind.

Wir haben sehr viele Verteilnetzbetreiber in Baden-Württemberg. Dazu gehören natürlich auch die entsprechenden Verbände: der VfEW, der Verband kommunaler Unternehmen – viele Stadtwerke sind ja auch Netzbetreiber –, aber auch die größeren Netzbetreiber wie Netze BW, die allein 100 000 km Netze in Baden-Württemberg auf den verschiedenen Spannungsebenen betreiben. Die wollen wir jetzt gemeinsam in einen Arbeitsprozess mit unserer Verwaltung, mit den Regierungspräsidien, mit den kommunalen Verbänden bringen, also mit all denen, die auch für Genehmigungen zuständig sind. Denn darum geht es: in den Genehmigungsprozessen Beschleunigungspotenzial zu identifizieren und das dann auch möglichst schnell umzusetzen.

Wir wollen – das ist, denke ich, ein sehr wichtiges Ziel; wir haben da auch eine Zahl genannt, obwohl das immer kritisch ist – etwas Konkretes erreichen. Wir wollen, dass sich die Zeit für den Bau der entsprechenden Netzkapazitäten insgesamt von jetzt zehn Jahren auf fünf Jahre halbiert. Wir halten es nämlich für möglich, diese Zeit zu halbieren. Wir können das z. B. bei den Gasnetzen sehen. Dort liegt die Realisierungszeit ungefähr zwischen fünf und sieben Jahren. Also das Prinzip, Erde auszuheben, Leitungen zu verlegen, Flächen wieder zu schließen, das alles entsprechend zu planen und zu genehmigen, sollte auch im Bereich der Stromnetze so möglich sein.

Wir haben jetzt mit der Taskforce – die hat vor zwei Wochen mit ihrer Arbeit begonnen – alle Akteure von der kommunalen Seite, von den Regierungspräsidien, von den Verteilnetzbetreibern, von den Verbänden in Baden-Württemberg, aber auch von allen Ministerien der Landesregierung, die indirekt etwas mit dem Genehmigungsprozess zu tun haben – ob es um die Landesbauordnung oder um Verkehrswege geht –, zusammengerufen. Da gibt es viele Punkte, bei denen wir, wenn wir die konkreten Möglichkeiten gemeinsam identifizieren, relativ schnell Erfolge verzeichnen können und das, was wir uns da vorgenommen haben, auch umsetzen können.

Unser Ziel ist natürlich auch, diesen Prozess nicht ewig in die Länge zu ziehen. Wir wollen in zwei Jahren mit dieser Taskforce fertig werden. Wir wollen also in dieser Zeit das, was aus unserer Sicht notwendig ist, was wir hier im Land tun können, identifiziert haben und dann eben auch in einen Gesetzgebungsprozess bringen. Ein entsprechendes Netzausbaubeschleunigungsgesetz haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart. Damit wollen wir das, was aus verschiedenen Ressorts kommt, in einem Artikelgesetz zusammen verabschieden.

Natürlich sollen – das war ja auch eine Frage – hier die Gremien, die Fachausschüsse, die Abgeordneten immer wieder informiert werden. Wir wollen nach einem Jahr ein erstes Resümee ziehen und schauen, wo genau wir dann sein werden, was wir bis dorthin schon identifiziert haben und wo wir vielleicht auch unabhängig von dem neuen Gesetz schon Punkte auf den Weg bringen und Genehmigungen erleichtern können.

Das ist aus meiner Sicht wichtig, weil der Druck im Land – das wissen Sie auch – überall sehr groß ist. Die Nachfrage ist sehr groß. Wenn es dann vom Netzbetreiber heißt: „Wir können leider erst einmal nichts machen, wir haben im Moment nicht die erforderlichen Kapazitäten“, ist eben der Frust immens.

Für uns ist wichtig, dass wir gemeinsam in dieser Taskforce und in den entsprechenden Arbeitsgruppen die prioritären

*(Ministerin Thekla Walker)*

Netzausbauvorhaben im Land identifizieren, damit wir wissen, wo Engpässe möglichst schnell aufgelöst werden können. Mittelbaden habe ich dabei schon als eine mögliche Region genannt.

Wir wollen flexible Netzanschlüsse überall im Land ermöglichen, sodass Netzknotenpunkte auch von verschiedenen Einspeisern genutzt werden können. Dafür gibt es heute schon die erforderlichen Technologien, die Möglichkeiten. Das kann man aus unserer Sicht noch besser nutzen durch Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, möglicherweise auch durch Genehmigungsfreiheit für bestimmte technische Bauwerke, die im Zusammenhang mit dem Netzausbau stehen.

Das waren die Beispiele, die ich Ihnen in diesem Zusammenhang gern nennen wollte.

Natürlich arbeiten wir hier nicht im luftleeren Raum. Sie alle wissen: Entsprechende Regulierungsthemen werden im Moment auch auf der Ebene der Bundesnetzagentur erörtert. Die Frage der Finanzierung ist natürlich auch für die Netzbetreiber ein sehr wichtiger Punkt. Gerade dem VfEW mit vielen Netzbetreibern im Verband ist es natürlich noch einmal ein wichtiges Anliegen, dass die Finanzierung in den kommenden Jahren so ausgestaltet wird, dass daraus kein wirtschaftlicher Nachteil entsteht. Auch da wollen wir uns dann aus Baden-Württemberg gemeinsam positionieren und dann eben auch auf solche Prozesse Einfluss nehmen.

Wir glauben, dass wir, wenn wir da mit einer Stimme sprechen und auftreten – z. B. bei diesen Fragen, die ja jetzt diskutiert werden; ich nenne als Stichworte NEST, AgNes; das sind Bundesnetzagentur-Prozesse –, dann auch erfolgreicher sein können.

Jetzt höre ich auf.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Die Fragestunde ist auch vorbei!)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Ja, jetzt ist auch die Zeit für die Regierungsbefragung – –

**Ministerin für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thekla Walker:** Neun Minuten.

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Nein. Neun Minuten haben Sie aber nicht für die Beantwortung einer Frage, sondern es sind fünf Minuten. Aber ich habe zugehört. Der Grund war, dass Herr Joukov auch mehrere Fragen hatte. Aber die Zeit für die Regierungsbefragung ist um. Daher vielen Dank, Frau Ministerin.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Die Regierung fragte die Regierung! Tolle Regierung!)

Damit ist Punkt 2 unserer Tagesordnung erledigt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Da kann man klatschen!)

Ich rufe **Punkt 3** unserer Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr – Rheintalbahn – Leistungsfähigkeit des Bahnknotens Freiburg während des Ausbaus in der Freiburger Bucht – Drucksache 18/339 (Geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Saint-Cast.

**Abg. Nadyne Saint-Cast** GRÜNE: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Rheintalbahn ist eine der am stärksten befahrenen Strecken Europas. Ihr Ausbau ist also dringend notwendig: für den Güter-, den Fern- und den Nahverkehr, aber auch für die grenzüberschreitenden Bahnverbindungen nach Frankreich und in die Schweiz.

(Beifall der Abg. Anna Deparnay-Grunenberg GRÜNE – Vereinzelt Heiterkeit)

Klar ist aber auch, dass während der voraussichtlich zehnjährigen Bauzeit der Freiburger Hauptbahnhof als wichtigster Verkehrsknoten in Südbaden, im Dreiländereck zuverlässig für Fern- und Nahverkehr angebunden bleiben muss. Denn – wir Südbadenerinnen und Südbadener wissen es – der Freiburger Hauptbahnhof ist der zentrale Verkehrsknoten für Südbaden und das gesamte Dreiländereck. Rund 70 000 Reisende pro Tag nutzen diesen Bahnhof. Sie fahren zur Arbeit, zur Schule, zur Ausbildung, zur Universität, und die direkte TGV-Verbindung nach Paris – sehr empfehlenswert –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf von den Grünen: Vive la France! – Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

macht Freiburg auch zu einem wichtigen europäischen Bahnknoten.

Wenn der Bahnknoten also über Jahre hinweg nur eingeschränkt erreichbar wäre, beträfe das nicht nur Freiburg, sondern eben auch die gesamte Region Oberrhein.

Daher haben mein Kollege Niklas Nüssle und ich beim Verkehrsministerium nachgefragt, welche Auswirkungen der Ausbau der Rheintalbahn auf die Erreichbarkeit des Freiburger Hauptbahnhofs hätte. Antwort: Die DB, die Deutsche Bahn, untersucht aktuell fünf Varianten. Diese haben allerdings unterschiedlich große Auswirkungen auf die Erreichbarkeit in der Baustellenzeit. Die Erreichbarkeit reicht tatsächlich von Teil- bis Vollsperrung. Noch ist aber unklar, wie die Planungen konkret aussehen und, vor allem, wie die Baustellenzeit für den Freiburger Hauptbahnhof konkret aussehen wird.

Unsere Forderung gegenüber der Deutschen Bahn ist klar – das haben wir auch im Antrag deutlich gemacht –: Wir brauchen ein belastbares Baustellenkonzept für den Bahnknoten Freiburg. Denn die 70 000 Reisenden im Dreiländereck können wir nicht im Regen stehen lassen. Und klar ist auch: Schienenersatzverkehr mit Bussen kann höchstens eine kurzfristige Notlösung sein, aber keine Lösung über eine dauerhafte, über zehn Jahre lang anhaltende Baustellenzeit hinweg.

*(Nadyne Saint-Cast)*

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der Abg. Viviane Sigg SPD – Heiterkeit der Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU und Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD)

– Genau. Die südbadischen Kolleginnen und Kollegen wissen, wovon wir sprechen.

Was ist eine Lösung? Auch das ist in der Stellungnahme zu unserem Antrag aufgeführt oder anskizziert, und da bedanke ich mich, Frau Ministerin Razavi, auch herzlich für die nochmalige Erklärung der verschiedenen Varianten der Deutschen Bahn. Eine mögliche Lösung könnte der zweigleisige Ausbau der Breisgau-S-Bahn in Richtung Breisach – auch Breisachbahn genannt – nach Westen sein. Sie kann nicht nur eine wichtige Ausweichstrecke in der Baustellenzeit sein, sondern bietet auch die Chance, dass wir den Freiburger Verkehrsknoten insgesamt zukunftsfähig aufstellen. Das ist nicht nur eine Investition während der Baustellenzeit, sondern auch eine Investition in einen leistungsfähigen Nahverkehr und bietet gleichzeitig – wir sprechen, wie gesagt, von der westlichen Anbindung – die Voraussetzung, dass wir bei der Bahnlinie Freiburg–Colmar weiterkommen.

Zur Erinnerung: Das ist nicht nur mir persönlich ein Herzensanliegen, sondern ist auch im zwischen Deutschland und Frankreich geschlossenen Aachener Vertrag als ein wichtiges Vorhaben der deutsch-französischen Freundschaft vereinbart.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Simon Herzog und Dr. Natalie Pfau-Weller CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Freiburgerin kann ich stolz sagen: 80 % der Wege legen die Freiburgerinnen und Freiburger umweltfreundlich zurück – zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus oder Bahn. Wir sollten dafür sorgen, dass sie das auch zukünftig tun können. Denn diese Zahlen zeigen, die Menschen wollen umweltfreundlich, klimafreundlich mobil unterwegs sein. Deswegen: Ausbau der Rheintalbahn, Ertüchtigung und Zukunftsfähigkeit des Nahverkehrs – zweigleisiger Ausbau der Breisachbahn –, damit die Baustellenzeit für den Fern- und Nahverkehr zuverlässig geregelt ist. Das ist unsere klare Forderung an die Deutsche Bahn und den Bund.

Liebe Ministerin Razavi, ich freue mich wirklich, dass wir Sie hier – das geht aus Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag hervor – auch an unserer Seite wissen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Herzog.

**Abg. Simon Herzog** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rheintalbahn ist eine der wichtigsten Verkehrsachsen in unserem Land. Sie verbindet Basel, Freiburg, Karlsruhe mit Deutschland und der Welt. Sie steht für Wirtschaft, für Güterverkehr, aber auch für Zehntausende Pendlerinnen und Pendler sowie Schüler und Azubis, die diese Strecke jeden Tag nutzen und darauf angewiesen sind, dass wir hier eine leistungsfähige Verbindung haben. Deswegen freut es mich, dass wir hier investieren und diese Strecke ausbauen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Viviane Sigg SPD)

Mit der Güterverkehrsumfahrung für Freiburg gehen wir einen ersten wichtigen Schritt. Der Spatenstich war im Mai dieses Jahres; die Bauarbeiten laufen. Wir sind nicht nur in der Planung, sondern in der Realisierung. Was bedeutet das in der Praxis? Es bedeutet, dass zukünftig 50 000 Güterzüge im Jahr nicht mehr durch die umliegenden Gemeinden und durch die Stadt Freiburg fahren. Das ist eine Riesenentlastung für die Anwohner. Es bedeutet gleichzeitig aber auch einen massiven Ausbau der Kapazitäten auf dieser Stecke. Das ist, denke ich, das richtige Signal.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Im nächsten Schritt geht es an den Ausbau in der Freiburger Bucht. Damit kommen wir auch zum Thema des heutigen Antrags, nämlich der Gestaltung in der Zeit der Bauphase. Ich bin dankbar dafür – es geht auch aus der Stellungnahme hervor, und die Kollegin Saint-Cast hat es auch schon richtig beschrieben –, dass es fünf unterschiedliche Varianten gibt, die uns die Deutsche Bahn hierfür präsentiert. Unterschiedlicher könnten sie aber kaum sein.

Eine der Varianten – Sie hatten es gesagt – setzt auf halbseitige Sperrungen. Dann könnte man die Strecke weiter nutzen, aber die Bauzeit dauert dann auch zehn Jahre. Es gibt andere Varianten, die deutlich kürzere Bauzeiten vorsehen, aber Vollsperrungen benötigen, wodurch Ersatzverkehre notwendig würden. Weitere Varianten nutzen Umleitungsstrecken, nämlich die neue, dann fertige Güterverkehrsumfahrung und die Breisacher Bahn, die man erst mal ertüchtigen müsste. Ich denke, dass wir uns an dieser Stelle alle einig sind, dass hierin ein echter Win-win liegt, weil wir zum einen für die Zeit der Bauarbeiten etwas erreichen und gleichzeitig die Infrastruktur dauerhaft leistungsfähiger machen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie der Abg. Joachim Kuhs und Sandro Scheer AfD)

Zur Wahrheit gehört aber eben auch: Wir sind im Moment in einer frühen Phase der Planungen. Wir haben unterschiedliche Varianten auf dem Tisch. Das Wichtige ist jetzt, dass wir erst einmal ergebnisoffen denken, dass wir uns alle Vorschläge anschauen, die Wirtschaftlichkeit, die betrieblichen Notwendigkeiten prüfen und vor allem auch die Sichtweise der Fahrgäste einbeziehen; denn das sind ja diejenigen, die es am Ende im Alltag haben und damit leben müssen, was in dieser Bauphase geschieht.

Und da ist eben auch klar: Da ist dieser zukünftige Nutzen, den wir durch den Ausbau der Breisacher Bahn für die Breisgau-S-Bahn erzielen könnten, ein Faktor, ein Kriterium, das wir auf jeden Fall mit berücksichtigen müssen. Es ist aber auch nur eines der Kriterien, und wir müssen dann schon auch unterscheiden, was jetzt für die Bauphase wichtig ist, wie wir das für die Fahrgäste so angenehm und so kurz wie möglich gestalten können und wo der langfristige Nutzen liegt. Aber man muss hier wirklich unterscheiden, was tatsächlich realer Nutzen und was vielleicht nur ein frommer Wunsch für die Zukunft ist, der aber nichts mit dieser Bauphase zu tun hat. Das gehört, meine ich, zu einer ehrlichen Betrachtung dazu.

*(Simon Herzog)*

Deshalb lassen Sie mich am Ende festhalten: Es kommt jetzt auf drei Punkte an.

Erstens: ein zügiger Ausbau dieser Strecke. Wir wollen eine leistungsfähige Rheintalbahn, damit wir hier eine zukunftsfähige Infrastruktur haben.

Zweitens: eine ergebnisoffene Prüfung aller Vorschläge, um am Ende die beste betriebstechnische, wirtschaftliche und vor allem für die Fahrgäste angenehmste Variante zu haben.

Und drittens: immer die Perspektive der Fahrgäste mitdenken. Das sind am Ende die Menschen, die im Alltag während der Bauphase mit dieser Strecke leben müssen.

In diesem Sinn bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Lassen Sie uns gemeinsam dieses wichtige Infrastrukturprojekt voranbringen und gleichzeitig die Bauphase so gut wie möglich gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Sandro Scheer AfD: Gut gemacht, Herr Kollege!)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rittweg.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es ist seine erste Rede, daher sind wir alle anderen besonders ruhig und stellen keine Zwischenfragen. Vielen Dank.

**Abg. Kay Rittweg** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Die Rheintalbahn gehört zu den wichtigsten Verkehrsverbindungen hier in Baden-Württemberg. Deshalb ist es wichtig, diese Strecke auszubauen und damit leistungsfähiger zu machen. Allerdings stellt sich bei einem solchen Großprojekt nicht nur die Frage, was gebaut wird, welche Belastungen den Menschen währenddessen zugemutet werden können, sondern hauptsächlich, was es kostet. Denn schließlich ist das Land durch die verfehlte Politik der Landesregierung finanziell und auch sonst am Boden. Nichts geht mehr: the end of „THE LÄND“.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Lachen der Abg. Cindy Holmberg und Anna Deparnay-Grunenberg GRÜNE)

Die Antwort der Regierung, wie die Leistungsfähigkeit des Freiburger Bahnknotens während der Bauzeit sichergestellt werden soll, lässt Fragen offen: zu belastbaren Bauzeiten, zu Einschränkungen des Zugverkehrs, zum Bedarf an Ersatzbussen und zu wirtschaftlichen Folgen.

Es gibt einen bekannten Spruch: „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“ Aber bei der Rheintalbahn sind wir offenbar schon einen Schritt weiter. Hier fehlen teilweise sogar die Prognosen. Dass sich das Vorhaben erst in einer frühen Planungsphase befindet, erklärt manches. Es entbindet aber keinesfalls von der Pflicht, die Folgen des Umbaus einer zentralen Verkehrsachse über Jahre schon frühzeitig zu untersuchen.

(Beifall bei der AfD)

Die fehlende Direktanbindung der Gäubahn an den Stuttgarter Hauptbahnhof infolge des Bahnprojekts Stuttgart 21 lässt grüßen. Nach den zuletzt veröffentlichten Zahlen nutzen allein zwischen Denzlingen und Freiburg an einem Schultag über 30 000 Fahrgäste den regionalen Schienenverkehr. Wenn auch nur ein Bruchteil davon auf Ersatzbusse oder private Fahrzeuge ausweichen muss, entsteht ein gewaltiger zusätzlicher Druck auf das Straßennetz.

Schienen- und Straßenverkehr dürfen bei einem solchen Großprojekt daher nicht getrennt voneinander betrachtet werden, sondern müssen gemeinsam geplant werden.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD)

Vor allem aber fehlt dem Schienennetz die nötige Redundanz. Fällt ein wichtiger Abschnitt aus, gibt es häufig keine ausreichend leistungsfähige Ausweichroute.

Diese Problematik führt uns die Frankenbahn, also die Strecke zwischen Stuttgart und Würzburg, eindrucksvoll vor Augen. Dort gab es allein in diesem Jahr wegen Bauarbeiten zahlreiche abschnittsweise oder gar komplette Streckensperrungen, gepaart mit einem oft überforderten Schienenersatzverkehr.

Dies, meine Damen und Herren, ist die eigentliche Warnung für Freiburg: Eine Strecke kann auf dem Papier noch so leistungsfähig sein; ohne Ausweichstrecken wird jede größere Baustelle zur Belastungsprobe. Redundanz ist kein Luxus; sie ist vielmehr Grundvoraussetzung für einen verlässlichen Bahnbetrieb.

(Beifall bei der AfD)

Aber es reicht nicht, wenn eine Lösung nur technisch funktioniert; sie muss auch wirtschaftlich tragfähig sein. Eine Vorfestlegung ohne belastbaren Kosten-Nutzen-Vergleich wäre verfrüht. Wie riskant unzureichende Planung ist, zeigt par excellence das bereits erwähnte Großprojekt Stuttgart 21.

(Zuruf des Abg. Miguel Klauß AfD)

Kosten und Zeitplan haben sich gegenüber früheren Annahmen exorbitant verändert. Die Lehre daraus muss sein, dass Risiken, Bauzeiten und Kosten vor unumkehrbaren Entscheidungen transparent sein müssen.

Auch wenn letzten Endes der Bund für das Ausbauprojekt zuständig ist, ist es doch das Land, das die Verantwortung für den bestellten Regionalverkehr trägt. Es muss sich deshalb frühzeitig in die Abstimmung mit Bahn und Bund begeben.

Fazit: Die Bürger sollen sich auf die Bahn verlassen können. Aber worauf sollen sie sich verlassen, wenn die Verantwortlichen noch nicht einmal sagen können, wie der Verkehr während der Bauphase funktionieren soll? Wir reden hier nicht über ein paar ausgefallene Züge am Wochenende, nein, wir reden über mögliche Einschränkungen über viele Jahre hinweg – genau wie bei Stuttgart 21. Nach den dortigen schlechten Erfahrungen sollte wohl eines klar sein: Ein Schienennetz, das schon im Normalbetrieb an seine Grenzen stößt, darf während der Zeit einer Großbaustelle nicht zum Lotteriespiel für die Fahrgäste werden. Das ist keine Frage von Parteipolitik, sondern eine Frage der Verantwortung.

*(Kay Rittweg)*

Denn am Ende stehen nicht die Planer, die Politiker am Bahnsteig und warten auf einen Zug, der nicht kommt – nein, es sind die Arbeitnehmer, die Schüler und die Pendler. Die Bauarbeiten sind irgendwann vorbei, doch die Verantwortung für eine verfehlte Planung, die bleibt.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Sigg.

**Abg. Viviane Sigg** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausbau der Rheintalbahn ist ein Projekt, dessen Bedeutung weit über Südbaden hinausgeht. Der Streckenabschnitt zwischen Karlsruhe und Basel ist eine der am stärksten befahrenen Verkehrsachsen Europas mit immenser Bedeutung für den Personen- wie für den Güterverkehr. Der Ausbau – das möchte ich klarstellen – ist richtig und notwendig, um diese europäische Hauptschlagader fit für die Zukunft zu machen und die Infrastruktur für den Zugverkehr von morgen zu schaffen.

Allerdings laufen wir Gefahr, in die paradoxe Situation zu geraten, dass gerade dieses Mammutprojekt die Verkehrswende in Südbaden zurückwirft. Einige Planungsvarianten führen zu enormen Einschränkungen für den Nah- und Fernverkehr, in manchen drohen sogar mehrjährige Streckensperrungen mit einer zeitweisen Abkopplung der Stadt Freiburg vom Fernverkehr. Freiburg ist Oberzentrum und zentraler Verkehrsknotenpunkt in ganz Südbaden. Die Deutsche Bahn übrigens nennt Freiburg auf ihrer Homepage selbst die „Hauptstadt des Schwarzwalds“.

(Staatssekretär Raimund Haser: Ganz dünnes Eis!)

Diese Hauptstadt über Jahre hinweg vom Fernverkehr abzukoppeln, das darf schlichtweg nicht passieren.

Genauso wichtig ist übrigens der Regionalverkehr, für den wir, das Land, die Verantwortung tragen. Wir haben in Südbaden über Jahrzehnte massiv in den Nahverkehr investiert. Diese Fortschritte dürfen wir jetzt nicht aufs Spiel setzen. Wenn die Einschränkungen für die Pendlerinnen und Pendler zu groß werden, wechseln viele zurück aufs Auto, und es wird lange dauern, sie nach der Fertigstellung wieder für die Bahn zurückzugewinnen.

Der Ausbau der Rheintalbahn im Verkehrsknotenpunkt Freiburg ist eine Operation am offenen Herzen des südbadischen Bahnverkehrs. Bei einer solchen Operation muss der Kreislauf weiter stabil bleiben. Wir erwarten deshalb ein überzeugendes Konzept für die Bauphase mit frühzeitig abgestimmten Sperrzeiten über alle Bauabschnitte hinweg. Der Ersatzverkehr darf nämlich nicht nur auf dem Papier irgendwie funktionieren, sondern die Menschen müssen auch während der Bauarbeiten verlässlich zur Arbeit, zur Schule oder nach Hause kommen.

(Beifall bei der SPD)

Noch setze ich Hoffnungen in die DB InfraGO und die laufenden Prüfungen der unterschiedlichen Varianten. Von der Landesregierung erwarte ich explizit, dass sie sich gegenüber Bund und Bahn nachdrücklich für eine transparente Alternativenprüfung sowie für die Interessen der Fahrgäste und für unsere Region einsetzt mit dem Ziel minimaler Einschränkungen vor Ort.

Wichtig ist auch, dass wir, das Land, bereits jetzt auf die Zeit nach dem Ausbau der Rheintalbahn blicken. Wir brauchen frühzeitig eine Betriebsprogrammstudie zur Auswirkung des Deutschlandtakts auf den Nahverkehr. Denn dieser Ausbau darf nicht zu einem Überholmanöver werden, bei dem unsere Breisgau-S-Bahn auf der Strecke bleibt. Wer Milliarden investiert und den Menschen jahrelange Einschränkungen zumutet, muss am Ende auch für bessere Anschlüsse und verlässlichen Regionalverkehr sorgen.

Die Breisgau-S-Bahn, liebe Ministerin, ist kein „Rebenbummler am Kaiserstuhl“, sondern eine extrem wichtige Verkehrslinie für uns. Das möchte ich Ihnen an dieser Stelle auch hinsichtlich anderer Fragestellungen zur Breisgau-S-Bahn einfach mal mitgeben.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim Ausbau der Rheintalbahn sind aber nicht nur Bund und Land gefragt, sondern auch viele Kommunen. Für sie entstehen durch die Erneuerung zahlreicher Brücken über die Bahnstrecke erhebliche Mehrkosten. Das Land fördert diese Baumaßnahmen zwar bereits mit bis zu 75 % des Anteils. Aber reicht das angesichts der extrem angespannten kommunalen Haushalte?

Ich fordere die Landesregierung auf, dem Hilferuf aus unserer Region zu folgen und deren Forderung nach einer vollständigen Kostenübernahme noch einmal zu prüfen. Wenn das Bundesland Sachsen Wege findet, seine Kommunen hier zu entlasten, warum sollte das Baden-Württemberg nicht wenigstens mal ernsthaft prüfen?

(Beifall bei der SPD)

Wer sich die Entlastung der Kommunen auf die Fahnen schreibt, muss einfach auch Taten folgen lassen.

Last, but not least: Bei einem Projekt dieser Größenordnung darf nicht jede politische Ebene ihr eigenes Süppchen kochen. Deshalb bin ich froh, dass unser Oberbürgermeister Martin Horn und die Stadt Freiburg vor Ort die beteiligten Akteure an einen Tisch geholt haben. Transparenz ist wichtig, die Menschen mitzunehmen auch.

Jetzt müssen wir gemeinsam die richtigen Weichen stellen. Wir wollen diesen Ausbau, wir brauchen diesen Ausbau, aber wir brauchen ihn so, dass die Menschen in unserer Region nicht jahrelang die Leidtragenden sind. Denn Fortschritt bedeutet nicht nur, dass hinterher alles besser ist, Fortschritt muss auch den Weg dahin überstehen. Die Verkehrswende darf in Südbaden nicht ausgerechnet am Ausbau der Schiene scheitern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Razavi das Wort.

**Ministerin für Verkehr Nicole Razavi:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte beginnen mit einem herzlichen Dankeschön für dieses klare Bekenntnis des gesamten Hauses zur Rheintalbahn und zu ihrem Ausbau.

(Abg. Anton Baron AfD: Gerne, gerne!)

Vielen Dank dafür. Das ist eine gute Botschaft, ein gutes Signal aus dem Parlament in das Land.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie der Abg. Joachim Kuhs und Kay Rittweg AfD)

Das tun wir aus wirklich gutem Grund. Denn die Rheintalbahn ist in der Tat weit mehr als eine regionale Eisenbahnverbindung. Die rund 200 km lange Strecke zwischen Karlsruhe und Basel hat eine überragende Funktion

(Zuruf von den Grünen: Mannheim!)

im überregionalen und internationalen Schienenverkehr. Sie ist vor allem auch Teil des europäischen TEN-Netzes, liegt auf dem Nordsee-Rhein-Mittelmeer-Korridor, einem der wichtigsten Nord-Süd-Korridore und Magistralen in Europa. Dadurch verbindet sie Baden-Württemberg mit den großen Seehäfen im Norden, mit der Schweiz und mit Italien. Sie ist damit unsere Nabelschnur zu den großen Ballungsräumen von Rotterdam bis Genua, zu internationalen Absatzmärkten und vor allem zu sehr wichtigen Destinationen.

Für die exportorientierten Unternehmen in unserem Land ist die Rheintalbahn eine unverzichtbare Lebensader. Aber klar ist auch: Diese Lebensader ist mittlerweile 170 Jahre alt, und – wir haben es in allen heutigen Reden zu diesem Thema gehört – sie ist vor allem wahnsinnig überlastet. Mehr als 300 Züge des Nah- und Fernkehrs sowie des Güterverkehrs nutzen sie täglich.

Das Bahnprojekt Karlsruhe–Basel ist die Antwort auf das weiter wachsende Verkehrsaufkommen auf dieser Strecke. Es unterstreicht die enorme Bedeutung des Verkehrsträgers Schiene am Oberrhein. Der Ausbau von zwei Gleisen auf vier Gleise bringt mehr Kapazität, bringt kürzere Reisezeiten, kürzere Transportzeiten. Außerdem können wir damit künftig die Güter- und die Personenverkehre trennen. Schnellere und langsamere Züge drängen sich nicht mehr auf demselben Gleis.

Der Ausbau der Rheintalbahn hat viele große Vorteile. Er bringt Bahnreisende im Nah- und Fernverkehr pünktlicher und schneller ans Ziel. Er schafft mehr Verbindungen, bessere Anschlüsse und vor allem einen dichteren Takt. Er bringt mehr Güter auf die Schiene und hilft damit auch dem Klimaschutz. Ich freue mich, dass ich – das war einer der ersten Termine, die ich im neuen Amt übernehmen durfte – beim Spatenstich für die Güterumfahrung Freiburg dabei sein konnte.

Ich bin davon überzeugt: Der Ausbau der Rheintalbahn ist für die Region am Oberrhein, aber vor allem auch für das ganze Land und für Europa ein ganz entscheidendes Zukunftsprojekt.

In der Freiburger Bucht soll die Neubaustrecke autobahnparallel verlaufen und überwiegend den Güterverkehr aufnehmen, der bisher auf der Bestandsstrecke fährt. Das schafft den dringend benötigten Platz für den Personenverkehr, gibt also dem Land als Aufgabenträger auch die Möglichkeit, mehr Schienenpersonennahverkehr anzubieten, und freut natürlich auch die Anwohnerinnen und Anwohner, die vom Lärm vor der eigenen Haustür aktuell stark belastet sind. Entsprechend gut ist natürlich auch die Resonanz in der Region selbst.

Die Pläne für die Bestandsstrecke – das haben wir heute auch mehrfach gehört – stoßen hingegen auf ein geteiltes Echo. Einerseits profitieren der Nah- und der Fernverkehr von mehr Streckenkapazität, von mehr Tempo, von besseren Anschlüssen an den Knoten Freiburg, andererseits offenbaren diese Planungen der Bahn mit zunehmender Kenntnis, mit zunehmender Information, mit zunehmender Tiefe, dass der Ausbau der Bestandsstrecke in der Freiburger Bucht für Tempo 200 natürlich erhebliche Auswirkungen während der Bauzeit bedeutet.

Ich finde, wir müssen hier unbedingt die Interessen der Region im Blick behalten. Moderne Infrastruktur muss natürlich leistungsfähig sein, aber ihre Entstehung muss auch Rücksicht auf die Lebensrealität der Menschen nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Es ist völlig klar, dass durch den Schienenersatzverkehr der Wegfall einer Strecke während der Bauzeit nicht gleichwertig ausgeglichen werden kann. Richtig ist aber auch, dass wir die lange Vorgeschichte bedenken müssen. Bund, Land, Bahn und die Region konnten vor weit über zehn Jahren durch einen konstruktiven Dialog – das war übrigens die erste wirklich große Bürgerbeteiligung bei einem großen Infrastrukturprojekt, die wir im Land erfolgreich durchgeführt haben; ich meine, es war im Jahr 2008/2009; eine erfolgreiche Beteiligung der Menschen vor Ort – ein gemeinsames Bekenntnis für einen menschen- und umweltgerechten Ausbau dieser sehr wichtigen Schienenachse erreichen.

Klar ist – auch da gehe ich davon aus, dass wir uns hier einig sind –, dass dieser Konsens nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden darf, vor allem nicht, solange wir keine tragfähige Alternative haben.

Es ist wichtig, dass wir die Kernforderungen aus dem Dialog und die Beschlüsse des Projektbeirats im Landtag und im Bundestag umsetzen. Das Land und auch der Bund setzen dafür gerade in der Freiburger Bucht viel Geld ein.

Den organisierten Dialog haben die Projektpartner beibehalten. Das ist auch gut so. Der Projektförderkreis und die regionalen Begleitgremien sind die zentralen Foren für den Austausch aller Fragestellungen, und dort können und müssen auch alle Aspekte des Bauablaufs unbedingt besprochen werden.

Seien Sie versichert, dass wir, dass ich die Sorgen aus der Region, die heute auch in den Reden deutlich wurden, sehr ernst nehme. Wir alle wissen: Die Planungen zum konkreten möglichen Bauablauf an den Streckenabschnitten in der Freiburger Bucht stehen erst am Anfang. Was jetzt als sogenannte skizzierte Varianten auf dem Tisch liegt, ist der Ausgangspunkt und nicht das Ende, nicht das Ergebnis der Überlegungen.

Klar ist, dass sich die Landesregierung im Rahmen ihrer, im Rahmen unserer Möglichkeiten und Zuständigkeiten auf alle

*(Ministerin Nicole Razavi)*

Fälle für verträgliche Lösungen in der Ausbauzeit einsetzen wird und wir bei diesem Thema auf alle Fälle auch auf die Interessen der Bürgerschaft vor Ort schauen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Joachim Kuhs AfD)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Nüssle das Wort.

**Abg. Niklas Nüssle** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! 30 Jahre – so lange ist es her, dass Deutschland und die Schweiz den Vertrag von Lugano geschlossen haben, einen Vertrag mit einem klaren Ziel: mehr Kapazitäten für den Transitverkehr und eine leistungsfähige Schienenverbindung zwischen der Schweiz und Deutschland. 30 Jahre später muss man leider feststellen: Die Schweiz hat geliefert, Deutschland nicht.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Die Eidgenossen haben ihre Infrastruktur längst ausgebaut und u. a. den längsten Bahntunnel der Welt im geplanten Zeit- und Kostenrahmen fertiggestellt,

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

und wir kommen beim Ausbau der Rheintalbahn noch immer viel zu langsam voran.

Der Vertrag von Lugano ist vor fünf Jahren ausgelaufen. Wer heute auf der Gäubahn, auf der Bahnstrecke München–Lindau oder eben auf der Rheintalbahn unterwegs ist, spürt: Auf allen drei Strecken sind wir weit davon entfernt, leistungsfähig zu sein.

Besonders gravierend ist das bei der Rheintalbahn – wir haben es schon gehört –, einer der zentralen Lebensadern des europäischen Zugverkehrs. Sie verbindet Nordseehäfen mit den Alpen und dem Mittelmeer. Sie schafft Verbindungen im Nah- und Fernverkehr im Dreiländereck Deutschland, Schweiz, Frankreich. Sie ermöglicht die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene und trägt zu einem leistungsstarken und klimafreundlichen Wirtschaftsstandort bei –

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

zumindest in der Theorie. Denn all das auf zwei Gleisen abzuwickeln, ist das bahnerische Äquivalent zur Quadratur des Kreises. Zwei Gleise reichen nicht aus. Sie machen uns extrem anfällig für Störungen, wie die Tunnelhavarie von Rastatt 2017 gezeigt hat. Gleichzeitig steht keinerlei zusätzliche Kapazität zur Verfügung, wenn der Rhein wie in diesem Sommer durch Klimakrise und Niedrigwasser über Wochen als Verkehrsroute ausfällt.

Das macht unmissverständlich klar: Wir brauchen einen konsequenten Ausbau dieser europäischen Hauptschlagader des Schienenverkehrs.

Wir in Baden-Württemberg übernehmen Verantwortung. Wir unterstützen den umwelt- und menschenfreundlichen Ausbau freiwillig mit einer halben Milliarde Euro, und wir leisten bei der Zukunftsallianz Schiene und dem Regionalfonds unseren Beitrag.

Dass es trotzdem nicht nennenswert vorangeht, das liegt an der Bundesregierung. In feinster Feigenblattmanier erklären sie die Schiene zur prioritären Verkehrsart, lassen aber die Finanzierung auf der Strecke. Sie fordern einen schnellen Umstieg auf die Schiene und stellen trotzdem Bauphasen von Jahrzehnten in Aussicht. Sie preisen den Deutschlandtakt, verzögern aber massiv die Projekte, ohne die er gar nicht gefahren werden kann.

(Zuruf von den Grünen: Hört, hört!)

Liebe Bundesminister Bilger und Klingbeil, das Sondervermögen für Infrastruktur könnte ein Gamechanger sein, um Schienenprojekte zu beschleunigen und umzusetzen. Wenn Sie dann aber gleichzeitig im originären Bundeshaushalt sparen, ist für Sie der Zug für gute Verkehrs- und Haushaltspolitik schon lange abgefahren.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, vor genau zwei Wochen habe ich hier den Infraplan der DB InfraGO als Richtschnur und Zielplan gelobt. Diese Vorschusslorbeeren verwelken aber sofort, wenn der Bund den Infraplan nicht zügig mit einem Eisenbahninfrastrukturfonds unterfüttert. Denn ohne klare und planbare Zusagen wird der Abschluss des Rheintalbahnausbaus eine ungedeckte Wette auf die Zukunft. Das können wir uns bei dieser so wichtigen Bahnstrecke nicht erlauben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum 25. Jahrestag des Vertrags von Lugano sagte ein hochrangiger Schweizer Politiker höchst ironisch zu mir, dass er „üüs Dütschi“ schon verstehe, denn wir hätten bei uns ja eine ganz andere Topografie als in der Schweiz.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Da kann es „scho es birebitzeli länger goo“.

Vielen Dank.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war Schwyzerdütsch!)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 18/339. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Damit ist Punkt 3 unserer Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus – Life-Science-Ausgründungen und Venture Capital in Baden-Württemberg – Drucksache 18/513 (Geänderte Fassung)**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

*(Stellv. Präsidentin Muhterem Aras)*

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schütte das Wort.

**Abg. Dr. Albrecht Schütte** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal mehr steht Baden-Württemberg vor strukturellen Änderungen – eigentlich nichts Neues.

Die Textilindustrie und die Uhrenindustrie im Schwarzwald sind nicht mehr wirklich die Wachstumsbringer. Wenn ich mich bei uns umschaue, hat die Firma SAP die Firma Heidelberger Druckmaschinen seit Jahrzehnten überholt und sorgt für Wohlstand. Der Wohlstand ist noch immer da, aber nur, weil man bereit war, in etwas Neues zu investieren und alte Dinge ein Stück weit hinter sich zu lassen. Das wird die entscheidende Frage sein.

In den Neunzigerjahren hatten wir eine Automobilkrise. Erwin Teufel war damals so mutig, eine IT-Fakultät in Mannheim aufzubauen. Ein gewisser Herr Schröder in Niedersachsen hat die IT-Fakultät in Hildesheim geschlossen, das Geld gespart und damit existierende Betriebe subventioniert. Der Erfolg zeigt, wer recht hatte.

Deshalb ist klar, dass wir in Forschung und Technologie investieren müssen. Das ist teuer, es dauert – und so genau weiß niemand, was dabei herauskommt.

Wir sind da in Baden-Württemberg sehr gut, wir sind aber leider nicht mehr die Besten. Das sollten wir uns schon einmal ehrlich eingestehen. Im Jahr 2011 war Heidelberg die beste deutsche Universität im Times Higher Education Ranking. Heute liegen beide Universitäten aus München vor uns, die TUM eigentlich uneinholbar vorn.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: 15 Jahre Grüne!)

Wir hatten vier Exzellenzuniversitäten von neun, die es gab. Baden-Württemberg hat noch immer vier Exzellenzuniversitäten, nur gibt es inzwischen eben 15, wovon ein Teil Verbünde sind. Nordrhein-Westfalen bekommt inzwischen mehr Geld aus der Exzellenzinitiative als wir.

Das heißt zum einen: Wir sind nicht schlecht, aber unser Anspruch ist nicht, „nicht schlecht“ zu sein. Unser Anspruch ist: Platz 1. Das ist wie beim FC Bayern: Auf Platz 3 in der Bundesliga fliegt der Trainer raus – und zwar bei einer Platzierung, bei der z. B. Hoffenheim – so sage ich jetzt einmal; man verzeihe mir das – jubeln würde. Das ist die Frage des Anspruchs.

Deshalb müssen wir hier an dieser Stelle nachlegen und einfach wieder das Bundesland werden, das zunächst einmal die Nummer 1 werden will – dann werden wir auch die Nummer 1.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es gibt viele Bereiche, in denen wir hervorragend sind. Schauen Sie sich die Lebenswissenschaften in der Region Rhein-Neckar an, schauen Sie sich das Cyber Valley in Tübingen an oder IPAI in Heilbronn oder die Robotik in Karlsruhe und Stuttgart. Wir sind der „Place to be“. Genau da wollen wir in der Forschung weitermachen.

Ich danke an dieser Stelle der Regierung für die Ehrlichkeit. Sie hat zu dem Antrag nämlich schön geschrieben, Seite 11:

> *Eine dedizierte, seit dem Jahr 2025 zusätzlich durch den Landtag*

– hört, hört –

> *ermöglichte strukturelle Förderung von Kooperationsvorhaben zwischen dem Innovationscampus*

– „Health + Life Science Alliance“ –

> *und Unternehmen zahlt spezifisch auf dieses Ziel ein ...*

Es geht darum, Wissenschaft und Industrie zu vernetzen. Es war richtig, dieses Programm einzuführen. Es ist an dieser Stelle auch mal richtig, zu sagen: Die Idee kam aus dem Parlament.

Inzwischen sind wir auch bei den Gründungen von Unternehmen relativ gut: NXTGN, „Start-up BW Pre-Seed“ zur Finanzierung, Start-up-Acceleratoren. Wir sind in der Lage, aus einer Erkenntnis ein gutes Projekt zu designen. Dann gibt es aber nur ganz selten Firmen wie Neura Robotics, die 1,4 Milliarden € Kapital bringen.

Dann kommt die Frage: Was bleibt da eigentlich hängen? Wir haben eine super Forschung, wir haben tolle Geschäftsideen, und die Firmen kommen nicht durch – was normal ist – oder fangen woanders an, Wert zu schaffen. Da geht es zum einen – das wird der Hauptpunkt sein – um Venture-Capital, also Wagniskapital. Ich möchte aber zwei weitere Punkte nennen.

Zum einen geht es um die Infrastruktur. Kollege Binder hat heute Morgen gesagt, wir würden nicht in die Infrastruktur investieren. Das ist zum Teil richtig, aber der Teil mit dem Geld ist falsch. Wir haben mehr Geld dort. Und im Gegensatz zu dem Land Niedersachsen, das dies in den Schattenhaushalt verschiebt und dort kaum mehr etwas macht, investieren wir so viel wie noch nie. Wir sind nur nicht schnell genug, um zu bauen. Wenn Professoren Berufungen in Baden-Württemberg ablehnen, weil sie nicht die Gebäude bekommen, die sie brauchen, dann haben wir ein Problem.

Das Nächste ist etwas, auf das wir in Baden-Württemberg stolz und zufrieden sein können. Unternehmen und Investoren wollen Sicherheit. Wenn ich investiere, dann hätte ich dieses Investment gern morgen noch immer in dieser Form, es sei denn, ich entscheide mich frei, es zu verkaufen. Natürlich möchte jemand, der aus einem Land wie Indien kommt, auf der Straße nicht dumm angemacht und bedroht werden; dann geht er nämlich in ein anderes Land. Damit verlieren wir schlaue, gute Köpfe. In diesem Sinn: Wer sich in Berlin oder Sachsen-Anhalt unwohl fühlt – in Baden-Württemberg haben wir immer einen Platz für Innovation und wissenschaftliche Spitze.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Zuruf von der AfD)

Kommen wir zurück zum Kapital nach der Seed-Phase. Das ist bei dem hier vorliegenden Thema „Life Science“ noch mal eine größere Herausforderung. Wenn Sie ein Medikament entwickeln und in die Phase III gehen, dann brauchen Sie Hunderte Millionen Euro. Das ist sehr viel Geld, und Sie wissen

noch immer nicht, ob Sie nicht hinterher, wie in Tübingen geschehen, etwas schlechter oder später dran sind und das Unternehmen in Mainz das Medikament verkauft, während Sie nur mitten in der Phase III Hunderte Millionen Euro verbrannt haben.

Deshalb brauchen wir an dieser Stelle mehr Kapital. Die ersten Schritte sind gemacht mit BW-Capital – 50 Millionen € aus der Landesbank. Das Geld kann nicht in der Landesbank bleiben, weil eine Bank dieses Geld nicht verleihen kann mit dem Risiko eines Totalverlusts. Vielmehr geht das Geld an einen Fonds. Damit wird investiert. Es wird mehr Geld aus der Landesbank geben, weil wir genügend Geld für das Investment in dieser Bank haben. Es kommt jetzt darauf an, dass wir dies als Ankerinvestor nutzen und weitere Kapitalgeber bekommen, die dann mit in das Investment in Baden-Württemberg gehen.

Wir brauchen also Leute, die sich auskennen, die in diesem Fall im Bereich Life Science – das gilt genauso für Robotics, für KI, für IT – in kleine Start-ups investieren. Diese Fonds füllen wir mit Risikokapital, da geht das Land mit – das Land geht mit, niemand von uns entscheidet, wo wir investieren, und die Regierung bitte auch nicht.

Die größte Gefahr, die es natürlich gibt, ist, dass wir im Land etwas entwickeln und dann sagen: „Oh, das haben wir, das Land, schon in der Pre-Seed-Phase finanziert, jetzt muss es die L-Bank weiterfinanzieren.“ Nein, das muss schon jemand machen, der davon Ahnung hat. Denn es gehört zu jeder Innovation, dass es, wenn man erfolgreich sein will, dann auch Dinge geben muss, die man nicht durchfüttert, die eben nicht erfolgreich sind.

(Staatssekretär Raimund Haser: Sehr gut!)

Wer nur in Sachen investiert, die erfolgreich sind, hat viel zu wenig in die Zukunft investiert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

In diesem Sinn brauchen wir das Kapital von Family Offices, wir brauchen Kapital von Firmen, die bereit sind, in etwas zu investieren. Jeder Versicherungskonzern hat ein großes Investment in KI-Themen. Jede Pharmafirma investiert in Start-ups. Wir brauchen diese Mittel. Wir müssen den Menschen klarmachen, wie gut Baden-Württemberg ist.

Ich sage es mal so: Es muss nicht nur gelten, dass wir die Besten sind, sondern es muss auch überall bekannt sein. Invest into your children’s future in Baden-Württemberg. Auf Deutsch: Investieren Sie in Baden-Württemberg in die Zukunft Ihrer Kinder.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Veits das Wort.

**Abg. Yannick Veits** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich mal vor: Es gibt ein Verfahren, das Ihr Leben retten könnte, erforscht in Heidelberg, aber nie auf den Markt gekommen, weil das Geld zum Wachsen gefehlt hat.

Wenn ich in der schönen Kurpfalz von meinem Wahlkreis Wiesloch nach Heidelberg fahre, bin ich in etwa 20 Minuten in einem der stärksten Life-Science-Zentren der Welt: Krebsforschung, Molekularbiologie, Genomik und vieles mehr. Die Region Rhein-Neckar ist im Bereich Life Sciences ein echtes Aushängeschild für Deutschland und für ganz Europa. Bei uns im Land wird auf Weltniveau geforscht. Hier entsteht die Medizin von morgen.

Aber Spitzenforschung allein reicht nicht. Entscheidend ist, ob aus einer Entdeckung auch ein Produkt wird, daraus ein Unternehmen wird und schließlich auch Wertschöpfung in Baden-Württemberg entsteht, die dann uns allen zugutekommt. Genau darum geht es heute.

Life-Science-Technologien sind essenziell für die gesundheitliche Versorgung und den medizinischen Fortschritt in unserem Land. Innovative Ideen, Forschung und die erfolgreiche Ausgründung aus den Hochschulen entscheiden über Gesundheit und Krankheit, vielleicht sogar mal über Leben und Tod. Gleichzeitig entstehen dadurch hier Technologien, Unternehmen, hoch qualifizierte Arbeitsplätze und neue Wertschöpfung.

Deshalb haben wir, die Koalition, uns darauf verständigt: Baden-Württemberg soll in der Gesundheitswirtschaft zum führenden Standort in Europa werden. Damit stellen wir die Wirtschaft in unserem Land breiter auf und machen sie krisenfest. Unser Anspruch steht im Koalitionsvertrag. Technologien sollen in Baden-Württemberg entwickelt, produziert und dann auch skaliert werden. Oder, anders gesagt: Das, was hier entsteht, soll hier auch groß werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dafür müssen wir dann allerdings die gesamte Kette in den Blick nehmen: vom Labor zur Idee, von der Idee zur Gründung, von der Gründung zum fertigen Produkt und vom Produkt zum wachsenden Unternehmen. Jede etablierte Life-Science-Firma ist diesen Weg mindestens ein Mal gegangen. Und die gute Nachricht ist: Die ersten Etappen gelingen in Baden-Württemberg wunderbar. Mit „Start-up BW Pre-Seed“, mit unseren Acceleratoren, mit den Frühförderungsangeboten des Landes finden Gründerinnen und Gründer echte Unterstützung. Wer also heute in Baden-Württemberg mit einer guten Idee aus dem Labor kommt, steht nicht allein da.

Und mit BW-Capital haben das Wirtschafts- und das Finanzministerium ein Instrument geschaffen, das daran anschließend in der Wachstumsphase ansetzt. Das ist die gemeinsame Arbeit dieser Koalition, und darauf können wir auch erst mal stolz sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Aber machen wir uns nichts vor: Wenn aus einem Start-up ein Unternehmen werden soll, das Medikamente zur Zulassung bringt, reden wir nicht über ein paar Hunderttausend Euro, dann reden wir über fette Millionenbeträge.

Damit BW-Capital hier wirklich etwas bewegen kann, muss es wachsen und vor allem – Kollege Schütte hat es ausgeführt – privates Kapital aktivieren. Nur so kann das dann auch richtig funktionieren.

(Abg. Anton Baron AfD: Da hapert es!)

*(Yannick Veits)*

Da haben wir zwei Aufgaben: Erstens müssen aus unserer exzellenten Forschung noch mehr Unternehmen entstehen. Die Universitäten und Forschungseinrichtungen in unserem Land produzieren Wissen auf absolutem Weltniveau. Dieses Wissen muss aber häufiger den Weg in die wirtschaftliche Anwendung finden. Forschung, Lehre und der Transfer gehören deshalb zusammen. Denn auch bei Venture-Capital – Wagniskapital – gilt: Am Ende kann nur das wachsen, was am Anfang auch gegründet wurde. Wir müssen deshalb schon am Anfang dafür sorgen, dass mehr gute Ideen aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen den Schritt in eine Unternehmensgründung schaffen.

Zweitens müssen diese Unternehmen anschließend auch wachsen können. Die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu dem vorliegenden Antrag benennt die Lücke selbst: Gründen klappt, beim Wachsen wird es eng.

Damit bin ich bei dem, was vor uns liegt. Frau Ministerin, wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, den Förderdschungel zu lichten. Aber angekündigt ist eben noch nicht gelichtet. Jetzt muss das Wirtschaftsministerium liefern, samt einer Förderstrategie, die diesen Namen auch verdient – das heißt: bündeln, was wirkt, beenden, was nicht wirkt, und dort Kraft entwickeln, wo aus Forschung Unternehmen werden und aus Unternehmen Wachstum für unser Land wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ifo Institut hat es gerade erst aufgezeigt: Entscheidend ist gar nicht, wie viel Geld wir verteilen, wie viel Geld wir investieren, sondern wohin es fließt. Deshalb: weniger Gießkanne und mehr Mut zur Priorität. Dabei haben Sie unsere Unterstützung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Medizin von morgen entsteht bei uns im Land. Stellen Sie sich vor, es gibt ein Verfahren, das Ihr Leben retten könnte – erforscht in Heidelberg, aber nie auf den Markt gekommen, weil das Geld zum Wachsen fehlt. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das in Baden-Württemberg nicht passiert.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Baron.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Guter Mann!)

**Abg. Anton Baron** AfD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ein Unternehmen zu gründen, ist immer ein Wagnis. Gründer setzen Jahre an Lebenszeit und eigene Rücklagen auf eine Idee. Deswegen ist die Sache für die AfD-Fraktion ganz klar: Unsere mutigen Gründer haben jedenfalls deutlich bessere Standortbedingungen in Baden-Württemberg verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Zum einen, weil die Ideen natürlich auch Leben retten können, in den Bereichen Pharma, Medizintechnik und auch Biotechnologie umso mehr. Zum anderen ist die Gesundheitsindustrie mit über 97 000 Beschäftigten, rund 28 Milliarden € Umsatz und über 1 000 Unternehmen natürlich eine der wirtschaftlichen Lebensadern Baden-Württembergs. Jedes dieser Unternehmen musste eines Tages gegründet werden. Lassen Sie es mich daher in aller Deutlichkeit sagen: Solche Gründer sind das Fundament und die Zukunft unserer Wirtschaft. Baden-Württemberg darf nicht länger nur von dem leben, was Unternehmer und Erfinder in der Vergangenheit aufgebaut haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Die CDU wollte mit ihrem Antrag in Erfahrung bringen, wie es um die Gründungen steht. Die Landesregierung verlässt sich hier in ihrer Stellungnahme aber teilweise auf Schätzungen und nennt z. B. zu Abwanderungen keine konkreten Zahlen. Die Opposition ist sparsame Antworten dieser Regierung durchaus gewohnt. Aber dass selbst Ihre eigene Fraktion, Frau Ministerin, keine konkreten Zahlen bekommt, ist dann doch ungewöhnlich. Es dürfte wohl daran liegen, dass die Zahlen dramatisch ausfallen.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD)

Zumindest ist die Diagnose ehrlich. In der Wachstumsphase gebe es beim privaten Risikokapital „strukturelle Defizite“. Auch ist zu lesen, dass die Risikokapitalinvestitionen in die deutsche Biotechnologie innerhalb eines Jahres von 900 Millionen € auf 601 Millionen € eingebrochen sind. Das ist ein Rückgang um ein Drittel. Ohne privates Kapital funktionieren Start-ups aber nicht.

Das private Kapital fehlt nicht zufällig. Herr Schwarz – leider ist er nicht da; er hätte hier sehr gut zuhören können –, es fehlt wegen eines zunehmend unattraktiven Standorts. Die Erfolgsaussichten eines Start-ups sind andernorts einfach besser. Warum ist das so? Es liegt nicht nur daran, dass die CDU in den letzten Jahren mehr auf Greta Thunberg als auf Erwin Teufel gehört hat,

(Abg. Miguel Klauß AfD: Das stimmt! Klimagedöns mitgemacht, komplett!)

sondern auch daran, dass Unternehmen bei uns rund 30 % Steuern zahlen und damit bei der Steuerlast international in der Spitzengruppe liegen, dass sie Formulare ausfüllen müssen statt zu forschen und dass die Industrie bei uns für Strom doppelt so viel bezahlt wie in konkurrierenden Staaten, beispielsweise in den USA.

Das trifft auch die etablierten Unternehmen in unserem Land. Die Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg ist im Jahr 2025 erneut eingebrochen, die Industrie in unserem Land sogar um 2,6 %. Das ist doppelt so stark wie im Bundesdurchschnitt. Da braucht es uns auch nicht zu wundern, dass laut dem aktuellen DIHK-Report zu den Gründungen 57 % der Gründer bundesweit und sogar stolze 64 % der Gründer in Baden-Württemberg unzufrieden sind. Das ist ein Offenbarungseid Ihrer fatalen Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte, liebe CDU.

(Beifall bei der AfD)

*(Anton Baron)*

Die AfD sagt ganz klar: Wir brauchen jetzt eine echte Gründungsoffensive – Bürokratie weg, schnellere Genehmigungen, bessere Finanzierungsmöglichkeiten und eine Verwaltung, die Gründer unterstützt statt sie auszubremsen.

Weitere wichtige Maßnahmen wären wirkliche Entlastungen. Lassen Sie den Betrieben und Arbeitnehmern endlich mehr von ihrem hart verdienten Geld, statt das Steuergeld in der Welt zu verteilen. Wir brauchen statt Politikerphrasen, die wir zu Beginn dieser Sitzung gehört haben, endlich echten Bürokratieabbau.

(Zuruf des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU)

Nur die AfD fordert die dafür notwendige Reform der EU; denn wir alle wissen: Die EU verursacht 80 % der Bürokratie.

Zu guter Letzt brauchen die Betriebe in unserem Land bezahlbare und günstige Energie. Hören Sie auf, im windärmsten Bundesland auf Windenergie statt auf Kernkraft zu setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ich komme zum Schluss. Die CDU trägt ja nach ihren Wahlkämpfen stets links-grüne Wirtschaftspolitik mit. Dieser Antrag, liebe Kollegen von der CDU, ist schon einmal ein richtiger Schritt in Ihrer Lernkurve. Setzen Sie Ihre Erkenntnisse aber bitte endlich auch in reale Politik um. Dann wird das auch was.

Sie wissen ja: Unsere Unterstützung haben Sie. Wir unterstützen jegliche Maßnahmen, die Arbeitsplätze in unserer Heimat erhalten. Wir halten nichts von Brandmauern. Schließlich geht es doch darum, dass Investoren Wagniskapital wieder bevorzugt in Deutschland anlegen und dass unsere hier ausgebildeten Fachkräfte – Herr Schütte, darin stimmen Sie mir sicherlich zu – gern im Land bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schütte, ich gebe durchaus zu: Ihre Bemerkung, wir seien nicht mehr spitze, also „Trainer raus!“, hat auf der Regierungsbank durchaus ein paar Reaktionen hervorgerufen. Aber ich bin Ihnen prinzipiell sehr dankbar für diesen Antrag, und zwar gerade auch als Kurpfälzer, der aus der gleichen Ecke wie Sie kommt.

Ich denke, dass wir ja nicht nur vor Ort sehen, welches Potenzial sich hier gerade im Bereich Life Sciences entwickelt hat, sondern dass sich im Nachhinein bestätigt hat, wie richtig es war – ich schaue einmal die Wissenschaftsministerin an –, dass die Landesregierung nach meines Erachtens zu langem Zögern am Ende doch die notwendige Verbundlösung zwischen den Universitätsklinika Mannheim und Heidelberg realisiert hat. Das ist gut investiertes Geld. Da ging es meines Erachtens viel zu lange immer nur um die Defizitthematik und viel zu wenig um dieses immense Potenzial gerade auch im Bereich Forschung und Entwicklung.

Das Potenzial ist auch nach außen attraktiv. Das haben mir unlängst Insider bestätigt, wenn es beispielsweise auch um neue Fachkräfte geht, die wir so für die Region im Forschungsbereich gewinnen können.

Das ist bitter notwendig in einer Zeit, in der dieses Land unter der Transformation im Bereich der Automobilwirtschaft stöhnt. Umso wichtiger ist es in der Tat, dass die Chancen im Bereich Life Sciences als Riesenzukunftspotenzial für unser Land nicht verschlafen werden.

Frau Ministerin, ich habe im Wirtschaftsausschuss schon ausgeführt, wie frustriert ich war, als ich einen Preisträger des Landeswettbewerbs Elevator Pitch in Heidelberg besucht habe. Das Preisgeld waren einige Tausend Euro. – Na ja, man hat da dann eine Dankeschön-Feier gemacht, aber über Later Stage oder Produktentwicklung braucht man da erst gar nicht zu reden. Das reicht vorn und hinten nicht.

Aber das, was ich frustrierend fand, war vor allem, dass mir die junge Geschäftsleitung mitgeteilt hat, dass sie nach der Preisverleihung überhaupt keine Kontakte mehr mit dem Wirtschaftsministerium hatte. Man hat also eine Preisauszeichnung auf einer Bühne bekommen, aber danach hat man keinerlei Kontakte mehr gehabt im Sinne von: Was gibt es an weiteren Instrumenten? Wie können wir euch da helfen?

Frau Ministerin, Sie wissen ja, dass ich Sie sogar angeschrieben habe. Herzlichen Dank für die Antwort. Aber darin stand auch nicht so viel mehr. Und auf meine Nachfrage bei dem Unternehmen hieß es: „Nein, man hat uns noch immer nicht angefragt.“ Dazu muss ich schon sagen: Das ist zu wenig.

Wir wissen ja, dass wir weniger Mittel haben als Kalifornien oder selbst München, wie Sie ja selbst in Ihrer Stellungnahme zu dem Antrag ausführen. Bei „tagesschau.de“ war letztens zu lesen, dass sich Deutschland mit 86 € Venture-Capital pro Kopf auf Platz 13 – immerhin oder erst – unter den 30 größten Volkswirtschaften befindet. Dagegen haben die USA nicht nur eine höhere Bevölkerungszahl, sondern investieren pro Kopf 724 €. Das ist mehr als das Achtfache dessen, was wir hier leisten. Daran sehen wir dann auch, in welchem Wettbewerb wir uns hier befinden.

Umso wichtiger ist es doch, dass die Förderinstrumente, die wir haben, die wir entweder hier im Land entwickelt haben – mit allen Defiziten –, die wir auch im Bund haben, potenziellen Adressaten transparent vermittelt werden. Daher frustriert mich schon ein bisschen die Tatsache – ich habe dazu gestern noch einmal telefonieren lassen –, dass das Unternehmen – immerhin Preisträger beim Elevator Pitch – bis heute noch nichts von Ihnen gehört hat.

Frau Ministerin, ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie ehrlich sind, was beispielsweise Public-Private-Partnership-Modelle angeht. Da schreiben Sie, dass dort eine sinnvolle Weiterentwicklung wirklich notwendig ist.

Ich habe mich dazu gestern auch noch einmal mit dem Mannheimer Wirtschaftsbürgermeister Thorsten Riehle ausgetauscht. Wir waren uns einig, dass das Land in den vergangenen Jahren in Mannheim und auch in der Region gut in die Betoninfrastruktur investiert hat – das betrifft auch die Clusterförderung –, aber er hat mir auch ein Bauchgefühl bestätigt: For-

schung, Transfer und Ausgründung sind zwar irgendwie ganz ordentlich, wie er sagt, aber im internationalen Vergleich noch immer viel zu wenig.

Neben fehlenden Anreizen in der wissenschaftlichen Laufbahn – beispielsweise sind Publikationszahlen noch immer wichtiger als konkret angemeldete Patente –, einem schwierigen Zugang zu frühklinischen Studien, regulatorischen Hürden oder auch frühen komplexen Fragen bezüglich der Verwendung von Intellectual Property ist insbesondere das Thema Wagniskapital, bis hin zu funktionierenden Prototypen, das zentrale Problem. Zitat aus einer E-Mail: „Hier klemmt es noch gewaltig."

Wir brauchen daher dringend intelligente PPP-Modelle, und daran wird sich auch BW-Capital messen lassen müssen. Wir brauchen eine große Hebelwirkung, gerade auch mit Blick auf Later-Stage-Entwicklungen.

Meine Befürchtung auf diesem Feld dagegen ist bislang: Wir lassen zu viele Möglichkeiten liegen. Das Land nutzt selbst die Instrumente, über die es verfügt, nicht ausreichend in der Kommunikation, und vielleicht sollten wir vonseiten des Landtags selbst dringend auch einmal Vertreterinnen und Vertreter von Start-up-Unternehmen hierher einladen, um mit ihnen darüber zu reden: Was hat euch wirklich geholfen? Wie seid ihr da an Informationen gekommen? Was hat euch gefehlt? Welche Brücken können wir vielleicht noch mit Landes- und Bundesmitteln zur Verfügung stellen oder, wenn es sie nicht schon gibt, vielleicht entwickeln?

Mein Eindruck ist: Die Formate, die bisher aus dem Wirtschaftsministerium kommen, reichen hier nicht aus.

Übrigens: Über das Thema „Besondere Förderung von Frauen in der Gründung mit Care-Hintergrund" könnten wir auch einmal reden. Mir geht es aber vor allem um eines – Frau Präsidentin, gerade noch diese Ausführung; dann bin ich fertig –, nämlich darum, dass wir nicht nur Geld zur Verfügung stellen, damit ein erfolgreiches Produkt entwickelt wird und dann eine Geschäftsidee für ein paar Millionen Euro verkauft wird und der Gründer mit 40 Jahren in Rente geht. Wir von der SPD hingegen haben ein Interesse daran, dass die Arbeitsplätze auch in Zukunft hier in Baden-Württemberg bestehen.

Deshalb lassen Sie uns immer wieder gern darüber reden, inwiefern wir auch Landesförderung mit der klaren Auflage verbinden, dass die Arbeitsplätze hier in Baden-Württemberg geschaffen werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

**Ministerin für Wirtschaft, Handwerk und Tourismus Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir heute Morgen über den Haushalt und die Verteilung der finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, diskutiert haben, freue ich mich, dass wir uns heute einem positiven Zukunftsbild für Baden-Württemberg, das auch auf diesem Haushalt aufbauen wird, zuwenden. Denn Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarker, ein innovationsstarker Standort, und Life Science – die Rednerinnen und Redner haben das ja jetzt alle auch hier in der Diskussion betont – eröffnet hier ein Riesenpotenzial.

Ich möchte noch ein Beispiel nennen: Siemens Healthineers. Da passiert ja schon viel. Da passiert Innovation – nicht in Bayern, sondern bei uns in Baden-Württemberg, weil wir hier ein exzellentes Zusammenspiel zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft ermöglichen. Wir, das Wirtschaftsministerium, fördern dieses Projekt. Da geht es um einen digitalen Zwilling eines menschlichen Körpers, der durch KI abgebildet werden soll, sodass man Diagnose und Therapie an diesem digitalen Zwilling durchführen kann und dann dem Menschen die optimale, individuell auf ihn abgestimmte Therapie verabreichen kann. Also, da passiert viel bei uns in Baden-Württemberg. Das ist wirklich eines der Zukunftsfelder, die auch mich selbst begeistern.

Lieber Herr Baron, Sie haben, meine ich, die Zahlen ein bisschen verwechselt. Wir hatten im letzten Jahr einen Rückgang von 0,6 % in Baden-Württemberg,

(Abg. Anton Baron AfD: In der Industrie!)

und jetzt im ersten Halbjahr – Herr Binder hat das vorhin in der Haushaltsdebatte auch angesprochen – wächst Baden-Württemberg überproportional, und zwar um 1,4 %.

Es gibt also ein Licht am Horizont in dem Strukturwandel, in dem wir uns derzeit befinden, und ich denke, wir müssen alles darauf konzentrieren, dass wir uns im Land – da schaffen wir jetzt auch mit dem kommenden Haushalt, wenn er dann verabschiedet ist, wirklich gute Voraussetzungen – im Bereich Life Science noch stärker und besser positionieren.

Wir haben heute Morgen gehört: Es sollen 25 Millionen € mehr für Ansiedlungen, also auch für Investitionen in Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt werden.

Herr Veits, Sie haben die Förderinstrumente angesprochen. Mit HighTechBW werden wir eine Struktur schaffen, ein Instrumentarium, um unser Land auch im Bereich Transfer voranzubringen. Beim Technologietransfer geht es darum – wir haben ja sehr viele Ausgründungen, auch aus den Universitäten heraus, gerade im Bereich Life Science –, dass wir Arbeitsplätze, Wertschöpfung hier in Baden-Württemberg schaffen. Dazu wird HighTechBW, das wir in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam erarbeiten, einen wesentlichen Beitrag leisten.

Die Bedeutung der Life-Science-Branche in Baden-Württemberg ist enorm: über 1 000 Unternehmen mit knapp 97 000 Beschäftigten.

In Baden-Württemberg entstehen viele Start-ups in diesen Bereichen. Wir haben – Herr Fulst-Blei, deswegen nehme ich auch gern persönlich Kontakt mit dem Start-up auf, das im Rahmen des „Start-up BW Elevator Pitch" ausgezeichnet wurde – im Land grundsätzlich eine breite Struktur geschaffen, die es Gründerinnen und Gründern ermöglicht, individuell Unterstützung für ihre Bedarfe zu erhalten. Wir haben staatliche Landesinitiativen, z. B. im Jahr 2017 Start-up BW, ins Leben gerufen.

*(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)*

Start-up BW bietet – das wurde heute mehrfach angesprochen – gerade für die Frühphase eines Unternehmens mit dem Programm „Start-up BW Pre-Seed“ eine wirklich sehr erfolgreiche Unterstützung. Auch im Seed-Bereich sind wir mit „InnoGrowth BW“ gut aufgestellt. Daneben gibt es das Programm Invest BW, mit dem wir Forschungsprojekte fördern und ermöglichen. Der „Start-up BW Summit“ hat als Plattform viele zusammengebracht; dazu sind auch alle eingeladen, die beim „Start-up BW Elevator Pitch“ ausgezeichnet wurden.

Wir haben in den letzten Jahren Inkubatoren bei uns im Land geschaffen, die Acceleratoren, die branchenspezifisch – wir sind auch in den Bereichen MedTech, Biotech und Life Science stark aufgestellt – Ansprechpartner sind. Es gibt sie auch für andere Branchenschwerpunkte. Wir ermöglichen im Grunde eine Beratung, eine Begleitung von Start-ups. Wir haben regionale Cluster und Netzwerke im Life-Science-Bereich, beispielsweise BioRN in der Rhein-Neckar-Region – diese Region ist in diesem Bereich besonders stark –, das BioValley, die BioRegion Ulm und auch MedicalMountains, an denen wir arbeiten.

Wir haben zentrale Agenturen wie BIOPRO und LinkHealth@BW, die explizit auch die Life-Science-Branche unterstützen und begleiten. Wir, das Land, übernehmen auch Verantwortung in den Bereichen Kapitalunterstützung und Venture-Capital, Wachstumskapital. Wir wissen, dass der internationale Wettbewerb um Kapital hart ist. Wir befinden uns in einem harten Standortwettbewerb, und wir kämpfen um jedes Talent, um jede Idee und auch um Kapital.

Ich möchte ein Beispiel herausgreifen, bei dem die Kombination von privatem Kapital und Landeskapital sehr gut funktioniert hat. Die dievini Hopp BioTech holding hat mit dem CARMA FUND in der Rhein-Neckar-Region Investoren zusammengebracht. Die Heidelberger Ausgründung Epignostix zeigt, wie öffentliche und private Kapitalgeber zusammenwirken. Im Jahr 2024 warb sie in einer Finanzierungsrunde 4,3 Millionen € unter Beteiligung des „Start-up BW Seed Fonds“ ein. Das ist ein Beispiel aus dem Life-Science-Bereich, das ich einfach mal herausgreifen wollte und das zeigt, dass unser System in der frühen Phase eines Unternehmens in weiten Teilen funktioniert.

Im Bereich Wachstumskapital – das wurde mehrfach angesprochen – gibt es noch Luft nach oben. Wir sind mit der L-Bank, unserer Landesförderbank, hier schon seit vielen Jahren aktiv und sind Partner für die Gründerinnen und Gründer in unserem Land, die wachsen, die übrigens auch Neura Robotics begleitet haben.

Wir sind nun einen nächsten Schritt gegangen. BW-Capital wird nun aus der Landesförderbank heraus mit 100 Millionen € finanziert. BW-Capital arbeitet gerade daran, Wachstumskapital zur Verfügung zu stellen. Wir haben auch in anderen Bereichen – ich denke z. B. an Mätch VC und NXTGN – Start-up-Initiativen aus der Wirtschaft heraus, die in Baden-Württemberg wirklich sehr erfolgreich sind. Mit Mätch VC – auch daran ist die L-Bank, unsere Förderbank, beteiligt – wird ebenfalls Wachstumskapital zur Verfügung gestellt.

Dann – darauf setze ich auch ganz stark – hat die Bundesregierung in diesem Jahr die kapitalmarktbasierte Rente beschlossen. Wenn das in die Umsetzung geht, ist das ein Hebel, den wir bisher in Deutschland in dieser Form nicht hatten. Ich habe eine Zeit lang in London gelebt. Im angelsächsischen Raum wird sehr viel stärker kapitalmarktbasiert finanziert. In Deutschland hingegen ist die Finanzierung eher kreditbasiert. Also, mit dieser kapitalmarktbasierten Rente werden wir sicherlich viel Kapital hebeln, gerade auch für unsere Start-up-Branche sowie die vielen Gründerinnen und Gründer in unserem Land, um sie weiter zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Lassen Sie uns weiter auf Exzellenz setzen. Wir machen das auch. Der Innovationscampus „Health + Life Science Alliance“ in Heidelberg/Mannheim verbindet seit 2021 erfolgreich Wirtschaft, Wissenschaft und auch die anwendungsorientierten Institute miteinander. Der Forschungsneubau Helix an der Universität Heidelberg schafft auch neue Räume für Technologietransfer gerade in diesem Bereich.

Aber wir brauchen natürlich auch für unternehmerischen Mut Entscheidungen, um unseren Standort langfristig attraktiv zu gestalten. Da hat meine Kollegin Frau Olschowski mit dem Landeshochschulgesetz viele Spielräume geschaffen, um Regeln zum Schutz von geistigem Eigentum in praktikable Lizenzierungsverfahren zu überführen und dadurch ein gründerfreundliches Umfeld zu generieren – und das im Zusammenspiel mit „Start-up BW“, wo wir dann diese Brücke bauen. Das ist der Weg in eine erfolgreiche Gründerzukunft.

Und HighTechBW wird jetzt als gemeinsamer neuer Ansatz unter unserer Federführung als Wirtschaftsministerium noch mal ganz neue Möglichkeiten schaffen. Ich freue mich darauf. Wir müssen groß denken, wir müssen unsere Zukunft in unsere eigene Hand nehmen und arbeiten da wirklich sehr gut zusammen. Wir haben eine Vision von unserem Land: Wir können Innovation, wir können Zukunft, und wir werden dies erfolgreich gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen – – War das eine Wortmeldung, Herr Abg. Dr. Schütte?

(Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU: Ja, ich habe ja noch Redezeit! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Die muss man nicht ausschöpfen!)

– Ja, natürlich. Natürlich haben Sie Redezeit. Man muss sie nicht ausschöpfen,

(Abg. Miguel Klauß AfD: „Man muss sie nicht ausschöpfen“! Das war eine Ansage!)

aber selbstverständlich haben Sie in der zweiten Runde die Möglichkeit, noch einmal das Wort zu ergreifen. – Bitte schön, Herr Abg. Dr. Schütte.

**Abg. Dr. Albrecht Schütte** CDU: Liebe Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! So schlimm wird es hoffentlich nicht, dass die zweieinhalb Minuten uns alle in Terminnöte bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

*(Dr. Albrecht Schütte)*

Ich möchte zunächst den Kollegen Veits und Fulst-Blei für etwas danken. Es ist nämlich schon so, dass die Region Rhein-Neckar hier auch sichtbar werden muss, weil wir manchmal vergessen werden,

(Beifall der Abg. Dr. Boris Weirauch und Dr. Stefan Fulst-Blei SPD sowie Florian Kollmann GRÜNE)

und dann klappt das nicht so mit der Innovation. Am Ende profitiert das gesamte Land Baden-Württemberg, auch dann, wenn Wohlstand aus Mannheim, Heidelberg, Walldorf oder von sonst wo kommt.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Wohl wahr!)

Ich muss auch ehrlich sagen: Sie können sich denken, dass die Zusammenarbeit der beiden Universitätskliniken, wo nach vier Jahren immerhin schon der Kapitaltransfer stattgefunden hat, nicht ganz die Geschwindigkeit hat, die ich mir vorstelle. Aber Gott sei Dank sind wir jetzt unterwegs. Jetzt machen nicht mehr wir es als Politiker; es ist dabei, schneller zu werden. Aber da müssen wir wirklich einen Zahn zulegen, und wir müssen Entscheidungen fällen. Und wie ich vorhin gesagt habe, werden wir vielleicht auch mal eine falsche Entscheidung fällen.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Wie so oft!)

Aber das ist besser, als wenn wir bei allen Entscheidungen viel zu lange brauchen.

Dann möchte ich schon noch etwas sagen, Herr Baron:

(Abg. Anton Baron AfD: Jetzt schießen Sie los!)

Sie haben alles kritisiert, und Sie haben die Diskussionen geführt – die haben wir auch geführt, ungefähr als ich Abitur gemacht habe –, wie das mit Atomkraft ist, was wie viel kostet usw. Sie haben aber überhaupt nicht verstanden, worum es uns heute hier geht. Es geht um die Zukunft, es geht um Investitionen in etwas Neues;

(Abg. Miguel Klauß AfD: Atomkraft ist doch was Neues!)

es geht darum, Mittel in Forschung zu investieren, sich weltweit zu vernetzen. Es geht darum, dass da Menschen kommen, die nicht hier geboren sind, die aber trotzdem hier mit Menschen forschen, die auch nicht hier geboren sind oder die hier geboren sind, oder dass Menschen, die hier geboren sind, beispielsweise in Manhattan mit Leuten forschen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat niemand erwähnt!)

Ihre Rede hat gezeigt: Für Sie ist Wirtschaftspolitik die Politik von 1990. Wir können diskutieren, ob das richtig oder falsch war.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Hä?)

Aber wer die Zukunft gewinnen will und Arbeitsplätze haben möchte, der kann Sie nicht wählen.

(Lachen des Abg. Miguel Klauß AfD – Abg. Miguel Klauß AfD: Haben Sie Angst?)

Ich kann nur noch mal sagen, wenn es Menschen in Sachsen-Anhalt gibt, die bereit sind, in Zukunft zu investieren: Kommen Sie nach Baden-Württemberg, hier geht es voran.

(Abg. Miguel Klauß AfD: Ja, ja! Genau!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Miguel Klauß AfD: In dem CDU-Bundespapier steht „Zurück zur Kernenergie“!)

**Stellv. Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Schütte.

Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor, und vor allem gibt es auch keine Redezeiten mehr.

Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 18/513. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu. Vielen Dank.

Damit ist Punkt 4 unserer Tagesordnung erledigt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung. Die nächste Sitzung – –

(Abg. Miguel Klauß AfD unterhält sich mit Abgeordneten der AfD.)

– Herr Abg. Klauß, Sie können gern rausgehen und sich außerhalb des Plenarsaals unterhalten. Noch läuft die Sitzung hier.

Also, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 5. November 2026, um 9:30 Uhr statt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, bei welchem Parlamentarischen Abend auch immer Sie sein werden, und wünsche Ihnen dort interessante Begegnungen. Seien Sie morgen pünktlich um 9:30 Uhr wieder hier.

Ich schließe die Sitzung. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Schluss: 15:45 Uhr**

**Anlage 1**

**Vom Landtag zu bestätigende fachlich ausgewiesene Persönlichkeiten im Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung**

Die folgenden durch die Landesregierung vorgeschlagenen Personen werden für die Dauer der Wahlperiode in den Aufsichtsrat der Baden-Württemberg Stiftung berufen und sind nach dem Gesellschaftsvertrag der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH zu bestätigen.

**Für die Landesregierung:**

M i t g l i e d e r :

Professorin Dr. Katarina Bader

Professor Dr. Michael Eilfort

Professorin Dr. Katharina Hölzle

Professor Dr. Andreas Voßkuhle

Edith Wolf

**Anlage 2**

**Vorschlag des Landtagspräsidenten zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung**

Herr Dr. Tobias Diemer, Leinfelden-Echterdingen
(Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.)

Frau Professorin Dr. Havva Engin, M. A., Heidelberg
(Heidelberger Zentrum für Migrationsforschung und Transkulturelle Pädagogik – Hei-MaT)

Herr Dr. Sebastian Friese, Freiburg
(Kirchliche Landesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Baden-Württemberg – KILAG)

Frau Martina Krattenmacher, Stuttgart
(Landesjugendring Baden-Württemberg e. V.)

Herr Stefan Küpper, Stuttgart
(Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände e. V.)

Frau Monika Stein, Stuttgart
(Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – GEW, Landesverband Baden-Württemberg)

Herr Friedhelm Werner, Stuttgart
(Bildungswerk für Kommunalpolitik Baden-Württemberg e. V.)